

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3.30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltrne Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Verbin-
 dungs-Veranstaltungen 20 Pfg.
 „Kleine Inserate“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeiger: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 28. September 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
und der Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Oktober mit dem
Abdruck des neuen Romans von Kurt Abram:

„Unter Wolken.“

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren
sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum
monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
stellungen zum Preise von

**3 Mark 30 Pfennig für die Monate Oktober,
November und Dezember**

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Wahlen in Gotha.

Unsere Parteigenossen im Herzogtum Gotha haben eine be-
merkwürdige Landtagswahl-Kampagne hinter sich, die sie mit
Stolz und Freude erfüllen kann und deren Erfolge auch die
Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf sich lenken.

Nach den nunmehr beendeten Wahlmännerwahlen haben sie
neun Wahlkreise definitiv erobert; in drei Wahlkreisen fehlen
ihnen nur je zwei Stimmen an der absoluten Mehrheit,
so daß es bei der Wahl der Abgeordneten, da sich drei Parteien
gegenüberstehen, zur Stichwahl kommen wird. Indessen machen sich
unsere Parteigenossen keine Hoffnungen auf die Eroberung weiterer
Mandate in dieser Wahl. Man wird es also als definitives Er-
gebnis der Wahl ansehen müssen, daß der 19 Abgeordnete zählende
gothaische Landtag neun Socialdemokraten zu Mitgliedern hat. Das
ist noch nicht die Majorität, aber abgesehen davon, daß sie bei den
nächsten Wahlen im Jahre 1904 erreicht werden kann, bedeutet die
geschlossene socialdemokratische Fraktion gegenüber der nur um einen
Stoß stärkeren, aber in freisinnig-liberale und Agrarier
gespaltenen Mehrheit tatsächlich in den meisten Fällen und bei der
besonderen politischen Situation im Lande die ausschlag-
gebende Gruppe.

Im abgelaufenen Landtage sahen sechs Socialdemokraten. Ein
siebentes Mandat ging durch Mandatsniederlegung verloren. Bei
der Nachwahl fiel das Mandat den Freisinnigen zu, so daß der
Gewinn für diesmal drei Mandate beträgt.

Dieser glänzende Erfolg wurde errungen bei einem Wahlrecht,
das zwar keine Klassencheidung kennt, dennoch aber der Geltend-
machung des Volkswillens die erheblichsten Schwierigkeiten bietet.

Die Wahl ist indirekt; Wähler ist jeder männliche Staatsbürger,
der 25 Jahr alt ist und eine Staatssteuer (ohne unterste Grenze)
zahlt. Es sind aber von der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und
somit auch vom Wahlrecht ausgeschlossen:

„Dienstboten und Handwerksgehilfen ohne eignen Hausstand,
sowie die Handlungs- und andren Geschäftsgehilfen, die keinen
eigenen Hausstand haben oder sich im Brod ihrer Handlungs- oder
Geschäftsherrn befinden.“

Es wird zwar mit Stimmzetteln gewählt, aber eine geheime
Wahl im Sinne der für den Reichstag geltenden Vorschriften ist das
keineswegs. Der Wähler erhält im Wahllokale, nachdem er sich
legitimiert hat, vom Wahlvorstand einen amtlich gekennzeichneten und
numerierten Zettel und auf diesen muß er im Wahllokale selbst den
Namen des oder der Wahlmänner schreiben, denen er seine Stimme
gibt. Andre Zettel werden nicht angenommen. Für einen ab-
geordneten Raum, wo der Wähler dieses für viele recht schwierige
Geschäft unbeachtet vornehmen könnte, ist nicht gesorgt. Außerdem
ist aber gestattet, daß jeder Wähler seine Abstimmung auch mündlich
zu Protokoll erklären kann. Dies benützten z. B. seiner Zeit die
„Freisinnigen“ zu schamloser Wahlbeeinflussung in der Weise, daß
sie für ihre Parteiangehörigen die Parole ausgaben, nur mündlich
zu Protokoll abzugeben. Wer also per Stimmzettel wählte,
machte sich verdächtig.

Wenn drei Stunden nach Eröffnung der Wahl kein Wähler mehr
antworfend ist, so kann die Wahlhandlung geschlossen werden. Die
Wähler müssen also beizzeiten erscheinen. Die Festsetzung der Wahl-
zeit liegt in Händen der Ortsobrigkeit und da die meisten Gemeinde-
vorstände nach alter Gepflogenheit als Wahlmänner kandidieren, so
ist auch nicht immer auf eine für die socialdemokratischen Wähler
günstige Festsetzung der Wahlzeit zu rechnen.

Bei der Wahl der Abgeordneten gilt absolute Mehrheit und die
notwendig werdenden Stichwahlen, deren ähnlich wie in Preußen
mehrere möglich sind, werden sofort vorgenommen.

Man sieht, der Schwierigkeiten sind nicht wenige und die Ge-
meindegewaltigen, die freisinnig oder agrarisch interessiert sind und
auf die Gestaltung der Wahl großen Einfluß zu üben vermögen,
machten davon auch den ausgiebigsten Gebrauch. Es half alles

nichts, die socialdemokratische Mehrheit, die erste in
einem deutschen Staatswesen, ist zwar noch nicht erreicht, aber in
greifbare Nähe gerückt.

Es muß indessen darauf hingewiesen werden, daß der Landtag
für Gotha keineswegs das Landesparlament der vereinigten Herzog-
tümer Koburg-Gotha ist. Nach dem Staatsgrundgesetz vom
3. Mai 1862 besteht sowohl für Gotha als auch für Koburg ein
besonderer Landtag mit beschränkten Befugnissen. Der Landtag für
Gotha zählt, wie gesagt, 19, der für Koburg 11 Mitglieder. Die
Wahlvorschriften sind für beide Landtage gleich. Im koburgischen
Landtag haben wir leider noch kein Mandat, doch hoffen unsere Ge-
nossen in Koburg, bei den demnächst stattfindenden Wahlen auch dort
ein oder das andre Mandat zu erringen.

Für die dem vereinigten Herzogtum gemeinschaftlichen Auf-
gaben treten die beiden Einzel Landtage zum gemeinschaftlichen Land-
tag zusammen.

Dem gemeinschaftlichen Landtag sind unter andern vorbehalten,
das Verhältnis zum Herzog, allerdings mit Ausschluß seiner und
seines Hauses Bezüge aus Staats- und Domänenmitteln; das Ver-
hältnis zum Deutschen Reich, so daß z. B. Instruktionen an den
Vertreter des Herzogtums im Bundesrat nicht durch den Einzel-
landtag veranlaßt werden können; das Staatsministerium; das
Staatsgrundgesetz mit seinen integrierenden Bestandteilen, wozu das
Wahlrecht in seinem ganzen Umfange gehört. Für Änderungen
des Staatsgrundgesetzes ist überdies noch vorgeschrieben,
daß auch die beiden Einzel Landtage erst ihre Zustimmung
geben müssen, bevor solche Beschlüsse gültig werden, so daß
also die Koburger von den Gothaern nicht überstimmt werden
können.

Das Budgetrecht ist sehr beschränkt. Die Bewilligung der
Steuern und Abgaben sowie das Schuldenwesen ist zwar Sache der
Einzel Landtage; doch für alle dem gemeinschaftlichen Landtag vor-
behaltenen Angelegenheiten läßt dieser auch das Stadtrecht und die
Einzel Landtage müssen für die Deckung aller vom gemeinschaftlichen
Landtag bewilligten Ausgaben sorgen.

Die Landtage sind nicht berechtigt, ihre Bewilligungen an Be-
dingungen zu knüpfen, die den Zweck und die Verwendung der Be-
willigungen nicht selbst betreffen.

Staatsüberschreitungen müssen genehmigt werden, wenn ihre Not-
wendigkeit und Dringlichkeit nachgewiesen wird.

Wenn mit einem Landtage keine Einigung über die Ausgaben
zu stande kommt, so gelten die alten Ausgabebewilligungen auf ein
Jahr weiter.

Dennoch ist der Einzel Landtag keineswegs bedeutungslos; gerade
die für das wirtschaftliche und geistige Gedeihen des Staatswesens
wichtigen Angelegenheiten, so das Domänenwesen, Kirchen-, Schul-
und Unterrichtswesen sind seiner Entscheidung vorbehalten.

Ganz besonders ist es das Domänenwesen, das für Gothas
wirtschaftliches Gedeihen einer der wichtigsten Faktoren ist und das
infolge eigentümlicher Rechtsverhältnisse und einer unglücklichen
Nehrwirtschaft das öffentliche Leben des kleinen Staatswesens geradezu
beherrscht.

Die „Domäne“, ein großer Grundbesitz an Forsten, Land-
gütern etc., einst allenthalben Gemeingut der freien Partgenossen,
von den Ritter- und Räuhergeschlechtern allmählich als Privat-
eigentum in Anspruch genommen, später in ihren Eigentums-
verhältnissen schwankend zwischen Staatsgut und landesherrlichem
Privatgut, wurde in Gotha 1854 durch einen Beamtenlandtag in
der Weise gesetzlich geregelt, daß alles Wertvolle davon dem herzog-
lichen Hause unter dem Namen „Domänengut“ als Privateigentum
überwiesen und alles, was große Kosten verursachte, ohne etwas
einzubringen, als „Staatsgut“ in Anspruch genommen wurde. Diese
Regelung besteht noch heute zu recht. Doch wird das Domänengut
staatlich verwaltet und es steht dem Staate ein Teilungsrecht zu.
Zuerst gehen aus dem Ertrage 33 000 M. für die herzoglichen
Witwen etc. ab, dann hat der Herzog 300 000 M. zu bekommen und
dann erst der Staat 108 000 M. Von dem dann verbleibenden
Ertrage bekommt der Herzog die Hälfte und die andre Hälfte fließt
in die Staatskasse. Nach dem letzten Etat bekam die Staatskasse
im ganzen rund 300 000 M. aus dem Ertrage des Domänenguts.

Wenn jedoch das herzogliche Gesamt haus aus irgend einem
Grund ausfällt, das Herzogtum zu regieren, dann hat der Staat
auch keinen Anteil mehr an dem Ertrag; die Domäne bleibt dann
reines Privateigentum des Hauses oder seiner Erben. Dieser Um-
stand macht es einigermaßen erklärlich, warum man so eifrig nach
einem neuen Thronfolger gesucht und schließlich den jugendlichen
Sportman, den Herzog von Albany als solchen gekapert hat. So
lange man einen Herzog hat, besteht doch immerhin noch die
theoretische Möglichkeit, dieses ständalöse Domänenabkommen auf
gesetzlichem Wege in einer den Interessen des Landes besser ent-
sprechenden Weise zu regeln, worauf die Socialdemokraten im Land-
tag schon lange dringen.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird es freilich eines sehr
energigigen Drucks bedürfen, um das durchzuführen. Sind doch
gerade um die Domänenfrage, um das Mitrederecht des Landtags
bei der Verwaltung und um die daraus resultierende Wildwüchsig-
keit Jahren die lebhaftesten Kämpfe geführt worden. Der Herzog
hat auf Grund des Domänenabkommens das alleinige Jagdrecht.
Die Waldfläche der Domäne beträgt circa 4000 Hektar, das ist mehr
als der fünfte Teil des ganzen vereinigten Herzogtums. Die Jagd
wird von den hohen Herrschaften natürlich nur vom Standpunkt
des feudalen Herrn behandelt; sie ist ein „fürstliches Vergnügen“.
Die Jagd wird „pfeilrecht“ behandelt; die Interessen der Bevölkerung
bleiben völlig unberücksichtigt. Da erklärt es sich, daß der Hochwild-
bestand ein ungeheurer ist und der Wald wie die Felder der Grund-
besitzer schwer darunter zu leiden haben.

Der Wald wird verwüstet durch das Wild, indem die jungen
Pflanzungen zertreten, die Rinde von den jungen Bäumen genagt
wird. Kenner des gothaischen Waldbestands erklären, daß der junge
Nachwuchs von jetzt nur noch als Brennholz verwendbar werden
wird. Darunter müssen natürlich die Erträge des Walds schwer
leiden und den Schaden hat vor allen Dingen die Staatskasse; die
Bezüge des Herzogs und seines Hauses müssen vorerst gedeckt
werden und es laun, wenn diese Nehrwirtschaft so weiter geht, der
Fall eintreten, daß für die Staatskasse nichts übrig bleibt. Es ist
begreiflich, daß für ein Gemeinwesen von circa 300 000 Einwohnern
eine Jahresermahmung von 300 000 M. geradezu eine Lebensfrage
sein kann. Alle Versuche, auf diese Dinge eine größere
Einfluß zu gewinnen, haben bisher trotz des ziemlich ein-
mütigen und energigigen Auftretens des Landtags sehr wenig Erfolg
gehabt.

Auch die Landwirtschaft hat außerordentlichen Schaden durch das
viele Hochwild, das auf ihre Wiesen tritt und alles brauchbare Gras
abfrißt. Der Wildschaden ertrag ist meistens nur ein Hohn auf das
Wort, umso mehr, als ja meist keine Landwirte in Frage kommen.
Von der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche des Landes
kommen 64 Proz. auf Betriebe bis zu 20 Hektar, die bei dem
gebirgigen Charakter des Landes und der großen Ausdehnung des
Walds zum größten Teile von dem Wildschaden betroffen werden.
Dabei trachtet die Domänenverwaltung immer noch mit den oft
ansprechbarsten Mitteln, noch mehr Geld zu erwerben durch Pachtung
von Gemeinewald; Proteste der Gemeindevertretungen gegen
eine geradezu zwangweise „Pachtung“ der Jagd im Gemeinewald
seitens der Domäne zu den gemeinschaftlichsten Bedingungen sind
schon häufig, aber ganz erfolglos erhoben worden. Auf der andern
Seite droht den Bauern schwere Strafe, wenn sie nur eine handvoll
Streu aus dem Walde holen.

Man kann sich danach vorstellen, welche Erbitterung in der Be-
völkerung ob dieser Zustände herrscht, und in ihnen, verbunden mit
dem energigigen Auftreten der socialdemokratischen Abgeordneten im
Landtage zum Schutz der Volkswirtschaft ist auch die Hauptursache
der wachsenden Erfolge unserer Partei bei den dortigen Wahlen zu
suchen.

Es ist wahr, auch die Freisinnigen, die neben den Socialdemo-
kraten den andern Hauptteil des Landtags bilden, sind in diesen Fragen bis
zu einem gewissen Grade energig gegen die Regierung aufgetreten;
in verschiedenen Fällen sind wichtige Beschlüsse gegen die Regierung
einstimmig gefaßt worden. Auch in der Frage des Stadtrechts sowie
in verschiedenen andern Fragen haben die Freisinnigen einige Energie
gezeigt. Doch häufig sind sie auch vor der letzten Entscheidung
zurückgeschreckt und wieder umgefallen. Dazu kommt ihr schädiges
Verhalten in der Frage des Wahlrechts. Haben doch, wie schon an-
geklagt, die Freisinnigen bei der durch die Mandatsniederlegung des
Abg. Müller notwendig gewordenen Nachwahl im März d. J., von
einer als Rotbeißer für Schreiberunkundige geschaffenen Bestimmung
Gebrauch machend, durch ein gemeines Manöver die geheime Wahl
tatsächlich aufgehoben und sie zu einer öffentlichen gemacht. Die-
selben Freisinnigen, die ein Programm haben, in dem das geheime
Wahlrecht auch für die Landtage und Gemeinden gefordert wird!

Das Vertrauen zu den Freisinnigen im Lande ist deshalb stark
gesunken und wendet sich immer mehr der Socialdemokratie zu, die
bisher bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, daß sie, wie liberal, die
einzige Partei ist, auf die sich das rechtlose, ausgebeutete, mißhandelte
Volk allein unter allen Umständen verlassen kann, bei der allein die
Wahrung seiner Interessen gut aufgehoben ist.

Durch die jegliche ansichlagende Stellung, die sich unsere
Parteigenossen in Gotha errungen haben, werden sie noch besser Ge-
legenheit haben, die Rechte der Bevölkerung wahrzunehmen und es
ist zu hoffen, daß es bald dahin kommt, daß in diesem Staate nichts
mehr geschieht, was nicht die Zustimmung der socialdemokratischen
Partei findet.

China.

Es scheint, daß nun auch England es definitiv abgelehnt
hat, die Erfüllung der Forderungen als eine Vorbedingung der
Friedensverhandlungen zu betrachten. Uebrigens wird die
grundfällige Ablehnung in der Wilow-Offizien-
Sprache neuerdings als „Zustimmung im Prinzip“ überseht.
Wenn der Graf Wilow auch kein Politiker ist, so kann man ihm
einige anregende Verdienste um die Erfindung einer neuen Logik
und einer neuen Sprache nicht absprechen. Er hat sich damit einen
schönen Wirkungskreis gesichert, falls er einmal der „gelben Jade“
des China-Ministers entkleidet werden sollte.

Ueber die tatsächliche Lage in China verstreuen zuverlässige
Nachrichten vollends. Um so sicherer ist die Anarchie des europäischen
Kongress. Nur die deutsche Mundharmonika bläst noch standhaft
China in Grund und Boden.

Rußland hat inzwischen das rechte Amur-Ufer in aller Form
annektiert und spielt nun, gefügigt, in Peking den Netter.

Englische Jansenen.

Den „Times“ wird aus Shanghai vom 25. September ge-
meldet: Es sind Anzeichen vorhanden, daß die Wandschu-Partei
mehr und mehr eine herausfordernde Haltung einnimmt. In den
hiesigen chinesischen Zeitungen wird mitgeteilt, es seien Befehle er-
gangen, einen neuen Palast in Singanfu zu errichten. Im Namen
Senghs wird das Legation von der chinesischen Presse verbreitete
Gerücht bestätigt, daß Li-Dung-Tschang von der kaiserlichen Regie-
rung geheime Befehle erhalten habe, alle verfügbaren Truppen
zu sammeln und die Hauptstadt wieder zu erobern. Es wird
aber hinzugefügt, der Vicelkönig halte diese Befehle mit seiner Stellung
als Friedensunterhändler unvereinbar.

Dasselbe Blatt wird aus Hongkong vom 25. d. M. gemeldet: In der Umgebung von Kanton plündern Räuber und Arbeitslose die Dörfer. Die katholische Kirche in Lokamhang wurde zerstört, der Kirchhof der Ausländer, der sich in der Nähe befindet, wurde entweiht. Auch die amerikanische Kirche in der Vorstadt von Kanton wurde zerstört.

Man braucht kein Wort zu glauben!

Die russischen Annexionen.

Nach englischen Telegrammen haben russische Generale eine teilweise Annexion der Mandschurei verkündet. Die Verordnungen lauten:

1. Ich verkündige den Uebergang des Mandschu-Gebiets im transsibirischen Bezirk und des von den russischen Truppen besetzten rechten Amur-Ufers an Rußland. 2. Die Rückkehr chinesischer Unterthanen nach dem transsibirischen Bezirk auf dem russischen oder linken Ufer des Amur ist verboten. Deren Land wird zur russischen Kolonisierung verwendet werden. 3. Die frühere chinesische Stadt Aigun und die Niederlassung von Sachalin gehen mitsamt dem anstehenden Gebiet zeitweilig an die russischen Militärbehörden über; allen Privatpersonen wird bedingungslos unterzogen, sich darin niederzulassen. 4. Die frühere Stadt Aigun und die Niederlassung von Sachalin dürfen nicht wieder aufgebaut werden. Von den erhaltenen chinesischen Gebäuden werden nur diejenigen noch verschont werden, die zur Unterbringung der russischen Truppen und der Lagerung der Vorräte notwendig sind. 5. Die Verwaltung des von den russischen Truppen am linken Amur besetzten Gebiets, sowie die vorläufige Verwaltung des Gebiets jenseits des Flusses Seja wird dem russischen Grenzkommissar unterstellt, bis das Gebiet einer durchaus russischen Bevölkerung übergeben sein wird. Der Amtssitz des Grenzkommissars wird sich in Aigun befinden.

Auch diesen Nachrichten fehlt die einwandsfreie Bestätigung; sie mögen allerdings den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Chinesen als Soldaten.

Die in Marseille eingetroffenen verwundeten französischen Soldaten und Matrosen wissen viel von den großen Verlusten der Verbündeten und der

Tapferkeit der Chinesen

zu erzählen. Nicht nur in den Kämpfen und Schammühen seien viele Mann geblieben, sondern auch das Klima fordere große Opfer. So seien beispielsweise von den 600 Mann des französischen Cochinchina-Regiments kaum noch 100 kampffähig und marschfähig. Die Chinesen legten im Kampf großen Muth und Todesverachtung an den Tag und würden sicherlich höchst gefährliche Widersacher sein, wenn sie besser befehligt würden. Die Boger stürmen stets zuerst zum Angriff vor und die regulären Truppen eilen dann zu ihrer Unterstützung herbei; wenn sie zurückgeschlagen werden, vereinigen sie sich zu dichten Massen und liegen sich kaltblütig niederzuschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

Sechs Mark Getreidezoll.

Das Ausbeutertum ist sich einig. Die Krautjunker helfen den Schlotjunkern zu hohen Schutzzöllen auf Industrie-Erzeugnisse und die Schlotjunker den Krautjunkern zu hohen landwirtschaftlichen Zöllen, in erster Linie zu hohem Getreidezoll. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir uns vor einer unerhörten Brotvertheuerung befinden, zu welcher die Erhöhung des Getreidezolls die erste Maßregel bildet, um den deutschen Brotkonsumenten den junkerlichen Kornvucherern wehrlos auszuliefern. Nur über die Höhe des neuen Getreidezolls herrscht noch Uneinigkeit. Die großindustriellen Hochschutzzöllner wollen den Agrariern einen Sechs Mark-Zoll pro Doppelcentner Getreide — noch eine Mark mehr als vor Beginn der Handelsvertragspolitik — gewähren und die Regierung hat bereits ihren Segen dazu gegeben. Die Agrarier wollen natürlich noch mehr — die „Deutsche Tageszeitung“ hatte den 6 Mark-Zoll als „zu niedrig“ bezeichnet — indessen werden sie schließlich nehmen, was sie kriegen, und die Ausplünderung der Konsumenten durch das agrarisch und industrielle Ausbeutertum kann sich vom Jahre 1903 ab ungehindert vollziehen.

Das Sprachrohr des Herrn v. Miquel, die „Berl. Polit. Nachrichten“, hat sich soeben darüber vernehmen lassen, wie weit die Regierung ihren geliebten Junkern entgegenkommen will. Die Regierung sagt also:

„Daß der Vertragszolltag von 3,50 Mark pro Doppelcentner Roggen oder Weizen zur Erreichung dieses Ziels (Schutz der „notleidenden“ Junker) nicht ausreicht. Was nun die in Aussicht zu nehmende Höhe des Zolltages anlangt, so wird anzuerkennen sein, daß auch der in dem allgemeinen Zolltarif vorgesehene, zur Zeit nur noch ganz ausnahmsweise Platz greifende Satz von 5 M. auf den Doppelcentner eine nicht zu überschreitende Grenze um so weniger bildet, als bereits im Jahre 1887 die verbündeten Regierungen einen Zolltag von 6 M. für den Doppelcentner als angemessen vorgeschlagen hatten.“

Also was der unter dem Druck des Boulanger-Schwindels in den Reichstagswahlen des Jahres 1887 gewählte Angst-Reichstag nicht auszuführen wagte, dafür hält man heute die Zeit gekommen. Um den brutigeren Agrariern die Tasche zu füllen, soll das Volk den 6 Mark-Hungerzoll bezahlen!

Dabei würde diese Regierung sich nicht scheuen, den Zoll noch höher hinaufzuschrauben, wenn sie nicht fürchtete, alsdann das industrielle Ausbeutertum vor den Kopf zu stoßen.

Ein übermäßig hoher Getreidezoll, so läßt die Regierung sich vernehmen, müßte entweder die Lebenshaltung der Arbeiter ungünstig beeinflussen oder... zu einer Steigerung der Arbeitslöhne und damit zu einer für alle Zweige der heimischen schaffenden Arbeit bedenklichen Erhöhung der Produktionskosten führen.

Das industrielle Ausbeutertum ist eben gern bereit, den Junkern höheren Getreidezoll zu bezahlen, so lange es allein aus den Taschen des Arbeiters geht; sobald aber der Getreidezoll so hoch wird, daß er den Arbeiter zu höheren Lohnforderungen zwingt und damit die Industrie Gefahr läuft, einen Teil der Zollerhöhung decken zu müssen, ist es mit der Einigkeit der Ausbeuter vorbei. In dieser richtigen Erkenntnis bildet für die Regierung der 6 Mark-Zoll die vorläufige Grenze. Es ist die Mindestkonzession an den Profit-hunger der Brotvucherer.

Die aufreizende Rücksichtslosigkeit, mit welcher das Ausbeutertum den deutschen Arbeiter zwingen will, den Junkern einen allein aus der Arbeitertasche fließenden höheren Brottribut zu zahlen, fällt zeitlich in eine Periode, in der die Thatfachen das Gerede von der „Notlage der Landwirtschaft“, wenigstens in Bezug auf die großen und mittleren Grundbesitzer, als plumpen Schwindel erweisen. Erst kürzlich waren die „Deutsche Tageszeitung“ und andre Blätter der Agrarier wie auf den Mund geschlagen durch die veröffentlichte Zusammenstellung über die im Jahre 1899 in Preußen beobachteten Zwangsversteigerungen, aus der hervor-

ging, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen der der Landwirtschaft dienenden Grundstücke in Preußen erheblich gesunken sind, sich also die Lage der Landwirtschaft ganz bedeutend gebessert hat. Wie sollte es auch anders sein! Die Preise der Erzeugnisse der Landwirtschaft sind während der sechs guten Jahre der Industrie beständig in die Höhe gegangen und der Industriearbeiter hat fast keinen ganzen Mehrerwerb in die Hände der Grundbesitzer fließen lassen müssen. Die Junker haben einen Teil ihrer Schulden abstoßen können, sie konnten ihre Arbeitsinstrumente vermehren und durch technische Neuerungen den Betrieb rentabler gestalten. Auf den großen Gütern ist eine rege Bauhätigkeit entfaltet worden und die ganze Besserung der Lage zeigt sich in dem Rückgang der Substationen. Deren Zahl betrug 1894: 4398, 1896: 3951, 1897: 3657, 1898: 3575, 1899: 3217. Die Zwangsversteigerungen sind mithin von 1898 auf 1899 um 10 Proz. zurückgegangen. Am stärksten waren sie in den preussischen Bezirken, in denen vorwiegend der Großbetrieb in der Landwirtschaft besteht.

Das alles gilt den ostelbischen Veuropolitikern gar nichts. Sie sind auch weit entfernt, sich mit dem 6 M.-Zoll zufrieden zu geben. Wie ihn die „Deutsche Tageszeitung“ von vornherein als „zu niedrig“ bezeichnete, so erheben jetzt die junkerlichen Brotvucherer ein wüstes Geseul, weil ihnen dieser Tribut aus den Taschen des armen Manns nur ein Bettelstübgen dünkt. Ihnen soll ja der Getreidezoll nur das Mittel sein, die Getreidespekulation des Auslands überhaupt vom deutschen Markt fernzuhalten, ein Hungerzoll in des Wortes vollster Bedeutung, der das Volk zwingen soll, den Marktpreis des Getreides auf die Höhe heraufzubringen, die dem Junker genügt. Was ist da ein 6 Mark-Getreidezoll! Die Junker sind bereits über den Antrag stänig hinausgewachsen. Worauf sie, wenn sie es auch aus naheliegenden Gründen im Augenblick in der Agitation nicht sagen, hinstreben, ist der bewegliche Getreidezoll.

Das Prinzip der beweglichen Getreidezölle soll in die neuen Verträge aufgenommen werden und deshalb ist ihnen kein festgelegter Zolltag hoch genug. Eine ganze Reihe agrarischer Nationalökonomien in Deutschland hat sich in jüngster Zeit mit diesem Problem beschäftigt, den Zoll je nach der Preislage des Getreides verändern zu können. Zu den am meisten diskutierten Vorschlägen gehört der des bekannten Agrarpolitikers Kühne (Halle). Er will in die neuen Handelsverträge eine Bestimmung aufgenommen wissen, daß, sofern der Getreidepreis andauernd vier Wochen unter 155 M. pro Tonne Weizen und 130 M. pro Tonne Roggen gestanden hat, dann der Bundesrat den Getreidezoll so lange auf das Doppelte (also auf 7 M.) erhöhen soll, bis der Getreidepreis andauernd mindestens acht Wochen auf 190 M. pro Tonne Weizen und 165 M. pro Tonne Roggen steht. Erst dann soll eine den Marktverhältnissen angepaßte allmähliche Herabsetzung des Zolls den Preis des Getreides sinken lassen, um den Zoll sofort wieder zu erhöhen, wenn dem Junker nicht mindestens 155 resp. 130 M. pro Tonne bezahlt werden.

Dieser rucklosen Aushungerung des Konsumenten im Geldbeutelinteresse des Junkertums wird in anderer Form auch von Professor v. d. Holtz, Ehrenberg, Humann, Dr. Max Grabein und von agrarischen Vätern das Wort geredet. Das sind die „Endziele“ des Agrariertums und deshalb ist ihnen der 6 M.-Zoll ein Nichts!

Die Regierung redet den Junkern gut zu; sie sollten sich an dem 6 Mark-Zoll genügen lassen, denn bei der Regierung herrsche volles Einverständnis darüber, daß nach Ablauf der jetzigen Handelsverträge der Abschluß neuer langfristiger Tarifverträge im Interesse der deutschen Ausfuhr anzustreben sei. Fruchtloses Gerede! Was gilt den habgierigen Brotvucherern die deutsche Ausfuhr und das „Interesse des Vaterlands“. Für preussische Junker galten Vaterland und Volk von jeher nur so lange, als sie sich von ihnen ausplündern ließen.

Die Agrarier Sachsen

nehmen nicht nur im Landtag des industriellen Staats eine Nachstellung ein, die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung in keiner Weise entspricht, sie haben auch im Landeskulturrat eine Organisation mit behördlichem Anstrich, die ihre Sonderinteressen mit Eifer und Nachdruck vertritt. Hier finden sich mit noch andern agrarischen Elementen von Zeit zu Zeit die Führer der agrarisch-konserватiven Clique in Dresden zusammen und bilden eine Körperschaft, der das Recht zusteht, die agrarischen Wünsche zu Beschlüssen geformt als Anträge direkt beim Ministerium anzubringen. In der jüngsten Sitzung am 26. d. M. beschäftigte sich der Landeskulturrat unter anderem auch mit den Handelsverträgen. Die versammelten Agrarier waren sich natürlich darüber einig, daß im Interesse der notleidenden Landwirtschaft Hochschutzzoll-Barrieren nötig seien.

Wiel Kopfschmerzen machte ihnen die Materie nicht. Je höher der Zoll, desto besser, das war der einzige Gedanke, der die Elite der sächsischen Agrarier besetzte und als der Junker von Frege als Referent ausführte, daß ein Schutz Zoll von 6 Mark für Roggen und Weizen, wie ihn die Regierung bei der letzten Zollerhöhung schon in Aussicht genommen habe, nicht mehr genügen könne, sondern ein Minimumtag von 8 Mark erforderlich sei, stimmte man ihm allgemein zu und nahm schließlich, nachdem man sich auch für höhere Zölle auf Hafer, Mais und Gerste erklärt hatte, einen Antrag an, nach dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrat mit Nachdruck für eine Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte zu wirken. Ein Regierungskommissar beilligte sich auch, die Versicherung abzugeben, daß die Regierung den Beschlüssen einer so angeesehenen Versammlung größte Beachtung schenken werde.

Nach dieser indirekten Zusage könnte es nicht mehr überraschen, wenn die Regierung des industriellen Sachsens im Bundesrat die Vorhut für Brotvertheuerung bilden würde. Was die Arbeiter dazu sagen, danach glauben die maßgebenden Kreise, die sich hinter dem Damm des Dreiklassen-Wahlrechts sicher fühlen, wohl nicht fragen zu brauchen.

Einen weiteren Gegenstand agrarischer Unzufriedenheit bilden die Milchregulative verschiedener Städte. Die sächsische Regierung ist, wie bereits mitgeteilt, erst vor kurzen einem früheren Beschluß des Landeskulturrats insofern nachgekommen, daß sie verfügte, es solle als Vollmilch alle Milch gelten, zu der nichts zuzusetzen sei, und die städtischen Milchregulative sollten nur solche Anforderungen bezüglich des Fettgehalts stellen, daß die Landwirtschaft ihn regelmäßig zu erzielen im Stande sei. Die meisten Städte mußten daraufhin ihre Milchregulative, in denen meist ein Fettgehalt von 3 1/2 Proz. vorgeschrieben war, ändern. Da sie aber nun nicht, wie der Landeskulturrat es wünschte, überhaupt auf einen bestimmten Fettgehalt verzichteten, sondern meist nur statt 3 1/2 3 Proz. verlangten, gerieten die Herren vom Landeskulturrat in Zorn. Sie forderten in ihren Reden einmütig, daß die Bestimmungen über Fettgehalt überhaupt gestrichen werden sollten; da sie aber eine solche Forderung selbst für vorläufig nicht erreichbar hielten, verlangten sie wenigstens

eine ministerielle Verordnung, wonach in städtischen Milchregulativen höchstens 2,8 Proz. Fettgehalt beschlossen werden dürften. Gegen anders lautende städtische Milchregulative soll schleunigst eingegriffen werden. Demgemäß beschloß man auch; damit war man aber noch nicht zufrieden. Die Mehrzahl der städtischen Milchregulative erhalten zum Schutze gegen die Tuberkulose die Bestimmung, daß Milch von tuberkulösen Kühen nicht in den Handel gelangen soll; das ging den Herren aber wider den Strich. Sie behaupteten, Milch von tuberkulösen Kühen sei nur dann schädlich, wenn das Enten erkrankt oder die Kühe hochgradig tuberkulös seien. Die Herren brachten es wirklich fertig, der Regierung zuzumuten, sie sollte auch in diesem Sinne die städtischen Milchregulative reformieren und veranlassen, daß auch Milch von tuberkulösen Kühen zum Handel freigegeben und nur solche von schwach erkrankten Tieren ausgeschlossen werde. Und wieder fand sich ein Regierungskommissar, der diesen Beschlüssen die größte Beachtung der Regierung zusicherte.

Die letzte Forderung ist um so unerschämter, weil die Agrarier allein die Schuld tragen, wenn in Sachsen noch tuberkulöses Rindvieh in erschreckend hoher Zahl anzutreffen ist. Vor drei Jahren legte die Regierung dem Landtage ein Rindertuberkulose-Gesetz vor, das die Abtötung aller tuberkulösen Rinder nach bestimmten Regeln gegen eine Entschädigung von 80 Proz. des Werts an die Besitzer des Tiers bezog. Diese Vorlage brachten die Agrarier zu Fall, weil ihnen die Entschädigung nicht hoch genug war. So tragen sie allein die Verantwortung für die fortwährende Gefährdung der Volksgesundheit durch tuberkulöse Milch. Trotzdem finden sie noch den traurigen Mut, die Beseitigung der jetzt bestehenden dürftigen Schutzmaßregeln gegen Milch von tuberkulösen Kühen zu fordern, weil die diesbezüglichen Bestimmungen in den städtischen Regulativen ihren Interessen entgegenstehen.

Die gelbe Gefahr.

Man schreibt uns: In dem Leitartikel Ihrer Nr. 219 berühren Sie jene Seite der Chinapolitik, die von allen für die westliche Civilisation überhaupt und für das mit ihr verknüpfte Interesse der Arbeiter insbesondere die wichtigste ist: die ungeheure Krise, welche der Unterschied des Geldwerts und der Löhne zwischen Westeuropa und Ostasien heraufbeschworen muß, sobald man Kohle und Eisen an Ort und Stelle durch den bedürfnislosen Kuli für die Industrie betriebsam macht. Den Nachhabern und Kapitalisten ist die furchtbare Größe dieser Gefahr seit Jahrzehnten bekannt, und man muß annehmen, daß die Chinapolitik, soweit ihr überhaupt tiefere Erwägungen und nicht nur ehrgeizige Wallungen zu Grunde liegen, durch den Wunsch geleitet wird, die heimische revolutionäre Arbeiterschaft durch eine neue Reserve-Armee von Kulis zu züchtigen und im Schach zu halten. Dieser Plan ist ein Hochverrat an der westlichen Civilisation, die ohne eine aufstrebende Arbeiterschaft zu Grunde gehen muß.

Seit Jahrzehnten haben in diesem Sinne verständige Männer vor der gelben Gefahr gewarnt, daß man den „unerlöschlichen Ameisenhaufen“ der gelben Rasse nicht aufstören sollte. Die Flottenprofessoren haben uns meines Wissens ihre Ansichten über diese wahre Hauptfache vorenthalten oder sich leichten Herzens damit abgefunden. Um so mehr scheint es angebracht an eine Aeußerung des bekannten Schäffle zu erinnern. Dieser ehemalige Minister und Professor sagt in seinem 1880 erschienenen Buche über Steuerpolitik (Seite 158), nachdem er die landwirtschaftliche Krise in Europa erklärt hat, als die Folge der noch längst nicht ausgeglichenen Unterschiede in der Lebenshaltung, der Bevölkerungsdichtigkeit und der Bodenerschöpfung in den Ländern der neuen Welt und Westeuropa, folgendes:

„Würde gar die — bei hohem Geldwert, geringen Arbeiterbedürfnissen und mildem Klima — enorme, billige indische, chinesische und japanische Arbeit durch Spekulation europäischer und asiatischer Kapitalisten mehr und mehr zum Konkurrenz-Kampf gegen Europa in Reich und Glied gestellt, dann wäre auch noch eine zweite weltwirtschaftliche Entwicklungskrise angebahnt, welche in wechselnder Stärke so lange anhalten könnte, bis zwischen Europa und Ostasien der Geldwert ausgeglichen sein würde.“

Als Folge dieser Vorgänge nimmt Schäffle eine länger andauernde und ziemlich allgemeine Herabsetzung der Preise, Löhne und Zinsen, eine „Dauerkrisis“ in Aussicht.

Hinzugefügt muß werden, daß schon der Ausgleich des Geldwerts dieser Krise eine so lange Dauer geben würde, daß man von einem ungeheuren Rückgang der westlichen Civilisation reden müßte. Aber selbst der Ausgleich des Geldwerts würde den Abstand zwischen der Oekonomie Westeuropas und Ostasiens nicht aufheben, weil es sich nicht nur um die größere Kaufkraft des Geldes in Ostasien, sondern auch um eine höchst jämmerliche Stufe der Bedürfnisse in China handelt, die mit dem Sinken des Geldwerts nicht entfernt zugleich wegfiele.

Aus diesem Gesichtspunkte muß die China-Politik als das gefährlichste Unternehmen verurteilt werden, mit dem sich seit Jahrhunderten ein europäischer Staatsmann getragen hat, ein Unternehmen des kapitalistischen Hochverrats an seiner eignen Civilisation, welches diese Civilisation in einen Verzweiflungskampf hineinleitet und gegen das alle Kräfte der Kultur zum Widerstande auf Leben und Tod aufgerufen werden müssen.

Deutsches Reich.

Die rettende Papiertenerung.

Ein ganz schlaues Mittel, die Socialdemokratie endgültig zu vernichten, haben die „Berl. Neueste Nachrichten“ erfunden. Man soll längs der teuren Papierpreise den Raum sparen und die socialdemokratischen Kundgebungen nicht mehr erwähnen:

Die Papierpreise steigen enorm, wir stehen heute einer Preissteigerung von fast 50 Proz. gegenüber. Viele Zeitungen werden sich entweder einschränken, oder ihre Bezugs- und Anzeigenpreise steigern müssen. Um so näher läge es, auf das viele Stroh, das in den Parlamenten gedroschen wird, nicht mehr so viel Raum und Arbeit zu verschwenden, wie es in den deutschen Zeitungen und zwar in steigendem Maße üblich geworden ist. Die Presse könnte in dieser Beziehung sehr nützlich und ersperrlich wirken. Manche Rede im Parlament bliebe sicherlich ungehalten, wenn der Betreffende vorher die Gewißheit hätte, daß sie nicht in die Zeitungen kommt!

Auf diese Weise soll vor allem die parlamentarische Chinakritik der Socialdemokraten um ihre Wirkung gebracht werden, die das Krupp-Blatt anscheinend auch in seinen eignen Reihen fürchtet. Man wollte uns tot schießen, tot projizieren, tot hegen — nun empfiehlt man als letztes Rettungsmittel: man soll uns zu Tode schweigen. Uns kann nur lieb sein, wenn die bürgerlichen Blätter auf allen interessanten Stoff verzichten; wir werden uns aber rächen

und mit um so größerem Vergnügen die Lebendäuserungen unserer Feinde zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Auch die „Post“ empfindet die Zustände getaktet, namentlich in Hinsicht auf unsere Parteiangelegenheiten; es liegt da gar kein sachliches Interesse zur Verichterstattung vor. Zu gleicher Zeit aber schreibt der ehemalige Parteigenosse der „Post“, der Prof. Hans Delbrück, in den „Preussischen Jahrbüchern“:

„Die interessanteste unter den deutschen Parteien ist heute zweifellos die sozialdemokratische. Sie ist die einzige, die Probleme in sich birgt, die die Möglichkeit einer Entwicklung bietet, und sie ist zugleich nach der für den Reichstag abgegebenen Stimmenzahl von allen die stärkste. Die anderen Parteien sind alle mehr oder weniger im Stadium der Versteinerung. Es ist möglich, daß sie gelegentlich einer Krisis völlig in die Brüche gehen und Neubildungen an ihre Stelle treten, aber es ist nicht mehr möglich, daß sie aus sich heraus eine That, einen Gedanken, eine Persönlichkeit produzieren. Man weiß von vornherein ganz genau, wie sie sich zu jeder auftauchenden Frage verhalten werden, darum haben sie auch keine Talente mehr; sie haben sie nicht nötig; sie brauchen nur noch Orgeldreher. Die konservative Partei hält schon lange gar keine Parteitage mehr ab; die nationalliberale hat seit der Frankfurter Blamage auch genug davon; die freisinnige lebt überhaupt nur noch hinter verschlossenen Türen; die große Heerfahne des Centrums, der Katholikentag war von einer geistigen Oede beinahe wie eine Reichstags-Sitzung; der einzige Parteitag, dem es der Mühe wert war zu folgen, war der sozialdemokratische, der einzige, der durch das, was dort geredet und beschlossen ist, in der inneren Geschichte Deutschlands eine gewisse Bedeutung haben wird.“

Mag die „Post“ — angeführt der Papiertenerung — ihre Leser statt mit unruhm Parteitagsberichten mit den Telegrammen über Wolbesee-Triumphe und jubelnde Fürsteneinfänge unterrichten, bilden, erheben und unterhalten! —

Der überflüssige Reichstag. Die katholische „Köln. Volkszeitung“ findet es „nicht sehr rücksichtsvoll“, daß der Termin für die Einberufung des Reichstags immer noch nicht veröffentlicht sei. Worüber beklagt sich die „Köln. Volksztg.“; sie hat sich doch selbst immer gegen die rechtzeitige Einberufung des Reichstags erklärt und den Grafen Bülow verteidigt, weil er in seine feinen Reize nicht die plumpen Stiefel der Volksvertreter hineintreten lassen will.

Das Centrum macht sich mit seinen jetzigen Beschwerden nur lächerlich und verschleiert durch solche Klagen nicht seinen vollständigen moralischen Bankrott. Die einzige mögliche und wirksame Antwort auf die verfassungswidrige Ausdehnung des Reichstags zu geben, wird dem Centrum ja doch nicht einfallen. Es wird ja den Verantwortlichen des Chinakriegs nicht die Sorge überlassen, aus eignen Mitteln die willkürlich verausgabten Kosten zu bestreiten. —

Eine verpaßte Gelegenheit.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Auf den deutschen Geschäftsträger in Guatemala, von Esh, war in der Nacht zum 16. September ein Angriff verübt worden. Als er im Wagen nach seiner vor der Stadt Guatemala gelegenen Villa zurückkehrte, wurde er von zwei völlig verummten Individuen überfallen. Bei dem Angelwechsel blieb Herr v. Esh unverletzt, während einer der Angreifer von ihm durch den Arm geschossen wurde. Wie sich herausstellte, gehörten die Angreifer der geheimen Polizei an. Der Geschäftsträger stellte folgende Forderungen: Absetzung des Wehrpolizeichefs, Absetzung und Bestrafung der Missethäter und Stellung einer berittenen Schutzwache. Die dortige Regierung hat diese Forderungen alsbald erfüllt, und der Präsident der Republik und der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sprachen offiziell und schriftlich in besonders warmen Ausdrücken ihr tiefes Bedauern über das Verbrechen aus.

Unsere Regierung steht nachgerade nicht mehr auf der weltpolitischen Höhe. Sie hat da die schönste Gelegenheit verpaßt, unverzüglich Schiffe und Truppen nach Guatemala zu senden, deutsche Fahnen statieren zu lassen, einen Generalissimus zu entsenden und Guatemala mit der deutschen Kultur im Wege der Zwangsenteignung zu infizieren. Ist denn dem Grafen Bülow alle Schneidigkeit entschwunden? —

Die Furcht vor der Propaganda. Die Agitation, die durch die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen veranlaßt werden wird, löst der „Post“ schwere Besorgnisse ein:

„Die unterwählende und wählende, ja zum Teil selbst entfallende Wirkung der wilden Agitation bei den Landtagswahlen bildet einen der schwersten Missethände, welche das Reichswahlrecht im Gefolge gehabt hat. Bisher sind die Landtagswahlen davon verschont geblieben, in Zukunft aber dürfte dies anders werden und die Zeit der Landtagswahlen sich zu einer die ganze Bevölkerung von unten auf erregenden Agitation gestalten.“

Wenn ferner ... die Sozialdemokratie ihre Unterstützung auch den Freisinnigen nur unter der Voraussetzung von Gegenleistung gewähren wollen, so ist mit einiger Sicherheit darauf zu rechnen, daß sie im nächsten Gesetzgebungsabschnitt auch im Abgeordnetenhause vertreten sein werden. ... Ehen aber erst Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause, so erwacht ihnen in der Tribüne dieser gesetzgebenden Körperschaft ein neuer sicherer Platz, von dem aus sie mit weitem Resonanzboden im Interesse ihrer Propaganda zum Fenster hinaus reden können. Nach den Vorgängen im Reichstag werden sie auch ohne Zweifel die Tribüne des Abgeordnetenhauses ebenso so Propagandazwecken mißbrauchen, wie die des Reichstags. So dürfte auch nach dieser Richtung hin der Beschluß des Parteitags, sich allgemein an den Wahlen zu beteiligen, für die sozialdemokratische Propaganda sich als außerordentlich nützlich erweisen und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die leitenden Köpfe der Partei sich wesentlich durch diese Gesichtspunkte haben bestimmen lassen, als sie für die Wahlbeteiligung eintraten.“

Nachdem die „Post“ derart ihre Besorgnungen ausgesprochen, erklärt sie am Schluß, sehr unvermittelt, ihr könne diese neue Opposition nur willkommen sein.

„Die freisinnige Opposition ist zur Zeit ungemein schwächlich. Herr Eugen Richter ist in den letzten Jahren hart gealtert, und zwar geistig noch mehr als körperlich; Herr Niderst ist ein kranker Mann und der Rest ist, abgesehen von einigen Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung, welche zudem nicht durchweg oppositionell sind, Schweigen. Eine so lendenlähme Opposition ist aber ein Krebsgeschaden für die Verhandlungen einer parlamentarischen Körperschaft, insbesondere kann es für die staatsverhaltenden Parteien nur erwünscht sein, wenn die Opposition wieder eine Gestalt gewinnt, welche ihre Belämpfung der Mühe wert erscheinen läßt. Kommt durch den Eintritt einiger Sozialdemokraten ein frischerer Zug in die radikale Opposition, so kann es daher für die Verhandlungen selbst und den Eindruck, den sie nach außen machen, nur dienlich sein.“

Wenn die Scharfmacher wirklich solche Sehnsucht nach einer frischen Opposition haben, so könnten sie ihrem Verlangen bequem auf die Weise Erfüllung schaffen, daß sie all ihren Einfluß anwenden, um das Dreifachen-Wahlrecht zu beseitigen. Die „Post“-Leute scheuen sich eben so leichtfertig nach der sozialistischen Opposition wie Bismarck einst nach den drei Duzend Sozialdemokraten im Reichstag. —

Unlauterer Wettbewerb in der China-Kritik. Die „Ahein. Westf. Btg.“ steht mit schweren Vorwürfen der parlamentarischen China-Kritik entgegen. Sie wittert einen großen Erfolg der Sozialdemokratie und hat deshalb der Ahal-Patrioten, selber ein wenig

unter die Vaterlandslosen zu gehen. Das Organ der Stubenbarone warnt die Staatsverhaltenden davor, Loblieder auf die deutsche China-Politik zu singen, und begründet diese Warnung wie folgt:

„Da unzweifelhaft mancherlei Vorgänge eine tiefe Mißstimmung gerade bei dem lotharischen Teile der Bevölkerung hervorgeufen haben, eine Mißstimmung, die sich auflösen muß, so würden die radikalen Parteien, wenn ihnen nicht nur die Führung der Kritik, sondern die Kritik überhaupt allein obläge, unzweifelhaft einen großen Erfolg haben. Selbst wenn sie sich, was als sicher angenommen werden kann, dabei glänzliche Liebertreibungen zu Schulden kommen lassen, so wird es nicht an Leuten fehlen, die da meinen, daß es immer noch besser ist, Mißstände in übertriebener Weise zu kritisieren, als gar nichts zu sagen. Die Taktik der nationalen Parteien ist deshalb eine gegebene: durch eine zwar sachliche, maßvolle und ruhige, aber nichts beschönigende Kritik muß dem Radikalismus der Bind aus den Sägeln genommen werden. Wegen eine solche Kritik werden die böswilligen, aufgeregten und allerhand parteilastige Nebenwede verfolgenden Angriffe der radikalen Parteien unvorteilhaft abstecken und der ruhige Teil der Bevölkerung — und dies ist glücklicherweise die Mehrzahl — wird erkennen, daß man die Wahrheit vollkommen rücksichtslos sagen kann, ohne dabei in der Sache dem nationalen Empfinden und den internationalen Interessen des Reichs nahe zu treten.“

Eine sehr gefährliche Taktik! Das kritische Säufeln der Ahalnammann kann nur dazu dienen, vor aller Welt die Berechtigung der ehrlichen und offenen Kritik zuzugewinnen. Der Sturm wird das Gespül der feigen Halbheit in nichts zerwerfen. —

Wer sind die Brotverkäufer? Unter diesem Stichworte übernimmt jetzt eine Anzahl bürgerlicher Blätter folgende dummdreiste Notiz der „Deutschen Tageszeitung“:

„Einen höchst interessanten Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefert der Geschäftsbericht des sozialdemokratischen Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. In diesem Geschäftsberichte wird hervorgehoben, daß „infolge des Preisstands des Mehls“ die Bäckerei besonders günstig gearbeitet habe, indem sie bei einem Reingewinn von über 268 000 M. ihr Anlagekapital mit fast 20 Proz. vergrößert habe. Mit andern Worten heißt das: An der Höhe der Brotpreise sind nicht die Mehlpreise, auch nicht die Getreidepreise, sondern der Geschäftsgewinn des sozialdemokratischen Konsumvereins schuld. Wenn also die Genossen in und um Leipzig verhältnismäßig teureres Brot hatten, so haben sie das nicht den bösen Agrariern, sondern ihren den Konsumverein und die Bäckerei leitenden Genossen zu verdanken.“

Weil dieser plumpe Schwindel wahrscheinlich auch von der Antikbrotpresse in der Provinz gierig aufgegriffen werden wird, sei die betreffende Antwort hier hinzugefügt, die die „Leipziger Volkszeitung“ darauf erteilt:

„Die Leipziger Konsumvereine verkaufen zu marktängigen Preisen, auf die sie an sich schon durch ihr Dasein herabdrückend einwirken. Wenn trotzdem der Bäckereibetrieb des Plagwitzer Konsumvereins eine fast 20 prozentige Verzinsung seines Anlagevermögens ergab, so beweist das nur, wie rentabel das Bäckereigewerbe im Allgemeinen ist und welche immense Profite es den Privatunternehmern definitiv in die Tasche fließen läßt. Von diesen sich auf Kosten des Volks bereichernden Privatunternehmern unterscheiden sich die Konsumvereine bestimmt dadurch, daß sie die Betriebsüberschüsse in Form von Dividenden an die Konsumenten zurückfließen lassen.“ —

Justiz-Razzia auf einen Wih. Beschlagnahme wurde in Halle von der Kriminalpolizei die Nr. 178 des „Volksblattes“ vom 3. August. Es handelte sich um eine unter der Spitzmarke „Der Menschenfreund“ veröffentlichte Notiz, die einem Wihblatt entnommen worden war. Es ist dies dieselbe Notiz, deretwegen der Genosse Redakteur Lehm in Erfurt vor 8 Tagen vom dortigen Landgericht ein Jahr Gefängnis erhielt und sofort verhaftet wurde. Gezeichnet ist die Nummer von dem Genossen Redakteur Thiele, der gegenwärtig zwei Monate Gefängnis erhält und in Rammberg kürzlich wegen Verleumdung der Krieger noch weitere drei Monate Gefängnis erhielt. Die Parteiverammlung, in welcher Mittwochabend die Beschlagnahme wegen der angeblichen Majestätsbeleidigung mitgeteilt wurde, nahm mit großer Demüthigung von dem weiteren Vorstoß gegen den Genossen Thiele und das „Volksblatt“ Kenntnis.

Der ambulante Gerichtsstand. Man berichtet uns aus Halle: Genosse Redakteur Swienty war wegen der Kritik des Magdeburger Urteils in Sachen des bekannten Gedichtes „Die Magd“ von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen. Jetzt hat der Staatsanwalt in der Sache Revision eingelegt und beantragt, die Sache an das Magdeburger Landgericht, wo nämlich in der Sache Verurteilung erfolgte, zu verweisen.

Sollte man nicht schließlich ein für alle mal festlegen, daß sämtliche Preßprozesse Deutschlands bei dem Gericht verhandelt werden sollen, das die schärfsten Strafen ausspricht! —

Zur Abberufung des Hauptmanns v. Besser schreibt eine koloniale Korrespondenz: Wie es in Kamerun bei den Expeditionen aussieht, darüber herrscht völliges Dunkel. Anläßlich hat man nichts erfahren, als daß der Kommandeur v. Besser mehrere Verurtheilte von Offizieren vorband, die sich ergänzten und bedient. Daraufhin berief er den Hauptmann v. Besser ab. Um dieselbe Zeit waren aber schon schriftliche Privatbriefe über die Vorgänge eingelaufen; diese wußten sich also schon wenigstens einen Monat vorher ereignet haben. Wie es kommt, daß man anläßlich davon kein Sterbenswörtchen erfahren hatte, ist schwer verständlich, auch wenn man weiß, daß der Gouverneur nicht in Kamerun anwesend war. — Es ist nicht das erste Mal, daß offiziell nichts bekannt ist von Dingen, die die Spaghen von den Dächern pfeifen. —

Kirche und Schule. Der Fall Kerchensteiner in München, über den wir bereits berichteten, ist geeignet, die Frage der Trennung von Kirche und Schule wieder einmal akut zu machen. Die Ernennung des Oberlehrers Kerchensteiner zum Schullektor seitens des Münchener Magistrats wird zwar nicht aufgehoben werden, wenigstens ein Weilen nicht, aber der Religions- und Bibellehr-Unterricht ist ihm und einigen andern Lehrern, die ebenfalls das furchtbare Verbrechen begangen haben, eine „leberische Protestanten“ zur Frau genommen zu haben und ihre Kinder protestantisch erziehen zu lassen, entzogen worden. Welches unheilvolle Recht dem katholischen Klerus noch auf die Gestaltung des Schulunterrichts zusteht, erhellt aus einem Schreiben, das das Münchener Erzbistum an die zuständigen Pfarrämter gerichtet hat:

„Das Ordinariat des Erzbistums München und Freising.“

Da Lehrer, welche katholischen Religionsunterricht erteilen, durch kirchliche Sendung dazu ermächtigt sein müssen, diese missio canonica aber nur solchen Lehrern erteilt und belassen werden kann, die durch ihre Stellung zur und innerhalb der katholischen Kirche die Garantie bieten, daß sie im Sinne und Geiste derselben den katholischen Religionsunterricht erteilen, so erhält das Stadtpfarramt N. N. die Kritik der Zeitung, den wegen seines religiösen Verhaltens der größeren Erlommunition versalkenen Oberlehrer (resp. Lehrer) namens der oberhirtlichen Stelle und zugleich in pfarramtlicher Zuständigkeit jedwede Erteilung des katholischen Religionsunterrichts und des Unterrichts in der biblischen Geschichte auf so lange zu verbieten, als nicht eine Aenderung seines Verhaltens zur Kirche erfolgt sein wird.

München, den 14. September 1900.
Bez. Dr. M. Siglhofer, Generalvikar.“

Das Schreiben mutet an, wie ein Aktenstück aus längst vergangener Zeit. Die bairische Regierung und der Münchener Magistrat haben sich den kirchlichen Annahmen gefügt, die Pfarrämter übernehmen den Religionsunterricht für die lehrerlichen Lehrer. Der Münchener Stadtschulrat sucht seine Lehrer recht sonderbarer Weise zu verteidigen, indem er nämlich die „Zeugnisse der kirchlichen Herren Vorgesetzten“, die den betreffenden zu Verfügung stehen, heranzieht. Alle haben den Religions-, Leicht- und Zwingungs-Unterricht nach den Aussagen von Geistlichen in ausgezeichneter Weise erteilt.

Was wird die Folge von derartigen Maßregelungen sein? Das strebsame Lehrer nur danach trachten werden, die volle Zufriedenheit ihrer „kirchlichen Vorgesetzten“ zu erlangen. Sie werden auf „weltliche“ Kenntnisse keinen Wert legen, dafür den Kindern desto mehr Religion einzupauken suchen.

Solche Vorurteile sind geeignet, unserer Forderung: vollständige Trennung der Schule von der Kirche, auch in andren Kreisen Anhänger zu verschaffen.

Ein weiteres Stück kommunalen „Kulturkampfes“ hat sich, wie der „Frankf. Btg.“ aus Ulm berichtet wird, zwischen dem katholischen Landeskirchenrat und der Stadtverwaltung über das Mitwirkungsrecht bei der Besetzung der Lehrstellen in den Volksschulen abgepielt. Seit zehn Jahren hat die Stadt als Entgelt für die von ihr gewährten, über die Anforderungen des Gesetzes weit hinausgehenden Lehrergehälter, bei der Besetzung der Lehrstellen ein Vorkaufs- und Vorschlagsrecht angeübt. Von der evangelischen Landes-Schulbehörde ist ihr dies nach anfänglichem Zögern auch jetzt wieder zugesprochen. Der katholische Landeskirchenrat aber, in dem seit einiger Zeit eine schärfere kirchliche Tonart zu herrschen scheint, lehnt es empfindlich ab, der Stadt dieses Recht weiterhin zuzugestehen, obwohl diese auch nach Erlaß des neuen Lehrerbefoldungs-Gesetzes noch immer wesentlich über die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf die Lehrergehälter hinausgeht. Der katholische Kirchenrat beauftragt dabei auf Stuttgart, Heilbronn, Ehlingen u. a. Städte, welche unter gleichen Verhältnissen das Recht der Mitwirkung auch nicht in Anspruch nehmen. Die bürgerlichen Kollegien haben nun als Antwort auf diese Haltung des Kirchenrats beschlossen, die über die gesetzliche Norm hinausgehenden Gehälter nach dem Erlaß des Mitwirkungsrechts nur den bis zum Jahr 1901 angestellten katholischen Lehrern weiterzugeben, den später anzustellenden dagegen nur das gesetzliche Normalgehalt zu gewähren. —

Zur Leutenot. Man schreibt uns aus Krefeld: Die rheinischen Agrarier haben wieder ein großes Magedel über die Leutenot angestimmt.

Zum Schluß wurde verlangt, daß die Kinder mit 13 Jahren aus der Schule entlassen werden sollen, und außerdem das Verbot des Beziehens vom Lande vor dem 15. Lebensjahre. Das ist wenigstens ein Anfang der erhofften Aufhebung der Freizügigkeit. Doch jetzt ein andres Bild.

In Dülken, einem Städtchen des Kreises Kempen, soll eine Baumwollspinnerei gegründet werden. In dem Prospekt, der zur Beteiligung an dem Unternehmen anfordert, wird alles in den tolligsten Farben geschildert und eine Dividende von 10 Proz. versprochen.

Nun tritt das merkwürdige ein, daß eine große Anzahl Landwirte sich an dem Unternehmen beteiligen, und zwar mit großen Summen.

Und das, trotzdem sie in ihren Versammlungen stets schreien, die Industrie sei die Feindin der Landwirtschaft und die Leutenot sei nur der Ausdehnung der Industrie zuzuschreiben. Was 10 Proz. Dividende für die Schreier in der Landwirtschaft verführerisch find. —

Ein Antisemitenführer. Wir berichteten kürzlich, daß der Herr Lebercht Hartwig in Dresden, ein bekannter Führer der Antisemiten, ehemaliger Reichstags-Abgeordneter für Dresden-Alstadt und seitdem mehrfach Reichstagskandidat der Antisemiten, vom Gericht für ungeeignet für den Posten eines Stadtverordneten-Vize-Vorsteher bezeichnet worden ist. Es waren sehr unsaubere Grundstücks-geschäfte von ihm zur Sprache gebracht worden.

Kurz zuvor war Hartwig vom Vorsitzenden des Centralverbands der Grund- und Hausbesitzervereine Deutschlands gewählt worden. Jetzt hat nun der Grundbesitzerverein in Charlottenburg die Forderung erhoben, daß Hartwig von diesem Amte zurücktritt und der brandenburgische Provinzial-Verbandsrat der Hausbesitzer wird sich gleichfalls mit dem neuen Centralvorstande beschäftigen.

In Dresden wird er aber ruhig die Führung des antisemitischen Bürgerturns weiter behalten; die Sachsen und speziell die Dresdener haben in dieser Hinsicht starke Nerden. Sie haben die Mehrheits- und Adermämer vertragen, sie werden auch Hartwig vertragen.

Ein allgemeiner Handwerkerkammertag soll am 5. 6. und 7. November in Berlin abgehalten werden. Verhandelt werden soll über: Regelung des Lehrjahrswesens, Regelung des Hochschullehrer-, Gesellenprüfungs-, Ordnung, Meisterprüfungs-Ordnung, Genossenschaftswesen, Submissionswesen, Stellungnahme zu den Handelsverträgen mit Bezug auf die Einföhrung fremdländischer Handwerkerzeugnisse u. a. —

Postalisches. Aus Altenburg wird der „Volks-Zeitung“ mitgeteilt, daß in dem dortigen neuen Postgebäude ein Riost eingerichtet sei, dessen Benutzung zum Zwecke des Verkaufs von Ansichtspostkarten, Briefmarken, Postkarten einer einzigen dortigen Firma überlassen ist. Die dortigen Geschäftsleute, welche ebenfalls mit Ansichtspostkarten handeln, erblicken in dieser Bevorzugung einer einzelnen Firma eine inakabole Konkurrenz. — Wir möchten die Frage aufwerfen, ob es überhaupt statthaft ist, daß die Reichspost andren, als den Interessen des Verkehrs dient und ihre Gebäude zu andern Zwecken zur Verfügung stellt? —

Puttkamer kontra Wetterlö. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: In seinem „Journal de Colmar“ macht der Reichstags-Abgeordnete Pfarrer Wetterlö jetzt den Versuch, das Ministerium Puttkamer auf dem Rückzuge, den es mit der „Vertagung“ des gegen ihn angestrengten Verleumdungsprozesses angetreten hat, durch einige kräftige Rückschlöße zum Stehen zu bringen. Er erzählt dabei über den Vorgang der von Herrn Schlumberger anläßlich der Wählhauser Reichstags-Erwahlwahl mitgeteilten Ausweisungsgeschichte, die jetzt den Gegenstand der Anklage gegen Wetterlö bildet, die folgenden interessanten Einzelheiten:

Im Jahre 1887 beantragte der Kreisdirektor Gartenstein die Ausweisung einer Anzahl von in Wählhausen wohnenden Ausländern. Dabei hatte er besonders einige Fabrikantenöhne im Auge. Das Ministerium entsprach dem Antrag nur zum Teil. Als nun im Jahre 1888 der Statthalter, jetziger Reichs-lanzler, zur Einweihung des Stauweiders in Selwen dahin reiste und Wählhausen berühren wollte, sollte ihm in letzterer Stadt eine Begrüßungsrede gehalten werden. Der Kreisdirektor wandte sich an Schlumberger, den Präsidenten der Stauweidhergenossenschaft, mit der Bitte, dem Statthalter die Begrüßungsrede zu halten. Schlumberger suchte sich diesem Auftrag zu entziehen, aber der Kreisdirektor erschien viermal in derselben Angelegenheit bei ihm. Beim letzten Gang legte er dem Großindustriellen eine Liste vor mit den Namen der Personen, die ausgewiesen werden würden, falls er sich nicht zur Rede bequeme. Schlumberger erinnert sich der Vorgänge noch so genau, daß er die Namen noch aufzählen kann, die auf der Ausweisungsliste standen. Herr Schlumberger begab sich hierauf zu den Familien, deren Söhne von der Ausweisung bedroht waren; man beschwor ihn, nachzugeben, und die Rede ward gehalten. Es war gerade nach dem offiziellen Bankett an jenem Abend des Juli 1888, als der Statthalter Herrn Schlumberger die Unterdrückung des „corale malhousien“ mitteilte.

Schlumberger werde in dem Prozeß — so sagt Herr Wetterlö hinzu — seine Aussagen kategorisch aufrecht erhalten, und das reichs-ländische Ministerium werde die Sache nicht unterdrücken, daß es vor Gericht den Beweis zu erbringen wünsche, daß der Kreisdirektor Gartenstein von ihm zu dem unzulässigeren Schritt nicht veranlaßt worden sei. Staatssekretär v. Puttkamer

Habe sich vor kurzem nach Mülhausen begeben, um mit dem Reichstags-Abgeordneten Schlumberger den Fall zu besprechen; auch sei Schlumberger darauf beabsichtigt, die Angelegenheit vom Staatssekretär in Straßburg empfangen zu werden.

Sollte Herr Wetterle die Thatsache, daß zwischen dem ministeriellen Klager und dem hauptsächlichsten Beweiszeugen von dessen Prozeß-gegner Verhandlungen stattgefunden haben, wie sie sonst nicht gerade üblich sind, etwa zu dem Zweck der Desinfektion preisgegeben haben, um das Zustandekommen eines Puttkamer-Schlumbergerischen Kompromisses, dessen Opfer nur er selbst sein könnte, unter allen Umständen zu verhindern? Auf alle Fälle gewinnt man aus seinen Mitteilungen den Eindruck, als empfinde man in Straßburg das Bedürfnis, der Sache im Interesse der „Staatsraison“ eine weniger scharfe Wendung zu geben. Puttkamer und Schlumberger wären dann gerettet, und das Karndel ist dann Herr Hartenstein, der — tote Kreisdirektor.

Veranstaltungspolitik.

Aus Offenbach a. M. wird uns geschrieben: Mit dem Umstand, daß seit geraumer Zeit in unserem Stadtverordnetenkollegium eine knappe sozialistische Mehrheit vorhanden ist, kann sich unser Oberbürgermeister Brink, über dessen Stellung unter Kontrolle vor einiger Zeit an dieser Stelle berichtet wurde, immer noch nicht abfinden, und er beobachtet allen ihm nicht passenden Weisungen gegenüber eine Politik des Hinausschiebens und der in dessen zulässigen Veranstaltung. Das Recht der Veranstaltung ist nach der heftigen Städte-Ordnung dem Bürgermeistern nach Artikel 49,2 eingeräumt bei allen Beschlüssen der Stadtverordneten, die deren Kompetenzen überschreiten oder gesetzl. resp. rechtswidrig sind. Diese Handhabung ist nun unserem Stadtoberhaupt gerade gut genug zur Sozialistenbekämpfung, die er als national-liberaler Parteimann als eine Pflicht seiner Stellung zu betrachten scheint.

In Sachsen oder Preußen würde ja Herr Brink mit derartigen Mitteln sicher auch Karriere machen, aber bei uns in Hessen, wo noch ein Finanzminister das menschliche Recht in Anspruch nehmen kann, seine Religionsansicht als pure Privatangelegenheit zu betrachten, denkt man in solchen Sachen doch etwas rechtlicher und so kann es eigentlich kein Wunder nehmen, wenn Herr Brink eben eine Abfuhr nach der andern erfährt. Zwei Niederlagen der letzten Zeit seien hier kurz angedeutet. Die Stadtverordneten sahen den Beschluß, die amtlichen Bekanntmachungen auch dem sozialdemokratischen „Offenbacher Abendblatt“ zum unentgeltlichen Abdruck zu überlassen. Dieser Beschluß wurde beanstandet u. a. aus dem Grunde, weil es Sache der Bürgermeisterei sei, darüber zu bestimmen, wem es die Bekanntmachungen überweisen wolle. Als Vertreter der Stadtverordneten in dieser Sache vor dem Kreisamt wurde der Verleger des „Abendblatt“, Genosse Ulrich mit gewählt, nachdem vorher besonders beschlossen, daß U. an der betr. Sitzung teilnehmen konnte, da seine Privatinteressen in diesem Fall nicht den Interessen der Gemeinde-Interesse läge, die amtlichen Bekanntmachungen dem „Abendblatt“ zuzuwenden.

Auf die Veranstaltung dieses Beschlusses durch Brink entschied der Kreisamt, daß Ulrich als Vertreter zugelassen sei aus dem von den Stadtverordneten aufgestellten Grundrissen. Dabei wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß unmöglich dem Bürgermeister ein unbedingtes Veto für alle Stadtverordneten-Beschlüsse eingeräumt werden könnte, wie sich ja aus Landtags-Verhandlungen ergab, da ja sonst der Kreisamt völlig an die Stelle der Stadtverordneten-Verammlung treten würde. Die Annahme Brinks, daß jedes Privatinteresse, welches durch einen Beratungsgegenstand berührt werde, geeignet sei, einen Stadtverordneten von den Verhandlungen des Kollegiums auszuschließen, würde sonst zu den weitgehenden Konsequenzen führen, die schließlich jede Beteiligung und Ausübung eines Stadtverordneten-Mandats unmöglich machen würde. So könnten Hundebesitzer nicht beraten über die Einführung einer kommunalen Hundesteuer; auch müßten sich die Hausbesitzer entfernen, wenn über die Heranziehung zu den Kanal- und Zuhweg-Herstellungskosten verhandelt und beschlossen würde usw. Herr Brink war also mit dieser Veranstaltung abgefallen.

Aber auch in einer andern Sache entschied der Kreisamt am Mittwochmittag zu Ungunsten Brinks. Unsere Genossen hatten im Januar den städtischen Ordnungsgemäß zulässigen Beschluß gefaßt, in einigen zu bildenden Ausschüssen den Vorsitz einem Stadtverordneten und nicht dem Oberbürgermeister zu übertragen. Gegen diese Schmälerung seiner Würde lehnt sich der Oberbürgermeister auf, indem er der Städte-Ordnung eine neue Auslegung zu geben suchte und sich nicht gemierte, den hier angeführten Zustand der Städte Gießen, Worms und Darmstadt als seiner Meinung nach ungesetzlichen hinzustellen. Aber alles half nichts, denn auch in diesem Fall erteilte ihm die übergeordnete Instanz eine deutliche Abfuhr. Nächstens wird dann die prinzipielle Entscheidung über die Zulässigkeit der Vorgabe der amtlichen Bekanntmachungen an das „Abendblatt“ gefällt werden. Allen Anschein nach dürfte damit wohl eine neue Niederlage Brinks bevorstehen. Diesem Herrn, dem es nicht gelingt, den Socialdemokraten ungesetzliche Beschlüsse nachzuweisen, scheint es in der Hauptsache um eine Verzögerung der Ausführung derselben zu thun zu sein. Er hofft immer noch auf die Wiederkehr der national-liberalen Stadtverordneten-Mehrheit im nächsten Jahre, die die Ausführung der sozialdemokratischen Beschlüsse wieder illusorisch machen würde. Unsere Genossen werden aber diesen frommen Wunsch zu würdigen und seine Verwirklichung zu verhindern wissen. —

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Wiesperre. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Verbot der Einfuhr von Rindvieh in die Länder des Reichsraats aus den Lungenseuchen-Sperrgebieten Bessny, Magdeburg, Merseburg, Arnberg im Königreich Preußen und aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dieses Verbot tritt an Stelle des Verbots vom 11. September 1900. —

Ein antisemitischer Abgeordneter. In Wien wurde der antisemitische Abgeordnete Karl Rittermayer wegen Verdröhung zu einem Monat schweren Kerker verurteilt. Er hatte einen Gastwirt damit bedroht, daß er „mit tausend Arbeitern kommen und die Bude in- und auswendig demolieren“ werde. Rittermayer selbst gab vor Gericht an, daß er schwervertrunken gewesen sei. Sein Verteidiger machte als Milderungsgrund geltend, daß der Angeklagte von geringer Bildung und verwahter Erziehung sei. —

England.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange; die Wahlparole ist lediglich der südafrikanische Krieg. Die Liberalen scheinen alles aufzubieten zu wollen, um in die konservativen Reihen zu treten. Die liberalen Führer haben sich mit großem Eifer in die Wahlkämpfe gestürzt. Lord Rosebery und John Morley sehen der Regierung in ihren Wahlreden arg zu. Morley unterzieht in seinem Wahlkreise die Politik, die zum südafrikanischen Krieg führte, einer schneidenden Kritik und protestiert gegen die Minderheit des jetzigen Ministeriums. Durch die Einverleibung der südafrikanischen Republik sei dem Reich ein neues und noch gefährlicheres Irland zugefügt worden. Die Politik der Regierung habe jedes Problem in Südafrika schwieriger statt leichter gemacht, die Staatskassen vergrößert, die Steuern erhöht, ohne Englands Macht und Einfluß in der Welt zu erweitern. Durch die in Aussicht stehende Aera des Militarismus seien innere Reformen in weiter Ferne gerückt. Englands wirkliche und ernsteste Gefahr sei der Verlust seiner industriellen Suprematie, die bereits in die Schranken gefordert sei.

Der Rat des liberalen Verbands Großbritanniens hat ein Wahlmanifest erlassen, worin ein einziges Vorgehen gegen die Regierung betont wird, die das Reich in Unruhe gehalten, die notwendigen Reformen vernachlässigt habe.

Die Irländer sind ebenfalls in die Wahlbewegung eingetreten, auch sie machen alle Anstrengungen, die große Majorität, über die gegenwärtig die Regierung im Parlament verfügt, zu beseitigen. Die Iren werden aber nicht den Krieg, sondern die irische Frage, die Home-rule, zu ihrer Wahlparole machen.

Goschen ist von seinem Ministerposten zurückgetreten und lehnt auch eine Wiederwahl in das Parlament ab. Sein Rücktritt wird auf Meinungsverschiedenheiten im Kabinett zurückgeführt, andererseits aber auch sein Alter; er ist 69 Jahre alt. Am Montag begannen bereits die Wahlen in einigen Distrikten.

Asien.

Eine „Besserung“ der indischen Hungersnot ist nach den telegraphischen Berichten des Vizekönigs jetzt eingetreten. Inmierhin beträgt die Gesamtzahl der zu unterstützenden Personen noch 8 587 000. — Daraus kann man schließen, wie ungeheuer groß die Not vor der „Besserung“ gewesen sein muß.

Afrika.

Der südafrikanische Kriegsschauplatz liegt nur eine Meile von Pretoria vor, in der es heißt, daß die Hauptmasse der Boerenstreitkräfte sich bei Pietersburg sammelt. Bei dieser befindet sich Schalk-Burger und General Viljoen. Diese umgebene Gegend, so heißt es in dem englischen Bericht, sei für den Aufenthalt von Menschenmassen ganz ungeeignet und von Unkraut umschlossen, durch welches die Boeren schwerlich durchbrechen könnten, weil starke englische Streitkräfte die Bahnhöfe halten. — Nach einer Meldung aus Pretoria hat Lord Roberts eine Truppenabteilung über die Kolonialtruppen abgehalten und sich von denselben verabschiedet.

Ueber die Familie Chamberlain, deren Verbindung mit der Firma Haslins u. Sons allgemeines Erstaunen hervorgerufen hat, wird jetzt weiteres interessantes Material bekannt. Die Familie Chamberlain ist auch Hauptinhaberin der Firma „Tubes Limited“, die sich selbst offen bezeichnen als „Dieseranten des Kriegesministeriums und der Admiralität“. Diese Gesellschaft arbeitet mit 19 Millionen und davon sind fünfzehn Millionen ganz in Händen der Familie Chamberlain.

Der Chef der Familie Chamberlain scheint demnach ein ebenso gelebener Geschäftsmann zu sein, als er ein rücksichtsloser Politiker ist. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Militäreffekten-Sattler beschäftigte am Donnerstag zum drittenmal das Einigungsamt in öffentlicher Sitzung. Zunächst wurde auf Grund der Beweiserhebung, die am Montag in nichtöffentlicher Sitzung stattgefunden hat, festgestellt, daß nach den von den Fabrikanten eingereichten Lohnlisten für die Zeit nach dem 9. Juli Durchschnittslöhne von 22 bis 26 M. gezahlt worden sind, während nach den von den Arbeitern beigebrachten Zahlen für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai ein Durchschnittslohn von ziemlich 20 M. erzielt worden ist. In jener nichtöffentlichen Sitzung sind auch, wie aus dem Sitzungsprotokoll hervorgeht, seitens der Vertreter der Parteien Einigungsvorschläge aufgestellt worden. In der gegenwärtigen Sitzung erklärten die Fabrikanten, sie wollten, ehe sie sich über die Einigungsvorschläge anlassen, den Schiedspruch hören, denn es liege ihnen daran, in aller Form festgesetzt zu sehen, daß Löhne von 10, 12, 16 M., wie es die Streikenden in Verhandlungen behauptet hätten, nicht gezahlt worden seien. — Die Vertreter der Arbeiter bleiben dabei, daß so niedrige Löhne tatsächlich gezahlt worden seien, von Durchschnittslöhnen von 10—15 M. sei dagegen nie die Rede gewesen. — Vorsitzender v. Schulz rief nochmals zu einem Vergleich und stellte den Fabrikanten vor, daß ihnen die durch die Beweiserhebungen erzielten Feststellungen genügen könnten.

Nach längeren Sonderbesprechungen beider Parteien stimmten die Vertreter einem Vergleich auf folgender Grundlage zu:

Die Bezahlung der Accordarbeit erfolgt nach dem von den Arbeitgebern am 9. Juli eingeführten Tarif mit folgenden Ausnahmen: neue Tornister M/95 einschließlich Posttaschen, ausschließlich Oesen 3,50 M., Apterung von Tornistern M/87 und M/95 einschließlich Oesen und Posttaschen 2 M., neue Patronenstücken M/95 einschließlich Riemen 65 Pf., Lederstücken werden mit einem Zuschlag von 10 Proz. bezahlt, die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden ausschließlich der Pausen. Die Heimarbeit wird beibehalten, das Zwischenmeister-System beseitigt. Wo vor dem Streik höhere Löhne als die vereinbarten gezahlt worden sind, werden dieselben nicht gestrichelt. Den Arbeitern wird Einblick in die Lohnbücher gewährt. Die Arbeitgeber verpflichten, die Einlegung einer partiellen Schlichtungskommission ernstlich in Erwägung zu ziehen. Falls Differenzen vor Einlegung dieser Kommission entstehen, soll das Einigungsamt vor Eintritt in einen Streit zur Beilegung der Differenzen angerufen werden. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Diese Bedingungen gelten bis zum 1. Januar 1902.

In einer Versammlung der Streikenden, die am Donnerstag nachmittag stattfand, legte Sassenbach die vor dem Gewerbeamt festgelegten Einigungsbedingungen vor und empfahl die Annahme derselben. Einige Redner äußerten zwar ihre Unzufriedenheit über einzelne Punkte des Vergleichs, eine wesentliche Opposition gegen denselben wurde jedoch nicht gemacht. Im allgemeinen ging die Ansicht dahin, daß man nach Lage der Sache der Einigung zustimmen könne, wenn auch nicht alle Wünsche der Arbeiter berücksichtigt worden seien. In geheimer Abstimmung wurden die Vergleichsbedingungen mit 240 gegen 20 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Die Arbeit soll heute, Freitag, wieder aufgenommen werden.

Ueber die Lohnbewegung der Glaser hat sich im gestrigen Bericht ein Fehler eingeschlichen. Es muß heißen: Im Ausstand befinden sich 171, abgereist sind 8; zu den neuen Bedingungen arbeiten 50 und 2 Mann sind Streikbrecher geworden.

Die Streikkommission.

Der Ausstand der Drechsler zeigt weiter eine Entwicklung zu Gunsten der Streikenden. Es wird nunmehr in 20 Werkstätten mit 93 Arbeitern zu dem neuen Tarif gearbeitet, während 193 Arbeiter sich im Ausstand befinden.

Als die Glaserarbeiter mit ihren Forderungen an die Unternehmer herantreten, haben diese eine Vereinigung gebildet und sich bei einer Konventionalstrafe von 500 M. verpflichtet, nur gemeinsam mit den Arbeitern zu verhandeln. Trotzdem haben schon zwei dieser Herren die Forderungen bewilligt, einer davon mit der Abänderung, daß jedem Arbeiter statt der Bezahlung der Feiertage eine Karl-Lohnzulage pro Woche gewährt wurde.

Deutsches Reich.

Wegen Abhaltung einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel wurden in Wandlitz 15 Straßendamen zu je 8 M. Geldstrafe und einer zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten bestritten, daß es sich um eine Versammlung gehandelt habe, sie hätten nur eine Geburtstagsfeier abgehalten. Das Gericht nahm dagegen als erwiesen an, daß über Verbandsangelegenheiten geredet worden sei.

Im Ausstand der Steinseher in Halle a. S. sind wesentliche Änderungen bis jetzt noch nicht eingetreten. Bei den beiden Firmen, die gleich zu Beginn des Ausstands bewilligt hatten, wird flott gearbeitet, während die übrigen sieben Innungsfirmen sich bis

jetzt noch nicht gerührt haben. Die Herren haben sich die Zeit über mit insgesamt zwei Postieren und einer Anzahl Lehrlinge beschaffen. Das ihnen dies möglich war, ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß trotz Nichtvorhandenseins einer offiziellen Streikliste man den Arbeitnehmern stillschweigend möglichst weitgehende Unterstützung angedeihen läßt.

Um nun den Arbeitnehmern bei den städtischen Behörden den Wind aus den Segeln zu nehmen, haben die Ausständigen beschlossen, das Einigungsamt des Gewerbeamtes anzugreifen. Sie konnten das thun, ohne befürchten zu müssen, allzu viel von ihrer bereits errungenen Position einzubüßen und nachdem die Hauptursache des Streiks ihre Erledigung gefunden hat. Wie noch unerlässlich sein dürfte, erfolgte die ArbeitsEinstellung hauptsächlich zu Gunsten der Leipziger Steinseher, namentlich weil sich Hallesehe Meister bereit gefunden hatten, Arbeiten in Leipzig zur Ausführung zu übernehmen. Alle hieran geknüpften Forderungen der Halleseher Steinseher haben aber durch die Beilegung der Ausperrung in Leipzig ihre Erledigung gefunden. Es bleiben im Grunde genommen bloß noch die vom 1. April nächsten Jahres ab geforderten Bedingungen (neunständige Arbeitszeit und 60 Pf. Stundenlohn) übrig. Und in diesem Punkt sind auch die Ausständigen gewillt, eventuell einige Zugeständnisse zu machen.

Wenn die Unternehmer Flug sind, dann gehen sie auf den Einigungsvorschlag der Arbeiter ein, andernfalls ist es zweifellos, daß sie, ähnlich wie im vorigen Jahre in Berlin, in einigen Wochen alles bewilligen müssen. Dagegen können die Steinseher, von denen sich augenblicklich nur noch zwei wirklich im Ausstand befinden (26 arbeiten zu den neuen Bedingungen, 70 sind abgereist), der weiteren Entwicklung in aller Ruhe entgegensehen.

Biegelei-Arbeiter-Streit. 75 Arbeiter der Biegelei-Fabrik von Holzmann u. Comp. in Gainsstadt (Hessen) sind seit Sonnabend wegen Lohnhöhen anständig; darunter befinden sich 70 Mitglieder der neugegründeten „christlichen“ Gewerkschaft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Internationaler Socialisten- und Arbeiterkongress.

Paris, 27. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Deutschen beantragen, den nächsten Kongress in 5 Jahren abzuhalten, der Kongress beschließt, denselben 1908 in Amsterdam tagen zu lassen. Guedde und Bailant sprechen gegen die Resolution Kautsky, Anjele und Auer dafür. In der Nachmittagsitzung wird die Resolution Kautsky mit 29 gegen 9 Nationalitätenstimmen angenommen; die einstimmige Annahme der Resolutionen gegen Weltpolitik, Militarismus und Kolonialpolitik gestaltet sich zu einer imponanten Kundgebung des Weltfriedens.

Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung finden widerspruchlos ihre Erledigung durch Annahme der vorgelegten Resolutionen. Für den Generalkongress sind nur die Franzosen und Italiener. Nach begeisterter Schlussrede von Kols stimmen die Franzosen das Kampfbild der Internationale an.

China.

Wien, 27. September. (W. T. Z.) Der „Politischen Korresp.“ wird bestätigt, daß sich die japanische Regierung der Circularnote des Staatssekretärs Grafen Salow ohne Vorbehalt angeschlossen hat. Die Antwort gebe im wesentlichen dahin, Japan stimme mit der Auffassung Deutschlands überein, wonach die Befreiung der Schuldigen der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit China vorausgehen müsse.

Wien, 27. September. (W. T. Z.) Die „Wiener Abendpost“ meldet: Das Kommando des in Peking vereinigten Detachements der österreichisch-ungarischen Kriegsmarine in einer ungefähren Stärke von einem Bataillon hat Luini-Kapitän Welf von Sambuchi übernommen. In Taku wurden bisher gelandet 494 Mann der österreichisch-ungarischen Marine, 8178 Deutsche, 8853 Engländer, 5008 Amerikaner, 6575 Franzosen, 2541 Italiener, 20 934 Japaner und 15 570 Russen. An der Expedition gegen Pa-ta-tschu nahmen außer Deutschen und Italienern auch eine Abteilung österreichisch-ungarischer Marinetruppen teil.

Wien, 27. September. (W. T. Z.) Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Taku sind dort bisher 60 075 Mann internationale Truppen gelandet. Bei der Einnahme von Pa-ta-tschu wurden die Bozer vollständig überfallen und getötet.

Paris, 27. September. (W. T. Z.) Der französische Generalkonsul in Shanghai telegraphiert unter dem 25. d. M. folgendes: Der General Ting-tou-triang ist zum Oberbefehlshaber der chinesischen West- und Nord-Armee ernannt worden. — Nachrichten aus chinesischen Quellen zufolge haben die Vizekönige und Gouverneure am kaiserlichen Hof Befehl erhalten, alle Ausländer zu bekämpfen und zu töten. (?)

London, 27. September. (W. T. Z.) Die „Times“ besprechen die Annexion der Mandchurie und kommen zu dem Schluß, daß infolge der jetzigen Lage in der Mandchurie die Anwesenheit zahlreicher russischer Truppen keinen Anlaß zu Besorgnissen geben darf. Es hieße Rußland beleidigen, wenn man annehme, daß es entgegen der Versicherung seiner Regierung die Mandchurie dauernd besetzen werde.

London, 27. September. (W. T. Z.) Der in Shanghai eingetroffene Präsident der kaiserlichen Universität in Peking, Dr. Martin, erklärte, daß wenig Hoffnung auf Wiedereinsetzung des Kaisers vorhanden sei. Die reaktionäre Partei sei zu allmächtig. Das gegenwärtige Chaos würde wohl geraume Zeit fortdauern.

London, 27. September. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Taku vom 24. d. M. berichtet: Die Russen planen einen sofortigen Vorstoß auf Tong-tschan. Dies könnte zur Zerstörung der dortigen Kohlenbergwerke, der britischen Eisenbahn und Eisenbahnwerkstätten führen. Man wünscht hier sehr, daß die Engländer unverzüglich Schritte thun zur Wahrung der wichtigen politischen und kommerziellen Interessen, die mit dieser Eisenbahn verknüpft sind.

Washington, 27. September. (Telegramm des „Reuterschen Bureau“.) Scheng teilt dem Staatsdepartement mit, daß Prinz Tuan zum Großsekretär des Kaisers ernannt worden sei.

London, 27. September. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Ströburg vom 22. September: General Settle mit 7000 Mann hat die von den Boeren seit dem 17. September umzingelte Garnison von Schweizer Renuede nach einem Gefecht entsetzt, in welchem die Boeren schwere Verluste erlitten. Der Kommandant der Boeren wurde gefangen genommen.

London, 27. September. (W. T. Z.) Der „Globe“ meldet aus New York: Telegramme aus Mexiko berichten, daß Porfirio Diaz einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt worden ist.

Pretoria, 27. September. (W. T. Z.) Das Kommando von Douthwaite hat gestern die englische Garnison auf der Station von Wolwerdi angegriffen. Die Boeren bemächtigten sich 50 Stück Vieh, aber die englische Garnison schlug sie schließlich zurück, ohne selbst Verluste zu erleiden. — Es verlautet gerüchelt, daß der General Hart die Boeren westlich von Malsdorp geschlagen und ihnen schwere Verluste beigebracht hat.

Manila, 27. September. (W. T. Z.) Die Insurgenten griffen neuerdings die amerikanischen Truppen an, wobei die letzteren 2 Tote und 8 Verwundete hatten. Die Amerikaner machten 30 Gefangene und tödelt oder verwundeten 35.

Internationaler Sozialisten- und Arbeiter-Kongress.

Paris, 26. September 1900.

Siebente Sitzung. Mittwochvormittag 10 Uhr. Als Präsidenten fungieren Vandervelde, Drüffel und Adler-Wien. Die Verhandlungen beginnen mit der Fortsetzung der Debatten über Punkt 3.

Um den Nationen, deren Delegation aus verschiedenen Organisationen bestehen, deren Auffassung über die zur Entscheidung stehenden taktischen Fragen auseinander gehen, eine Abstimmung zu ermöglichen, ohne daß die Minderheit sich als majorisiert betrachten müßte, schlägt das Bureau vor, jeder Nation 2 Stimmen zuzugestehen; sofern die Nationen einig sind in der Abstimmung, sollen natürlich auch 2 Stimmen abgegeben.

Aus Italien sind noch 2 Delegierte eingetroffen, so daß die italienische Delegation aus 16 Mitgliedern besteht.

Ellenbogen erklärt, daß der gestrige Widerspruch eines Teils der Franzosen gegen die Resolution zu Punkt 3 vielleicht daraus sich erkläre, daß in der französischen Uebersetzung sich mehrere Fehler eingeschlichen hätten, die auf eine Abschwächung des Gedankens hinausläufen. Er konstatiert, daß in der Kommission die Annahme der Original-Resolution einstimmig erfolgt sei, auch von Lafargue, dessen Freunde gegen die schwächliche Fassung der Uebersetzung sich gestern gewandt und daher die vorherige Drucklegung verlangt haben, um sich über den Sinn derselben klar zu werden.

Lafargue bekräftigt diese Darlegung; in der Kommission war man sich darüber klar und einig, daß es heute sich für sie nicht mehr darum handeln könne, sozialistische Theorien zu studieren, sondern darum, die allgemein anerkannten Prinzipien zur Durchführung zu bringen. Deshalb habe die Kommission es auch abgelehnt, alle die Streitfragen zu diskutieren, die z. B. in der deutschen Bewegung durch Besheim aufgeworfen worden seien, wie z. B. die Bedeutung des Genossenschaftswesens. Ein Mitglied habe allerdings die Genossenschaften als ein Mittel geziehen, die Expropriation zu erzwingen. Diese Auffassung sei aber sofort von einem belgischen Delegierten zurückgewiesen worden, der an Hand der belgischen Erfahrungen erklärt habe, sie könnten nichts sein als ein Mittel, das Proletariat zum Klassenkampf zu erziehen und für diesen Kampf die notwendigen Mittel zu liefern. Auch über den Wert der Produktions-Genossenschaften seien auseinandergesetzte Meinungen geäußert worden; auch sie habe man als Mittel zur Einführung des Sozialismus angesehen; man sei sogar schon in der Praxis soweit gegangen, gegen das Milliarden-Unternehmen Schneiders in Creuzot eine Kanonen-Produktionsgenossenschaft zu gründen. Fest stehe, daß in der heutigen Gesellschaft die Produktionsgenossenschaften denselben Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen seien wie die Privatbetriebe. Die Kommission habe aber einstimmig beschlossen, diese Frage den einzelnen Ländern zur Entscheidung zu überlassen nach Maßgabe ihrer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Deshalb bitte auch er, die vorliegende Resolution einstimmig anzunehmen.

Kritschewski (russische Delegation) erklärt Lafargues Urteil über die Bedeutung der Genossenschaftsbewegung als dessen persönliche Auffassung, wenn er die Genossenschaft sogar als eine Gefahr für die sozialistische Bewegung erkläre. Weiter beantragt er, um zu vermeiden, daß über die Auffassung der Kommission bezw. des sozialistischen Endzieles etwa Verwirrung entstehe, ausdrücklich hinzuzufügen, daß alle die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen nur zu betrachten seien als Mittel, die Arbeiterklasse zu befähigen, ihr Endziel zu erreichen: die Kapitalistenklasse politisch und wirtschaftlich zu expropriieren und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen.

Fribourg (Frankreich): Die Angaben des Bürger Lafargue über die „genossenschaftliche Kanonensabrik zu Creuzot“ sind falsch. Der Jertum ist um so unverständlicher, als in dem Aktionskomitee dieser Genossenschaft die französischen Arbeiterpartei (Guesdisten) auch durch mehrere Delegierte vertreten war. (Hört! hört!)

Ellenbogen erklärt sich gegen das Amendement, das schon in der Kommission als überflüssig abgelehnt war.

Bei der Abstimmung fällt das Amendement Kritschewski, die Kommissions-Resolution wird mit allen gegen eine Stimme angenommen, ferner folgender vom Pariser Deutschen Leselub und den Italienern gestellte Zusatzantrag:

„Die Sozialisten aller Länder verpflichten sich, dahin zu wirken, daß in ihren Ländern die Ausländer das gleiche Koalitionsrecht erhalten wie die Inländer und dafür mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzutreten.“

Annahme gelangt zur Beratung Punkt 4:

„Die Eroberung der politischen Macht und die Bündnisse mit bürgerlichen Parteien.“

Referent der Mehrheit ist Vandervelde, Minoritätstredner Ferri. Bei der Wichtigkeit dieser Frage glaubt das Bureau mit diesem Vorschlag allen etwaigen Bedenken der Minorität bezüglich der Berichterstattung gerecht geworden zu sein.

Vandervelde: Ich will mich bemühen, meinen objektiven Bericht über die Kommissionsverhandlungen und ihre Beschlüsse zu liefern. (Die Franzosen sind bei der Uebersetzung der Rede ins Deutsche so unruhig, daß die Uebersetzerin, Frau Zeitlin, ihnen zurufen muß: Haben denn die Deutschen kein Recht, diese ausgezeichnete Rede kennen zu lernen? Vergessen die Franzosen ganz ihren ersten Aufbruchzeitel, die Höflichkeit gegen Frauen? Stürmischer Beifall.) Der Kommission lagen verschiedene Resolutionsentwürfe von Guesde, Ferri und Kautsky vor. Schließlich wurde Kautsky beauftragt, eine Resolution auszuarbeiten, die als Grundlage für die Verhandlungen gedient hat. Ueber zwei Fragen hatte sich die Kommission schlüssig zu machen: 1. über die Frage der Wahlbündnisse und 2. über die Anteilnahme eines einzelnen Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium. Die Diskussion über die erste Frage konnte sehr kurz sein. Sie hat schon verschiedene internationale Kongresse beschäftigt. Einstimmig schloß sich die Kommission einer Resolution Guesdes an, die mit der Resolution übereinstimmt, die der Nationalkongress der französischen Arbeiterpartei zu Jure jüngst angenommen hat. Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien dürfen nicht dauernd sein, sonst verstoßen sie gegen das Grundprinzip der Partei, den Klassenkampf. Nur in Ausnahmefällen und auf beschränkte Zeit ist vereintes Marschieren mit bürgerlichen Parteien zulässig.

Ferri hat den Gedanken in folgendes Bild gekleidet: Wenn drei reisende verschiedener Nationalität, verschiedener politischer Gesinnung und verschiedenen Glaubens durch einen gefährlichen Wald ziehen und von Begeräubern überfallen werden, dann werden sie sich zusammenschließen und die Straßentrüder in die Flucht schlagen. (Bravo!) Die Sozialisten müssen mit bürgerlichen Parteien zusammengehen, wenn bestimmte Gefahren auf politischem Gebiete drohen. Ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien ist notwendig, wenn es, wie in Italien, die Verteidigung der politischen Freiheit gilt, notwendig, wenn es sich wie in Frankreich um die Verteidigung der menschlichen Persönlichkeit handelt, notwendig, wenn wie in Belgien die Eroberung des Wahlrechts das Ziel ist. Aber solche Wahlbündnisse sind immer gefährlich und müssen auf ein Ministerium beschränkt werden. Die zweite Frage, der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium, war nicht so leicht zu beantworten. In der Kommission überzog die Auffassung, daß diese Frage für alle Nationen mit Ausnahme der Franzosen eine reine Doktorfrage (Sehr richtig!) und durchaus lokaler Natur wäre.

Zwei Resolutionen standen sich gegenüber, eine Resolution Kautsky und eine Resolution Ferri-Guesde. Die Resolution Ferri untersagt formell den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches

Ministerium. Die Resolution Kautsky macht den Eintritt von bestimmten Bedingungen abhängig und lautet:

„Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat kann in einem modernen demokratischen Staate nicht das Ziel eines bloßen Handreichs sein, sondern kann nur den Abschluß einer langen und mühevollen Arbeit der politischen und ökonomischen Organisation des Proletariats, seiner physischen und moralischen Regenerierung und der schrittweisen Eroberung von Wahlen in Gemeindevertretungen und gesetzgebenden Körperschaften bilden.“

Aber die Eroberung der Regierungsgewalt kann dort, wo sie centralisiert ist, nicht sukzessive erfolgen. Der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmstweiser Nothbehelf in einer Zwangslage sein.

Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Princips. Darüber hat der Kongress nicht zu entscheiden. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Partei-Organisation gebilligt wird und der sozialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt.“

Zu dieser Resolution hat Plechanow noch ein Amendement gestellt, welches dahin ging, daß ein sozialistischer Minister in einem bürgerlichen Ministerium nicht verbleiben könne, wenn die organisierten Parteigenossen dem nicht zustimmen, und daß er nur in ein solches bürgerliches Ministerium eintreten könne, das in allen Kämpfen zwischen Arbeitern und Kapitalisten den Standpunkt unbegrenzter Neutralität wahre. Die Kommission hielt dieses Amendement für die kluge Konstatation eines ausgezeichneten Theoretikers, den in unjuren Reichen zu besitzen wir uns zur hohen Ehre schätzen. Einstimmig herrschte in der Kommission darüber, daß Bündnisse mit bürgerlichen Parteien unter allen Umständen ein Uebel seien, weil sie die Gefahr in sich schließen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu schwächen und zu trüben, trotzdem aber müßten wir anerkennen, daß sie unter bestimmten Umständen ein unvermeidliches und notwendiges Uebel seien.

Was nun die Frage des Eintritts eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium betrifft, so war es die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Kommission, daß es nicht die Aufgabe des Kongresses sei, hier eine Zustimmung oder Billigung anzukündigen. Wir müssen hier beruhigend, verjöhnend, einigend zwischen den beiden differenzierenden Richtungen wirken. Freilich, wenn wir nicht einen internationalen, sondern einen französischen Nationalkongress hätten, so bin ich keinen Augenblick im Zweifel darüber, wie die Entscheidung fallen würde über die Millerand-Frage: Wie hoch immer die moralischen und geistigen Fähigkeiten des Betreffenden sein mögen, wie vortrefflich auch die Gründe für den Eintritt, ich würde dennoch sagen: Millerand hat einen Fehler gemacht. Die Schäden, die dieser Eintritt in das bürgerliche Ministerium für die Arbeiterklasse im Gefolge hatte, sind verhängnisvoll und größer, sie überwiegen bei weitem die Vorteile. Millerand hat die persönliche Verantwortung für eine Regierung übernommen, die in den Kämpfen der Arbeiter gegen ihre wirtschaftlichen Ausbeuter keine Neutralität gehalten hat; und auch noch einen weiteren Fehler hat er damit gemacht: jetzt zu bleiben, gegen den ausgesprochenen Willen einer großen Fraktion der französischen Sozialisten.

Vielleicht ist manchem Sozialisten die Resolution zu vag, zu unbestimmt, aber wir konnten nicht präciser sein, wenn wir nicht einen weiteren Anlaß zur Zersplitterung geben wollten. Wir waren der Meinung: Unbegrenzt im Princip, die Taktik aber ist Sache der einzelnen Länder. Was die Kommission von den Franzosen trennte, war: für uns ist die Frage des Eintritts eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium eine Frage der Taktik, für die Franzosen ist sie eine Frage des Princips. Das ist nach unserer Auffassung freilich ein Widerspruch mit der Auffassung, die unsere Freunde sonst haben über die Eroberung der politischen Macht. Sie vertreten sonst den Standpunkt, daß es Pflicht der Sozialisten sei, in Staat und Gemeinde diese Macht zu erobern, wo immer es mit dem Stimmrecht möglich ist; sie kämpfen für die Befreiung des Völkergewissens durch Sozialisten zum Beispiel in Lille, aber in Paris wollen sie dem Minister die Thür verschließen. Die Kommission aber war der Meinung, daß zwischen politischer und administrativer Gewalt kein wesentlicher Unterschied sei. In einem wirklich konstitutionellen Lande könnte ein Sozialist nur als Mitglied der Partei in ein Ministerium eintreten, nur als Vertreter seiner Partei, als deren Beauftragter.

Auer hat in der Kommission allen aus dem Herzen gesprochen, als er sagte: „In einem Lande wie Deutschland giebt es keinen Sozialisten, der so dumm wäre, in ein Ministerium ohne Auftrag der Partei einzutreten. Thäte er es dennoch, so würde er sofort aus der Partei ausgeschlossen werden. Unser Kongress ist kein Gerichtshof und kein Konzil zur Exkommunikation. In überwiegender Mehrheit war die Kommission der Meinung, ein solches Mandat müsse jeden Augenblick widerrufen werden können und auf Verlangen der Partei müsse der sozialistische Minister sofort austreten. Dieser Augenblick sei dann gekommen, wenn der Minister in solch konpromittierliche Nachbarschaft gerate, daß sein Verbleiben zu parlamentarischen Irrungen und Wirrungen unter den sozialistischen Abgeordneten führe. Jaurès hat gestern über den Fall Millerand das treffende Wort geäußert, „er sei nur eine Episode, eine Zufälligkeit, die nicht aus der normalen Entwicklung der Parteiverhältnisse sich erkläre.“

Vandervelde faßt: Es giebt nicht einen Sozialisten, der nicht den Wert der Reformen anerkennet, die Millerand durchgeführt hat. Aber diese Reformen dürfen nicht überschätzt werden gegenüber dem großen Kampfe um das Endziel. Der Weg ist bornig, steinig, vielleicht ein Weg nach Golgatha, er erfordert tausende von Opfern, aber er muß gegangen werden. Wir können aber die öffentlichen Gewalten aus eigener Kraft nur erobern, wenn das Proletariat sich wie die Cimbern mit eigenen Ketten aneinanderbeschließt. Dann wird es reif sein, seine historische Mission zu erfüllen, und die Regierung zu ergreifen und der Bourgeoisie zuzurufen: Jetzt ist das Haus mein! Hinaus mit Euch! (Stürmischer langanhaltender Beifall.) Die Jaurèsisten und Guesdisten hatten, die einen an dieser, die anderen an jener Stelle, die Rede mit Beifall begleitet. So jubelten die Jaurèsisten, als der Redner meinte, der Eintritt Millerands sei eine Frage der Taktik und nicht des Princips und die Guesdisten riefen Bravo, als er diesen Eintritt einen Fehler nannte. Schließlich rief der Redner der einen Gruppe, die gerade klatschte, zu, sie solle vorsichtig sein, ihr Beifall würde ihr vielleicht in der nächsten Minute leid thun! (Große Heiterkeit.)

Die Mittagspause tritt ein.

Nachmittags-Sitzung.

Ferri-Italien begründet folgende Resolution der Minorität: „Der fünfte internationale Kongress zu Paris erklärt wiederholt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, gleichviel ob sie auf friedlichem oder gewaltsamem Wege erfolgt, die politische Expropriation der Kapitalistenklasse bedeutet.“

Er läßt deshalb die Teilnahme am Bourgeoiseregiment dem Proletariat nur in der Form der Eroberung von Mandaten aus eigener Kraft auf dem Boden des Klassenkampfes zu und unterlagt jede Teilnahme der Sozialisten an bürgerlichen Regierungen, denen gegenüber die Sozialisten auf dem Standpunkt unbegrenzter Opposition stehen bleiben müssen.“

Der Redner sagt: Wir haben doch nicht Tausende von Kilometern zurückgelegt, um hier eine Resolution anzunehmen, bei der alle, wie Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld waschen. (Große Heiterkeit.) Die schwankende Haltung der Kommission ist ein Symptom einer bestimmten geistigen Verfassung, die gegenwärtig sich im modernen Sozialismus zeigt; in Frankreich nennt sie sich Fall Millerand,

in Italien: autonome Taktik, in Deutschland: Resolution Debel zur Frage der Landtagswahl. Der Kongress kann mit dem Kautsky der Kautskyschen Resolution nichts anfangen. Es muß eine Resolution angenommen werden, die eine feste Regel giebt. Bei der Regelung der französischen Streitfragen dürfen die großen Verdienste der französischen Marxisten nicht vergessen werden. Doch tritt bei ihr die Tendenz zu Tage, sich innerhalb bestimmter Dogmen zu immobilisieren, die nicht von Marx herrühren, sondern von seinen Auslegern.

Es ist das Verdienst der Richtung Jaurès, in dem Kampf des modernen republikanischen Frankreichs des Mittelalters, repräsentiert durch Klerikalismus und Militarismus, die Führung übernommen zu haben, während die Guesdisten thätlos beiseite standen. Andererseits aber hat Jaurès durch seine Parteinahme für Millerand einen Fehler begangen. Öffentlich kommt es dennoch zu einer dauernden Einigung zwischen beiden Richtungen.

Die Bourgeoisie wendet je nach der Entwicklung des Sozialismus verschiedene Methoden zu seiner Bekämpfung an. Der Säugling Sozialismus wird von ihr verleumdet und verspottet, das Kind mit reaktionären Maßregeln verfolgt, den Jüngling Sozialismus aber sucht sie zu hypnotisieren und vom Pfad der Tugend abzubringen. (Große Heiterkeit.) Sie ist wie eine Schwiegermutter, die gern ihre Tochter verheiraten möchte. (Stürmische Heiterkeit.) Die Tochter wird geschminkt und herausgeputzt, sie macht Avancen, und wenn der Jüngling durch ihr Entgegenkommen eingefangen ist, dann wird er ein zahmer, gebundener, unglücklicher Ehemann. (Erneute Heiterkeit.) Von diesem Standpunkt aus muß man die Aufnahme eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium betrachten. Symptome derselben Methode machen sich jetzt auch in Deutschland bemerkbar. So erklärt sich der Beschluß, sich an den Landtagswahlen in Preußen zu beteiligen. Die Resolution Kautsky ist aus Weim und über aufgenommen, sie hat ihr Hintertürchen. Durch sie wird der Wiederkehr eines Falls Millerand zwar die Thür geschlossen, aber das Fenster geöffnet. Das Princip wird auf ein Pfad geschrieben und gerettet, in der Praxis aber ist alles erlaubt. Wohl wird von einem „gefährlichen“ Experiment gesprochen, aber man wird sagen: Wir sind so mutige Recke, daß wir es doch riskieren! Die Resolution empfiehlt eine Bourgeoisie-Taktik mit sozialistischen Prinzipien. Damit kommen wir auf eine tiefe Ebene. Es giebt keinen Unterschied zwischen Taktik und Princip. Die Praxis soll nur angewandte Theorie, die Theorie nur allgemeine Praxis sein. Wohin wir kommen, zeigt die Thatsache, daß im französischen Parlament kein Sozialist gegen den Chinaguz protestiert hat, ja daß sie sogar die Rechte für diesen Antrag bewilligt haben. (Der sozialistische Abgeordnete Sembat widerspricht dieser Behauptung.)

Auch die Guesdiste Resolution über die Wahlbündnisse ist nicht bestimmt genug, aber sie ist doch fester Kautsky. Die Enttäuschung, die die Taktik mit sich bringen muß, wie sie die Kautskysche Resolution empfiehlt, wird nicht auf sich warten lassen. Wenn kurzem würden die sozialistischen Parteien in allen Ländern zu der bewährten kompromittierten Taktik zurückkehren, ohne doch in Formeln zu erstarren. Der Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Franzosen sich einigen werden, da es keine Sieger und keine Besiegte in diesem Kampf giebt. Es lebe die Einheit des nationalen Sozialismus und der internationalen Socialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag Gyn d m a n wird die Redezeit für die Diskussionsredner auf 10 Minuten, für die Referenten auf 20 Minuten festgesetzt.

Jaurès: Meine Worte geben nur meine persönliche Auffassung und die der von mir vertretenen Gruppen wieder. Ueber die Wahlbündnisse will ich mich nicht unnötig breit auslassen. Alle sozialistischen Parteien haben bereits Wahlbündnisse abgeschlossen entweder zur Verteidigung der politischen Freiheiten, der Sicherung des Wahlrechts, oder zur Erzwingung von Socialreformen. Nichts anderes thaten die Franzosen in der Dreifus-Affaire, als sie gegen die Lüge, den Klerikalismus, den Militarismus die Liberalen unterstützten. Genau dasselbe thaten die Deutschen bei der lex Heinze, mit Künstlern und Gelehrten zusammen verteidigten sie Kunst und Wissenschaft und erreichten damit, daß das Vaterland Goethes nicht zu einem Vaterland Gels geworden ist. (Stürmischer Beifall.) In Italien verbündeten sich unsere Genossen mit den Republikanern, in Belgien mit den Liberalen und hier sogar, als es sich nicht einmal um das allgemeine Wahlrecht handelte, sondern nur darum, das Plural-Wahlrecht nicht verschlechtern zu lassen.

Eine Erklärung für die im sozialistischen Lager über die Zulässigkeit von Wahlbündnissen herrschende Verwirrung liegt vielleicht darin, daß man vielfach nicht den Mut hat, sich zu entscheiden, daß die Verhältnisse sich geändert haben und ein Spiel mit Worten treibt, während die Sache bei und feststeht. Ich schäme mich der neuen Taktik nicht.

Vandervelde hat heute früh die Millerand-Frage für eine rein französische erklärt. Gewiß! Heute ist sie, und das ist vielleicht bedauerlich — nur in Frankreich möglich. Es ist die höhere Entwicklung der Demokratie, die sie bei uns möglich machte. Unmöglich wird sie in allen konstitutionellen Ländern sich aufdrängen. Man sagt man: Millerand durfte das Portfeuille nicht annehmen, weil er es aus den Händen des Präsidenten und nicht der Wähler erhalten habe. Aber wirken wir denn nicht auch bei der Präsidentenwahl durch unsere Deputierten, die unsere Wähler gesund haben, mit? (Ein Guesdist ruft: Das ist eine Provokation! Lärm.) Ich stelle vor den fremden Delegierten fest, daß die einfache Konstatation einer Thatsache schon eine Provokation sein soll. (Erneuter Lärm; Glöde des Vorsitzenden.)

Vandervelde: Die Würde des internationalen Kongresses verlangt, daß wir diesen glänzenden Redner, der eine Niederde des europäischen Sozialismus ist, ruhig anhören. (Stürmischer Beifall.)

Jaurès: Diese Ministerfrage wird überall aufstauen, wo starke, organisierte sozialistische Parteien vorhanden sind, in der Schweiz, in Belgien, in England und hier sofort in dem Augenblick, wo die alte liberale Partei an der Konsequenz ihres Abfalls zum Imperialismus zusammenbrechen und eine neue, entschiedene demokratische liberale Partei erstehen wird. In Belgien wäre sie schon zur Entscheidung gekommen, wenn es bei den letzten Wahlen in Italien wäre, die liberale Mehrheit zu brechen. Aber weder in Italien, noch in Belgien wird es eine Frage Ferri oder eine Frage Vandervelde geben, weil dort fest organisierte sozialistische Parteien vorhanden sind, die es verhindern, daß solche Fragen zu rein persönlichen werden.

Ich stimme der Resolution Kautsky auch deshalb zu, weil sie die Ministerfrage zu einer Frage der Taktik erklärt, die je nach den Verhältnissen eines Landes beantwortet werden muß. Nur allzulange haben wir taktische Fragen als grundsätzliche aufgefaßt und gelangten daher zu so widerspruchsvollen Beschlüssen, wie sie beispielsweise die deutschen Sozialisten in der Frage der Landtagswahlen lange gefaßt haben.

Ich stimme endlich aber auch für die Resolution, weil künstlich die sozialistische, organisierte Partei über den Ein- und Austritt eines Sozialisten in ein Ministerium entscheiden soll, er also unter die Kontrolle und das Urteil der Partei gestellt wird. Damit ist Würdigkeit gegen Ehrgeiz, Rogerei und Kompromisselei des Einzelnen gegeben. Ich betrachte den Eintritt eines Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium als den Beginn der politischen Expropriation der Bourgeoisie. Wir brauchen übrigens nicht zu fürchten, daß die Bourgeoisie allzu oft geneigt sei, einen Sozialisten in das Ministerium zu berufen, um so weniger, wenn hinter diesem die Partei steht, er also nur der Mandatar der Partei ist. Nur im äußersten Notfall, im Moment höchster Gefahr wird sie zu diesem

Mittel greifen. Und auch die Sozialisten werden nur dann in ein Sozialministerium eintreten, wenn ihre Abtention einen Abgrund schaffen würde, in den das ganze politische Leben, alle Erzeugnisse der Kultur sonst versinken müßten. (Stürmischer, längerezeitiger Beifall. Die deutschen, österreichischen, holländischen und englischen Delegierten bereiten dem Redner eine Ovation.)

Sombart stellt die Behauptung fertig richtig, daß kein sozialistischer Delegierter gegen die China-Kredite gestimmt und protestiert habe. Er selber habe bei dieser Gelegenheit dem sozialistischen Gedanken Ausdruck gegeben und gegen die Bewilligung protestiert und zwar im Auftrag der gesamten Fraktion. Die Fraktion sei immer einig in ihrem Protest gegen Chauvinismus und Militarismus gewesen. In dieser Beziehung dächten die Franzosen wie die Deutschen: dem Militarismus seinen Platz und seinen Preis! Hoffentlich lasse der Kongreß einen klaren, unzweideutigen Beschluß in der Militerand-Frage. Den würden die Franzosen auch respektieren. Es handle sich um eine internationale Prinzipienfrage, die auch für andre Länder aktuell werden könne.

Der nächste Redner **Trotzky** (Allemanist) wird von den Gueddisten mit den Klauen des Liebtnechts empfangen, weil er auf dem Kongreß seiner Partei die Haltung Liebtnechts in der Dreifach-Frage gelobt hatte. Der Präsident hat Mühe, ihm das Wort zu verschaffen.

Der Redner verneint seine internationalistische Gesinnung und geht auf die Vorgeschichte des Falls Militerand ein. Militerand wurde auf einen Kampfsplatz gestellt, um in dem Ministerium Waldeck-Roussieu die Republik zu verteidigen. Das Proletariat ist durchaus mit diesem Schritt einverstanden gewesen. Wir konnten nicht anders handeln. (Große Unruhe, die fast die Uebersetzung dieser Rede verhindert.)

Der nächste Redner soll **Zules Guedde** sein. Da es aber inzwischen 6 Uhr geworden ist, wird die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung der Debatte auf morgen vertagt.

Tokales.

Für unsre Abonnenten im 6. Reichstags-Wahlkreis

Haben wir heute eine Beilage dem Blatte beigegeben, welche zum Nachsehen der Wählerliste ein genaues Straßenzverzeichnis enthält. Wir bitten, dies Verzeichnis, das nicht wieder veröffentlicht wird, aufzubewahren.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat in ihrer gestrigen Sitzung die Umgestaltung der Wasserwerke nach den Vorschlägen des Magistrats beschloffen. Die Angelegenheit hat weder dem zur Vorberatung der bezüglichen Vorlage eingesetzten Ausschuss noch gestern der Stadtverordneten-Versammlung Anlaß zu längeren Erörterungen gegeben. Hier wie dort ist die Vorlage einstimmig angenommen worden. Es stand ja nach Lage der Sache auch von vornherein fest, daß die Forderung des Uebergangs zum Tiefdruck-System werde bewilligt werden müssen. In Hadreissen ist der Vorwurf erhoben worden, daß das schon viel früher hätte geschehen können und müssen. Man habe aber in Berlin kein Verständnis dafür gehabt und gehorche auch jetzt nur der Not, nicht dem eignen Triebe. Stadtv. Spinola glaubte Berlin gegen diese Vorwürfe in Schutz nehmen zu sollen. „Unsre Techniker wissen auch, wie's gemacht wird“, rief er aus. In der Versammlung schien man aber das Gefühl zu haben, daß dieser Verteidigungsversuch nicht sehr glücklich war. Um die Thatsache, daß die Stadt erst durch die Regierung zu der jetzt beschlossenen Maßregel gedrängt oder mindestens zu einer schnelleren Entschlieung veranlaßt worden ist, ist nicht herumzukommen. Diese Thatsache wiegt gerade dann um so schwerer, wenn „unsre Techniker auch wußten, wie's gemacht wird“. Sie wußten es längst, aber warum zog der Magistrat nicht freiwillig aus ihrem Wissen diejenigen Konsequenzen, die er nun gezwungen hat ziehen zu müssen!

Das Polizeipräsidium teilt zum Kennen-Laden-sich-Lich folgendes mit: Vom 1. Oktober ab müssen alle öffentlichen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens geschlossen sein, doch dürfen die beim Laden-schluß im Laden schon anwesenden Kunden noch bedient werden. Ueber 9 Uhr abends dürfen Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr nur für unvorhergesehene Notfälle geöffnet sein. Die Tage, an denen außerdem noch der geistliche Kennen-Laden-schluß bis spätestens 10 Uhr abends hinausgeschoben werden darf, werden noch besonders bekannt gemacht werden, sobald die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Vertretungen der Beteiligten abgeschlossen sind. — 9 Uhr abends und an den hiernach noch festzusetzenden Tagen spätestens von 10 Uhr abends ab ist auch das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Gassen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus sowie im Gewerbebetriebe im Umhergehen vom 1. Oktober d. J. ab gesehlich verboten. — Auf Grund des § 120a Abs. 4 wird für die Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, an Werktagen zugelassen: Das Feilbieten von Waad- und Konditorwaren, Bier und anderen Lebensmitteln, Blumen, Streichhölzern, Ansichtspostkarten und geringwertiger Verbrauchsgegenstände auf öffentlichen Gassen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten in dem bisher in Berlin üblichen Umfange. — Die über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe bestehenden Bestimmungen werden hierdurch nicht berührt. — Die selbstthätigen Verkaufsapparate (Automaten), durch die Konfitüren, Cigaretten, Streichhölzer und ähnliche Waren abgesetzt werden, sind als offene Verkaufsstellen anzusehen. Bestizer solcher Apparate sind demnach freizulassen, wenn sie nicht geeignete Vorkehrungen treffen, um die Entnahme der feilgebotenen Gegenstände während der Zeit, wo die offenen Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, unmöglich zu machen. Nicht getroffen werden hiervon Automaten, die in Gast- und Schankwirtschaften aufgestellt sind, wenn deren Benutzung nur den sich dort aufhaltenden Gästen möglich ist und wenn ferner durch die Automaten nur solche Gegenstände, deren Verkauf in den Rahmen des Schankwirtschaftsgewerbes fällt und nur in so geringen Mengen verabfolgt werden, daß anzunehmen ist, daß der Verkauf zum Gebrauch und Genuß an Ort und Stelle geschieht. Personen, die eine offene Verkaufsstelle haben und gleichzeitig eine Erlaubnis zum Betriebe der Schankwirtschaft besitzen, sind in Beziehung auf ihren kaufmännischen Betrieb den gleichen Beschränkungen wie die übrigen Inhaber öffentlicher Verkaufsstellen unterworfen.

Das es wohlgethan war, den Handel mit Streichhölzern z. z. zur Nachstunde noch weiter zu gestatten, möchten wir bezweifeln.

Fritz Friedmann verteidigt sich. In einer Zuschrift aus New York bittet der frühere Rechtsanwält Dr. Fritz Friedmann unsere Berichtshalter um Schutz gegen gänzlich erfindene Notizen, die über ihn von Zeit zu Zeit in verschiedenen Blättern veröffentlicht werden. Er wehrt sich insbesondere gegen die kürzlich erschienene Notiz, die folgendes besagte: Ein hiesiger Anwalt habe Dr. Fr. auf der Pariser Weltausstellung getroffen und von ihm erfahren, daß er nach 1901, wo Verjährung der Vergehen eintrete, die seiner Zeit seine Anstiftung nicht verzeihen, nach Berlin kommen werde, um ein Detektivinstitut hier zu gründen. Dr. Fr. erklärt diese ganze Notiz für Erfindung; er habe New York nicht verlassen, sei überhaupt nicht in Paris gewesen, ein Berliner Anwalt könne ihn dort also gar nicht getroffen und angeblich von ihm gehört haben, daß er ein Detektivinstitut gründen wolle. Mit besonderem Nachdruck verwahrt sich aber Dr. Fr. gegen die Behauptung, daß er erst nach der Verjährung angeblicher Straftaten in die Heimat zurückkehren könne. Daß er die

letztere bisher gemieden, sei die ausschließliche Folge seiner unglücklichen ehelichen Verhältnisse und er habe allerdings die Absicht, nach erfolgter Ehecheidung zurückzukehren. Sollte sich, so schließt das Schreiben, ergeben — was mir bisher unbekannt war — daß irgend ein Strafverfahren gegen mich schwebt, so würde ich schon früher nach Berlin kommen, um endlich einmal durch persönliche Erklärung und Aufklärung den immer wieder ausgestreuten böswilligen Gerüchten ein Ende zu machen.

Berliner Hochschulkultur. Der im Sommer 1899 begründete, unter Leitung des Geh. Medizinalrats Prof. Dr. Waldeyer stehende „Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern“, der den Zweck verfolgt, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung in volkstümlicher Darstellung weiteren Kreisen näher zu bringen, erstattet seinen ersten Jahresbericht. Nach diesem kann der Verein mit außerordentlichem Erfolge auf die Erfolge des ersten Jahres zurückblicken. Es fanden im Winter 1899/1900 16 Vortragskurse statt, die großen Anklang gefunden haben, 4489 Hörer, durchschnittlich 280 in jedem Kursus, beteiligten sich, unter ihnen 32 Proz. Frauen. Besonders lebhaft war das Interesse der Berliner Arbeitererschaft, für die die Kurse in erster Linie in Aussicht genommen sind. Ueber die Hälfte der männlichen Besucher, 54,3 Proz., gehörten diesen Kreisen an; auch unter den weiblichen Teilnehmerinnen waren die Angehörigen der Arbeiterklasse ziemlich stark vertreten. In einzelnen Kursen beteiligten sich über 90 Proz. aus den arbeitenden Klassen. Nach der Volksschulbildung hatten von den männlichen Personen 51,6 Proz. eine Volksschule und 9,0 Proz. eine Bürger- oder Mittelschule, die übrigen höhere Lehranstalten besucht. Von den weiblichen Teilnehmerinnen hatten 27,6 Proz. die Volksschule und 8,4 Proz. eine Bürger- oder Mittelschule besucht. Die Vortragenden sprechen sich in ihren Berichten sehr günstig über die Erfolge aus; auch mit der öffentlichen Diskussion, die sich den Vorträgen anschloß, hat man gute Erfahrungen gemacht. Im bevorstehenden Winter soll die Zahl der Kurse auf 20 erweitert werden, die erste Serie mit 10 Vortragskursen findet in den Monaten Oktober bis Dezember statt.

Ueber die Frage, wann Läden beim Umzug geräumt werden müssen, läßt sich der Polizeipräsident in einer Zuschrift an den Hausbesitzerverein äußern wie folgt aus: „Auf Ihre Eingabe erwidere ich Ew. Wohlgeboren ergebenst, daß die Polizeiverordnung vom 20. März 1870 über die Umzugstermine beim Wohnungswechsel lediglich von Wohnungen und Zubehör, d. h. nach § 3 daselbst Kellern, Läden, Kammern, Bodenräumen, Verschlägen und Vorratskammern, nicht aber von Läden, Verkauf-, Geschäfts- und Arbeitsräumen handelt. Hiernach ist die Anwohbarkeit dieser Verordnungen lediglich auf Wohnungen beschränkt und zwar gleichviel, ob dieselben mit Bodenräumen verbunden sind oder nicht. Alle Läden, Verkauf-, Geschäfts- und Arbeitsräume müssen deshalb ausnahmslos am ersten Quartalsstage nach dem Ablauf des Mietesvertrags geräumt werden. Bezüglich solcher Verkauf-, Geschäfts- und Arbeitsräume, welche von den Inhabern zugleich als Wohnräume benutzt werden, ist der Wortlaut des Mietesvertrags entscheidend.“ Der Polizeipräsident. J. V. gez. Friedheim.

Die „Vereinigung für Schulgesundheitspflege“, die gestern unter Vorsitz des Direktors Hauke in den neuen Akademischen Vierhöfen tagte, beschäftigte sich mit der Frage der Luft in den Schulzimmern und der Schulbaufrage. Das Referat hatte Lehrer Hans Sud übernommen, der nach Peterkofers Tritranalyse in der Sophien-Schule eine Reihe interessanter Untersuchungen angestellt hat. Der kalte Fußboden der Schulzimmer giebt Gelegenheit zu ersten Erfahrungen. Verschlammter wird die Schale, wenn die Schüler mit nassem Schuhwerk erscheinen; das ablaufende Wasser macht den Fußboden feucht und dieser verhindert, in Verbindung mit seiner niedrigen Temperatur das Trocknenwerden des Fußes. Der Redner beantwortete daher dringend die Wieder-einkritter der zur Erleichterung der Reinigung besitzigen Fußbretter an den Schulbänken. Er sprach sich sodann entschieden gegen vielfache Bänke aus. Seine Untersuchungen haben ergeben, daß auf den Mittelplätzen derartiger Bänke die Kinder beständig stark verdorbene Luft einatmen, wodurch Erscheinungen, wie Kopfschmerz, Müdigkeit und Autarmut entstehen. Man müsse zweifelhafte Bänke wählen. An der Debatte beteiligte sich u. a. Prof. Dr. Nagel im Sinne des Referenten.

Ueber die Hausjuchung bei der „Staatsbürger-Zeitung“ wird der „Frankf. Jtg.“ von hier berichtet: Der Erste Staatsanwalt hat in der königlichen Kasse ein Ermittlungsverfahren gegen zwei Beamte eingeleitet, gegen die er den Verdacht der Durchstecherei mit der „Staatsbürger-Zeitung“ hegte. Es hat in dieser Angelegenheit bei der „Staatsbürger-Zeitung“ und bei dem Korrespondenten Wiende, der seiner Zeit in Rom gewesen und verschiedene Berichte von da an das genannte Blatt verandt hatte, eine Hausjuchung stattgefunden, wie es heißt, ohne Erfolg.

Durch Absturz bei der Arbeit schwer verunglückt ist Mittwoch-abend der 33 Jahre alte Arbeiter Max Laskowitsch aus der Frankfurter Allee 59, der bei dem Kaufmann Calmon in der Reibelstraße 24/25 beschäftigt war. Beim Aufsteigen von Hellen stand Laskowitsch im zweiten Stock an der Brinde, um einen Kasten abzunehmen. Hierbei verlor er das Gleichgewicht, stürzte durch die Luke auf den Hof hinab und brach sich beide Beine. Arbeitsgenossen brachten ihn nach der Unfallstation 10 in der Alten Schützenstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Tödtlich verunglückt ist gestern morgen der 25 Jahre alte verheiratete Arbeiter Johann Johr, der bei der Anlage der elektrischen Untergrundbahn am Potsdamer Bahnhof beschäftigt war. Das ausgebaute Erdreich wird dort auf einer kleinen Feldbahn weggeschafft. Bei der Fahrt eines solchen Zugs geriet Johr zwischen einen Wagen und einen Pfeiler. Bevor man den von einer kleinen Lokomotive gezogenen Zug zum Stehen bringen konnte, waren schon mehrere Räder an dem Unglücklichen vorbeigegangen und hatten ihm den Brustkasten eingedrückt. Arbeitsgenossen brachten den Verunglückten nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße, wo man mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen feststellte. Schon nach zehn Minuten starb er.

Die Unfallstelle in der Greifenburgerstr. 17 wurde gestern vormittag um 10 Uhr von der Baukommission besichtigt. Diese beschloß, das verwendete Material auf seine Brauchbarkeit noch näher zu prüfen, und gab den Bau daher noch nicht wieder frei. Der Kommissar der Bezirksstrafkammerkommission Braun erschien gestern vormittag mit mehreren Beamten, um durch Zeugenvernehmungen den Thatbestand festzustellen. Mehrere Zeugen bestätigten, daß den Gebrüder Kataned das Betreten des Ballons unterliegt und daß ihnen andre Arbeit angewiesen wurde.

Zu dem Vorfall wird weiter mitgeteilt, daß gestern nachmittag in Gegenwart von Ärzten auch der Arbeiter Wilhelm Kataned im Krankenhaus durch Kriminalbeamte vernommen wurde. Im Gegensatz zu andern Darstellungen sagte er aus, daß ihm und seinem Bruder vom Polier sowohl wie vom Maurermeister ausdrücklich gesagt worden sei, sie müßten zunächst den Ballon im vierten Stock, den einzigen, der noch nicht vollendet war, fertig machen. Das hätten sie aber nicht gekonnt, ohne ihn zu betreten. Ob die Widersprüche in den Befundungen durch eine falsche Vernehmung der Zeugen gelöst werden können, ist zweifelhaft. Das Befinden Kataneds ist ungunstig. Der Verunglückte hat u. a. einen komplizierten Schädelbruch erlitten, der für ihn das schlimmste Befundungslage. Das Unglück hätte wohl nicht geschehen können, wenn man mit der Fertigstellung des Ballons gewartet hätte, bis die aufstrebenden Klappelröhren durch den Regen verbunden waren. Ohne diesen hätten sie jeder für sich nicht genügend Ball, um das Gewicht der Ballondennmassen und der beiden Männer zu tragen. Es scheint so, als ob zunächst die Pfeiler umgekippt sind und den Ballon binabgeschlagen haben. Eine bestimmte Auskunft wird darüber erst die genaue Untersuchung durch die Baukommission geben können.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche dem Streit zweier Fahrgäste beigeohnt haben, der sich am Dienstag, 4. September gegen 7 Uhr abends im Ringbahnzuge zwischen den Stationen

Wilmerdorf und Börse abgespielt hat, werden gebeten, sich bei Freund, Crennauerstraße 16, zu melden.

Bei einer Bootsfahrt auf der Obersee ist der Tischlermeister Wachtel aus der Großen Frankfurterstraße am Montag ertrunken. Wachtel hatte mit seiner Gattin einen Ausflug nach dem Lokal Lorelei gemacht und dann abends um 6 Uhr ein Mietsboot genommen; von der Fahrt ist er dann nicht zurückgekehrt. Das leere Boot wurde gestern aufgefunden; die Leiche ist noch nicht geborgen. Der Verunglückte hinterläßt außer seiner Frau zwei Töchter, von denen eine noch im schulpflichtigen Alter ist.

Bei der Luftballonlandung verunglückt ist gestern ein Offizier der hiesigen Luftschiffer-Abteilung. Mit einem Ballon der Abteilung vom Tempelhofer Feld aus aufgestiegen, wollten die Insassen gegen 8 Uhr nachmittags zur Landung schreiten. Hierbei geriet die Gondel derartig durch widrige Luftverhältnisse ins Schwanken, daß Lieutenant J. stürzte und ein Bein brach. Nachdem endlich fester Boden zwischen Kamp und Dreptow-Deep unweit Greifensee i. V. gefunden worden war, wurde der verunglückte Offizier nach Greifensee in ärztliche Behandlung gebracht.

Die Gubener Straße von Straße 10a XIV bis zur Dorfhauserstraße wird wegen Umflasterung von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Die kaufmännischen Fortbildungsschulen der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin veröffentlichten gestern ihre Schulpläne, aus denen hervorgeht, daß wie bisher, so auch in dem kommenden Winter jungen Leuten Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Bildung gegeben wird. Die Haupt-Unterrichtgegenstände sind: Comptoirpraxis, Buchführung, Korrespondenz, kaufmännisches Rechnen, Handels- und Wechselrecht, kaufmännische Prozeduren, Warenkunde, Handelsgeographie.

Daneben werden in aufsteigenden Kursen Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch gelehrt, von den Elementen der Formellehre an bis zur Korrespondenz und Konversation. Tächtige im Auslande gebildete Lehrer oder Ausländer unterrichten in den Oberkursen. In dem Vorlesung sollen als neue Lehrgegenstände auf: Volkswirtschaftslehre und soziale Gesetzgebung. Der Unterricht beginnt am 9. Oktober, abends 8 Uhr, und findet statt im Friedrich-Werderschen Gymnasium, Dorfkönigsstr. 13/14; Luisenstädtischen Realgymnasium, Seckelstr. 26; Köpenicker Gymnasium, Jesuitstr. 25; Köpenicker Realgymnasium, Gildengasse 57/58; X. Realschule, Auguststr. 21.

Ein Kursus im Modellieren für Bildhauer, Formen, Vergolder, Lederarbeiter u. s. w. wird mit Beginn des Winterhalbjahrs in der 12. Fortbildungsschule, Dorfkönigsstr. 18a, neu eröffnet. Zeichnung und Gipsarbeiten aller gewerblichen Berufsklassen finden in dieser Schule Ausbildung in Deutsch, Mathematik, Physik, Chemie, Zeichnen, Malen und Buchführung; für Kaufmannslehrlinge und Bureaubedienten wird in aufsteigenden Kursen in Französisch, Englisch, Stenographie, Korrespondenz und besonderer Buchführung unterrichtet. Auch Schreibmaschinen und zwar drei Systeme, heißen den Schülern zur Verfügung. Die Aufnahme erfolgt täglich von 7-9 Uhr abends im Amtszimmer der Fortbildungsschule bei dem Rektor Hamann.

Aus den Nachbarorten.

In Adlershof hält Genosse Mathies aus Ebingen eine Sonnabend bei Schmauser, Bismarckstraße 16 einen mit Lichtbildern ausgehätteten Vortrag: „Ernstes und Heiteres aus Vergangenheit und Gegenwart.“

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Eine große Anzahl hiesiger und Friedenauer Bürger erhob gestern in einer Versammlung, in der Redakteur W. a. n. e. s. das Referat hielt, gegen das Gedächtnis der Englischen Gasgesellschaft in Sachen der Coalsnot Einspruch. Eine von der Versammlung angenommene Resolution hat folgenden Inhalt: „Die Versammlung protestiert gegen das Verhalten der Gesellschaft hinsichtlich ihrer Abgabe des Coals an die hiesigen Einwohner. Die Versammlung richtet an die Stadtverordneten-Versammlung zu Schöneberg das Ersuchen, die Interessen der Bürgererschaft in dieser Frage gegenüber den Angriffen dieser Gesellschaft in Schutz zu nehmen und vor allen Dingen dahin zu wirken, daß in erster Reihe bei der Coalsabgabe Schöneberg Bürger berücksichtigt und für dieselben genügend Quantitäten Coals zu annehmbaren Preisen bereit gehalten werden.“ Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit dem Antrage der Polizeidirektion betr. der Schankwirtschaften. Der Redakteur der „Deutschen Gastwirts-Zeitung“, Fröhlich, wies die dem Gastwirtsstande von der Polizeidirektion gemachten Vorwürfe der Unreinlichkeit und Unbequemlichkeit entschieden zurück. Genosse O. b. t. ging noch schärfer mit der Polizei ins Gericht und wies darauf hin, daß der schlimmste Unfug erst nach Mitternacht von der sog. besseren Gesellschaft verübt werde. Die Polizei möge nur auf den Straßen aufpassen, da hätte sie noch genug zu thun. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme.

Zur Beleuchtung der geistlichen Schulaufsicht wird auswärtigen Blättern aus Berlin geschrieben: „Kommt da eines Sonntags zu französisch-Vuchholz in ein Schulhaus ein Geistlicher, um in den Wohnräumen des Lehrers, der ihm Küsterdienste zu leisten hat, sein gottesdienstliches Gewand anzulegen. Als nun der Herr, der im Nebenamt Schulaufsicht, auch über die fragliche Schule, zu über berufen ist, über den Schulhof schreitet, gewahrt er zufällig, wie ein anderer Lehrer, der in demselben Schulhaus wohnt, Hefte fortgeragt. Der geistliche Herr nimmt Vergeßnis an dieser Art von sonntäglicher Verhätigung. Er geht auf den Lehrer zu und redet ihm eindringlich ins Gewissen, daß er den Sabbat in ziemlicher Weise feiern und nicht durch Arbeit entheiligen möge. Nachdem er sodann den Lehrer wegen seines Kirchenbesuchs ins Verhör genommen hat, erklärt der Schulinsektor, er werde genötigt sein, von der ungehörigen Sonntagarbeit des Lehrers höhere Orts Vermerk zu geben, wenn der Lehrer nicht verspreche, in Zukunft Sonntags das Korrigieren von Hefen zu unterlassen. Der Lehrer hat sich geweigert, eine solche Verpflichtung einzugehen und sich bei gemeinlichen Vertretern Rats geholt, was werden sollte. So ist der Sachverhalt in französisch-Vuchholz bekannt geworden, wo in weiten Kreisen mit großer Spannung der ferneren Entwicklung der Dinge entgegengeesehen wird.“

Vermittelt wird der Geistliche dahin sireden, daß die Dienststunden des Lehrers verringert werden, damit er in der Woche genügend Zeit zum Korrigieren der Hefen erübrigen und den Sonntag ruhig der Erholung in der freien Natur widmen kann. Auf die Frage nach dem Kirchenbesuch wird der Lehrer, der solche Dinge rein nach seiner Privatanschauung zu behandeln hat, dem Geistlichen hoffentlich die gebührende Antwort gegeben haben.

Rixdorf. Eine Verordnung über den Verkehr mit Frühlisch, der im wesentlichen der Berliner Verordnung entspricht, will die hiesige königliche Polizeidirektion erlassen. Die Kommission, die von den hiesigen Körperschaften mit der Vorbereitung von Entwürfen zu Polizeivorschlägen betraut worden ist, hat sich nun in letzter Zeit eingehend mit der Angelegenheit befaßt. Gegen einige der Bestimmungen des Entwurfs wurden erhebliche Bedenken geltend gemacht, zum Beispiel gegen die wach als Kindermilch, Säuglingsmilch, Säuglingsmilch usw. nur Vollmilch bezeichnet werden dürfe, die u. a. das Klophen aushalte, also dabei nicht gerinne. Ein Mediziner, der der Kommission angehörte, erklärte diese Bestimmungen für durchaus ungenügend. Es gäbe Milch, die beim Klophen nicht gerinne und doch so viel Milch-läure enthalte, daß ihr Genuß auf den kindlichen Darm schädlich wirke, zumal bei Proletariatskindern, deren Eltern so wie so nicht alle Gesundheitsregeln befolgen könnten. Im Interesse einer möglichst genauen Milchprobe sei dahin zu sireden, den Säuregrad auch bereits vor dem Gewinnungsstadium festzustellen. Bemängelt wurde auch die folgende Bestimmung: „Nur in abgekochtem oder sterilisiertem Zustand darf eingeführt, feilgehalten und verkauft werden Milch von Kühen, die an Maul- und Klauenseuche oder berart an Tuberkulose leiden, daß das Guter bereits erkrankt oder doch hochgradige Abmagerung eingetreten ist.“ Der Nährgehalt der Milch von so herangezogenen Kühen sei ein äußerst mangelhafter. Dann vierte die Vorchrift gegen Anstehungsgefahr keinen ausreichenden Schutz. — Die Verhandlungen der Kommission sind noch nicht abgeschlossen.

Ein unheimlicher Fund wurde dieser Tage am Bahnhof zu Posen gemacht. In einer Ecke der zur Eingangshalle führenden Treppe des Bahnhofs fand man ein Paket alter Kleidungsstücke. Im Bureau, wo man das Paket öffnete, wurde in dem Kleiderbündel eine 20 Centimeter lange, nicht krepierete Granate gefunden. Der Bahnhofsvorsteher übergab das Geschäft einem Oberfeuerwerker des Militärbahnhofs, der die Granate durch eine Leinwand nach dem Schießplatz zu Kammerdorf bringen ließ. Jedenfalls wurde das Geschäft von einem Angestellter am Bahnhof niedergelegt. Bei der Durchsicht der Kleidungsstücke fand man in einer Tasche ein Krankenlassenbuch und eine Arbeitsbescheinigung, auf den Namen Gülke aus Berlin lautend, vor. Infolge dessen dürfte es wohl gelingen, den „Verlierer“ der Granate zu ermitteln.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich gestern morgen auf dem Charlottenburger Fernbahnhof. Dem aus Posen eintreffenden Zuge war die 41 jährige Frau Wanda Kowitzi von dort entflohen, um in Charlottenburg wohnende Verwandte zu besuchen. Frau K. wurde plötzlich unwohl und in fast bewußtlosen Zustande wandte sie, anstatt die Lokomotive hinauszugehen, nach dem gegenüberliegenden Geleise, auf welchem soeben ein Vorortzug heranbrachte. Sie fiel auf die Schienen und die Lokomotive sowie fünf Wagen des Zugs gingen über sie hinweg. Als die Augenzeugen des Vorfalls Frau K., nachdem der Zug zum Stehen gebracht war, unter dem 6. Wagen hervorholten, fand man sie zwar bewußtlos, jedoch ohne äußere Verletzung. Die Fremde wurde nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht und hier stellte sich heraus, daß sie, abgesehen von geringfügigen Hautabschürfungen, keinerlei Verletzungen erlitten hatte. Die so glückliche Davongekommene konnte bald darauf aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Großen Schaden richtet in den Forsten der Umgegend Berlins die Plaupe der Kieferblattwespe, welche hauptsächlich in dem östlichen Teile des Kreises Teltow die Waldbestände, sowohl Hochstamm wie Schonung, der königlichen Oberförstereien Köpenick, Grünau, Dahme und Erkner befallen hat. Auch im Kreise Storkow zeigen sich arge Verwüstungen.

Gerichts-Beilage.

Der Schumanns-Fabel. Eine große Anzahl Zeugen waren zu gestern vor die zweite Strafkammer des Landgerichts I geladen, um in einem betrübenden Schauspiel zu den Mai-Krawallen Bekundungen zu machen. Auf der Anklagebank befand sich der Kaufmann Max Bruseberg, der sich wegen Verleumdung, Widerstands, Beteiligung an einem Aufruhr und Körperverletzung zu verantworten hatte. Der Angeklagte hat am 20. Mai bei den aus Anlaß des Pferdeabsturzfalls am Rosenhaller Thor vorgekommenen Exzessen eine sehr schwere Verletzung davongetragen: eine über den ganzen Schädel sich hinziehende fingerbreite Narbe zeugt von der Wucht eines Hiebs mit einem Schumanns-Fabel, den er empfangen. Der Angeklagte ist am 20. Mai in das Gefängnis der am Rosenhaller Thor staudallerenden Menschenmenge hineingeraten; er besam Streit mit einem Schumanns und erhielt von diesem einen Säbelhieb über den Arm, der ihn zu Boden stredte, dann erhielt er noch einen zweiten Säbelhieb über den Kopf, so daß er, vollständig mit Blut besudelt, liegen blieb. Er mußte in einen Hausfuhrer getragen und dann zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht werden, der ihm einen Rotverband anlegte. Von dort wurde er mittels Luchsen Krankenwagens nach der Charité übergeführt. Die dortigen Ärzte sollen über die kolossale Kopfverletzung entsetzt gewesen sein und es ist ein Wunder zu nennen, daß der Angeklagte mit dem Leben davongekommen ist. Noch heute zeigen sich bei ihm zeitweilige Sprachstörungen und Gedächtnischwäche. Ueber den Vorfall selbst wird die gerichtliche Beweisaufnahme, zu welcher sieben Polizeibeamte als Belastungszeugen und etwa vierzehn Zivilpersonen als Entlastungszeugen geladen werden, erst die genügende Klärung zu bringen haben. Bis jetzt stehen sich die Bekundungen im Vorverfahren noch scharf gegenüber. Rechtsanwält Bronke erklärte gestern vor Eintritt in die Verhandlung, daß er auf zwei geladene und nicht erschienene Entlastungszeugen nicht verzichten könne. Die von ihm geladenen 14 Entlastungszeugen widersprechen ja den Bekundungen der Polizeibeamten in vielen wesentlichen Punkten und behaupten, daß der furchtbare Säbelhieb über den Kopf dem Angeklagten noch bezeugt worden sei, als er schon wehrlos am Boden lag; er könne aber nicht wissen, wie der Gerichtshof das Zeugnis dieser Entlastungszeugen gegenüber den Bekundungen der Schutzleute würdigen werde und deshalb sei er nicht in der Lage, auch nur auf einen einzigen Entlastungszeugen zu verzichten. Der Staatsanwalt hielt unter diesen Umständen eine Verurteilung für geboten und der Gerichtshof beschloß eine solche.

Aus Halle a. S. wird uns vom 25. September berichtet: Die verachtete Hausgenossenschaft Loeb's Hof, die seiner Zeit in der bürgerlichen Presse viel besprochen wurde, weil der frühere Verwalter, Inspektor Mauch, als Socialdemokrat gestempelt werden sollte, obwohl er eifriges Kirchenratsmitglied war, beschästigte gestern in dreistündiger Sitzung die Strafkammer. Der Verwalter Mauch wurde der Untreue, des Konkursvergehens und des Vergehens gegen das Genossenschaftsgesetz beschuldigt. Er sollte Mietzinsen im Betrag von 700 M., andre Beträge von 1100 M. eingezogen und darüber zum Nachteile seiner Auftraggeber verfügt haben. Die Verwaltungskasse weist eine Unterbilanz von 52 000 M. auf, und die an der Genossenschaft beteiligten gewesenen Personen, über 400 Arbeiter, werden jetzt zur Deckung herangezogen. Die Bücher wurden als vollständig unordentlich geführt bezeichnet und die Arbeiter waren durch Veröffentlichung falscher Bilanzen in den Zeitungen verleitet worden. Die Masse weist 9000 M. auf. Der Staatsanwalt beantragte 7 Monate Gefängnis, 2 Jahre Ehrverlust und 200 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, welche Strafen aber durch die erlittene Haft als verbüßt erklärt wurden. Von der Aberkennung der Ehrenrechte wurde Abstand genommen, da der Gerichtshof nicht als erwiesen annahm, daß der Angeklagte die Gelder im eignen Interesse verwendet hat.

Die Ehefrau eines Amtsanwalts stand Mittwoch wegen Ladendiebstahls angeklagt vor der Potsdamer Strafkammer. Die Angeklagte, Frau Wilhelmine Grimwald aus Ludenwalde besuchte am 26. Mai d. J. mit ihren beiden gutverdienenden Töchtern das Warenhaus von A. Wertheim in Berlin, wobei es der Toilettenaufseherin auffiel, daß die Angeklagte dreimal kurz hintereinander die Toilette aufsuchte. Man beobachtete sie infolgedessen genauer und sah sie beim Diebstahl ab. Eine Revision der Tasche der Angeklagten ergab, daß sie in der kurzen Zeit, wo sie sich bei Wertheim aufhielt, folgende Gegenstände im Gesamtwert von 833 M. gestohlen hatte: 1 West-Seide, 1 Pecher, 1 Holzteller, 3 Paustaschen, 1 Schawl, 1 Parfästen, 1 Robellisten, 1 Hügelball, 1 Streichholzfaß, 1 Kischbecher, 1 Kleiderbügel und 1 Paar Handschuhe. Vom Ludenwalder Schöffengericht war Frau Grimwald, deren Mann inzwischen verstorben ist, dieses Diebstahls wegen zu vier Wochen Gefängnis verurteilt worden, während der Amtsanwalt nur vier Tage beantragt hatte. Sie legte gegen das Urteil Berufung ein, und der Staatsanwalt beantragte nunmehr Herabsetzung der Strafe auf die Hälfte. Die Strafkammer fand aber bei den vielen gestohlenen Gegenständen und der gesellschaftlichen Stellung der Angeklagten keine Veranlassung, die Strafe herabzusetzen und verwarf deshalb die Berufung. — Die Angeklagte bedarf auf den von ihr bereits angebotenen Weg der Gnade verweissend.

Das Aufhängen und Ausstellen von Warenproben in den Geschäftszimmern kann polizeilich verboten werden. So hat jetzt das Kammergericht entschieden. Eine Berliner Polizeiverordnung, die ein solches Verbot enthält, war gegen den Kaufmann Schmidt angewendet worden, der in seinen Ladeneingängen u. a. Rollmöpfe und Häubchen ausgestellt hatte. Schmidt beantragte richterliche Entscheidung und bestritt, daß eine Polizeiverordnung, die jedes Ausstellen von Waren

in den Geschäftszimmern verbietet, rechtsgültig sei. Das Verbot dürfte höchstens verhindern wollen, daß Waren, die ausgestellt würden, nicht in den Straßenraum hineinreicheten. Das Landgericht verurteilte jedoch Sch. zu einer Geldstrafe und erklärte die Verordnung für vollständig rechtsgültig, weil die dem Schutz der Person und des Eigentums diene. Die Sicherheit des Verkehrs in den Geschäftszimmern verlange ein Verbot der Eingänge auch innerhalb des Geschäftsraums. Das Kammergericht verwarf die Revision des Angeklagten.

Verrohung der Jugend. Das Landgericht Greifswald hat am 1. Mai den stud. med. Walter Grubel neben zwei Mitangeklagten, den Studenten Giese und Ruhe, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Nacht zum 3. Dezember gegen 2 Uhr sah der völlig nächtliche Dr. med. V. auf einer Straße in Greifswald eine Anzahl Studenten herankommen. Da es ihm klar war, daß sie fast angetrunken waren, bemühte er sich, mit ihnen nicht zu kollidieren und ging an das äußerste Ende des Trottoirs. Da aber die Studenten nebeneinander gingen und die ganze Breite des Fußsteiges einnahmen, so kam es, daß er mit dem Flügelmann etwas zusammenstieß. Die Studenten erblieben darin sofort eine Verleumdung und verlangten die Karte des Dr. V. Dieser sagte ihnen, er habe keine Karte bei sich, er sei aber Herr Dr. V. und wohne da und da. Dieses Verhalten erklärten die Studenten unter großem Lärm als unzufrieden, und plötzlich versetzte Giese dem Dr. V., ohne daß dieser ihn irgendwie geritzt oder beleidigt hätte, einen heftigen Faustschlag vor die Brust, während der Angeklagte Ruhe dem Arzt mit der Faust ins Gesicht schlug. Giese und Grubel schlugen dann noch mit beiden Stöcken auf den bestürzten Arzt ein, der sich seiner Angreifer nicht erwehren konnte. Das eine Auge des Dr. V. war darauf verletzt worden, daß er sich neun Wochen lang in der Klinik behandeln lassen mußte. Das Sehvermögen lief Gefahr zu verschwinden, es stellte sich aber allmählich wieder ein. Der dem Schlag ins Auge geführt hatte, konnte nicht festgesetzt werden, daß Grubel hat aber die Schuld hieran den Angeklagten Giese und Grubel, die mit Stöcken geschlagen hatten, beigemessen und mildernde Umstände für ausgeschlossen erachtet. — Die von Grubel allein eingelegte Revision wurde gestern von dem Reichsgericht verworfen.

Sociales.

Auf der Verbandsversammlung deutscher Arbeitnachweise in Köln sprach sich am Dienstag der Reichstags-Abgeordnete Generaldirektor Köhler scharf gegen die Arbeitnachweise der Unternehmer-Verbände aus. Er führte unter andrem an: Die von den Arbeitgebern oder den Arbeitnehmern selber erteilten Arbeitnachweise seien wohl die bedenklichste Art der Arbeitsvermittlung; denn in den meisten Fällen würden damit andre Zwecke als der Arbeitnachweis verfolgt. Diese Arbeitnachweise seien zu einem Kampfmittel geworden, und in diesem Kampf seien nach seiner Ueberzeugung die Arbeitgeber die härteren. Man dürfe es daher nicht zu einem Austrag des Kampfs kommen lassen. Wie richtungslos Arbeitgeber den Arbeitnachweis ausnützen wollten und werden, das habe sich auf der bekannten Versammlung vor zwei Jahren in Leipzig gezeigt. Dort habe man mit verblüffender Offenheit erklärt, daß man mittels des Arbeitnachweises eine Kontrolle über die Arbeiter schaffen will, nicht eine Kontrolle über die gewerbliche Qualität der Arbeiter, sondern darüber, wer höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit verlangt, für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintritt. Was diese Arbeitgeber für sich als ein unüberäußerliches Recht in Anspruch nehmen: ihre sociale Lage zu verbessern, das wollen sie durch ihre Arbeitnachweise den Arbeitern unmöglich machen. Das gehe aus den Witten hervor, die sie in Verbindung mit dem Arbeitnachweis gegen die Arbeiter anwenden wollen, besonders die schwarzen Listen und die Aussperrung. Wenn solche Maßnahmen allgemein eingeführt würden, so wäre die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, ja ihre Freiheit überhaupt untergraben; sie würden zu Hörsen herabgedrückt. Nachdem man die Arbeiter solchermassen brotlos gemacht hat, überläßt man sie der Fürsorge des Staats und der Gemeinde. Der Geist der auf der Leipziger Versammlung herrschte, läßt sich am besten daran erkennen, daß der Generalsekretär des Verbands deutscher Industriellen, des Verbands, der die größte Zahl industrieller Betriebe umfaßt, ohne jeden Widerspruch erklärte: die wirtschaftliche und sociale Gleichberechtigung der Arbeiter sei eine Utopie. Und der Vorsitzende dieser Versammlung verkündete, daß die Stellungnahme gegenüber den Arbeitern nichts andres sei, als ein Kampf gegen die Socialdemokratie. Als ob die nichtsocialdemokratischen Arbeiter nicht ebenfalls gleichberechtigte Bürger im Staat sein wollten! Um so erstlicher gegenüber diesen Verströmungen ist das Bestreben zur Schaffung gemeinsinniger, unparteiischer Arbeitnachweise.

Herr Köhler betonte ausdrücklich, daß ihm daran lag, als Arbeitgeber auf der gegenwärtigen Verbandsversammlung jenen Geist zu kennzeichnen.

Zur Frage der Gewerbe-Inspektion. In Aachen hatte die Gewerbeinspektion des Textilarbeiterinnen-Verbands dem Gewerbeamt Mitteilung ankommen lassen über Verstöße gegen die Vorschriften der Gewerbe-Ordnung seitens der Firma Erlens. Der Gewerbeamt untersuchte die Sache, fand aber alles in bester Ordnung. Von Seiten der Firma wurde schnell ein Grund gefunden, die Arbeiterin, welche der Gewerbeinspektion Mitteilung gemacht, zu entlassen. Auch wurde der Fabrikant von dem Schöffengericht freigesprochen. Nicht so die Strafkammer. Trotzdem der Gewerbeamt nichts gefunden, lagen soviel Verstöße betreffend Arbeiterinnenschutz vor, daß die Strafkammer zu einer Verurteilung kam.

Amliche Streikstatistik. * Nach den soeben erschienenen Vierteljahrsberichten zur Statistik des Deutschen Reichs, 3. Heft, wurden im 2. Quartal 1900 im ganzen Reichs 497 Streiks beendet. Begonnen wurden 402, während 88 der beendeten Streiks noch vor dem 1. April begonnen wurden.

In den beendeten Streiks waren 2300 Betriebe beteiligt, in denen 95 370 Arbeiter beschäftigt waren. Von den betroffenen Betrieben waren 578 völlig zum Stillstand gekommen. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter betrug 35 975; gezwungen feierten 3970 Arbeiter.

Als vollständig erfolgreich bezeichnet die Statistik 90 Streiks, als teilweise erfolgreich 214 und 103 als erfolglos.

Aussperrungen wurden 11 beendet. Begonnen im II. Quartal 7 und vorher 5. Von den beendeten Aussperrungen wurden 110 Betriebe betroffen, von denen 37 zu völligem Stillstand kamen. In den beteiligten Betrieben waren 4378 Arbeiter beschäftigt; die Höchstzahl der gleichzeitig Aussperrten betrug 2334. Gezwungen feierten 62. Von den Aussperrungen endeten 5 mit völligen, 5 mit teilweisem und 1 ohne Erfolg.

Gegen den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der den Unternehmer zur Fortzahlung des Lohns bei kurzen Arbeitsverhältnissen verpflichtet — falls nichts andres vorher vereinbart wurde, macht auch der Vorstand der Berliner Tischler-Jungung mobil. Er verbot den Mitgliedern der Jungung ein Kundstreich zu leisten, worin er sie auffordert, sich gegen diese Bestimmung durch besondere Abmachungen mit den Gesellen zu schützen. Zu diesen besonderen Abmachungen gehören natürlich, wie zum Hanen, immer zwei, und ob die Berliner Tischlergesellen das so richtig werden „abmachen“ lassen, möchten wir sehr bezweifeln.

Verksammlungen.

Die Tischler Berlins und der Umgegend (Vertrauensmänner, Centralisation) hatten am 10. September bei Thiels, Friedrichstraße, ihre Mitgliederversammlung abgehalten, in der Dr. Wehl einen

interessanten, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Das Reichs-Strichengesetz und die Mißstände in Krankenhäusern“ hielt. In der hierauf folgenden ausgedehnten Diskussion gaben mehrere Redner einiges über ihnen selbst widerwärtige Verhandlungen in Krankenhäusern zu hören, ferner wurde die Frage des Zwangs erwört. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß bereits ein gut Teil Wähler von Seiten der Kollegen zur Schaffung einer Bibliothek als Geschenk, teils gegen kleines Entgelt, abgegeben worden sind, und forderte er die Kollegen auf, weiter in dieser Weise zu verfahren.

Centralverband der Brauer. Die Sektion der Brauer tagte am 23. September im Gewerkschaftshaus. Nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Mitglieds Funtl wurde den Mitgliedern Bericht erstattet über die Urwahlvorstellung und die Kampfpartei. Funtl wies einen Ueberzich von 17 M., letztere ein Defizit von 64 M. auf. Sodann gelangte das Statut des Arbeitsnachweises für ringfreie Brauereien zur Diskussion, wobei lebhaft debattiert wurde, daß nicht alle ringfreien Brauereien daselbe unterzeichnet haben. Die Kommission hofft, daß sie die fehlenden Unterschriften noch erlangt. In das Kuratorium des Arbeitsnachweises entsandte die Versammlung die Mitglieder Böhm und Funtl.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 24. d. M. eine Braucherverammlung der Schöfner ab. Die Versammlung beschloß sich zunächst mit den Differenzen in der Werkstatt von Prahl. Von Seiten der beteiligten Arbeiter wurde hervorgehoben, daß von Lohn- oder sonstigen Differenzen nicht die Rede sein kann. Die bei den letzten Verhandlungen vereinbarten Lohnsätze würden imgehhalten und das Ausscheiden mehrerer Kollegen aus der Werkstatt könne nicht als Maßregelung betrachtet werden, sondern sei aus andren Gründen erfolgt. Nach diesen Berichten erklärte die Versammlung die Angelegenheit für erledigt. Eine längere Diskussion rief sodann das von der Jungung ausgearbeitete Krankenlassen-Statut hervor. Nach diesem Statut wollen die Jungungsweisen nur 1/3 der Beiträge bezahlen, beanspruchen jedoch die ausschlaggebende Rolle innerhalb des Vorstands und in der Generalversammlung einzunehmen. Zum Schluß wurde eine Kaiser-Kommission gewählt, welche eine Protestbewegung gegen das vorliegende Statut in die Wege leiten soll.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter tagte am 24. September bei Graumann, Rannhirschstraße 27. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Genossen Dr. Wehl über das Reichs-Strichengesetz und die Mißstände im Krankenhäusern. Im Anschluß an den Vortrag entwickelte sich eine rege Diskussion, in der mehrere Redner ihre Erfahrungen über mangelhafte Behandlung im Krankenhause und durch Kassenärzte zum besten gaben. Grundmann ertrug im Hinblick auf die geschilderten Mängel bei den nächsten Delegiertenwahlen zu den Krankenkassen sich zahlreicher zu beteiligen. Zu Vereinsangelegenheiten giebt der Vorsitzende bekannt, daß zum ersten Weihnachtstag die „Marian“ gemietet ist. Neu aufgenommen in den Verein wurden 13 Kollegen.

Treptow-Baumshulenkweg. Am 19. September hielt der Verein „Vorwärts“ seine Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Bericht des Vorstands und Neuwahlen. Aus den Berichten ist hervorzuheben, daß die Mitgliederzahl im letzten Halbjahr von 40 auf 53 gestiegen ist. Der Kassenbericht ergab einen Bestand von 106,50 M. Bei den Neuwahlen wurde als I. Vorsitzender Strohm, als II. Vorsitzender Karow, als Schriftführer Nielsen und als III. Kassierers Krause gewählt. Zu Revisoren wurden Krebs und Raab bestimmt. Da der Vertrauensmann für unsterk Ort aufgehoben wird, so wurde die Zeitungspedition dem Genossen Stod übertragen. Beschlossen wurde dann, die Versammlungen nur monatlich stattfinden zu lassen. Geringfügig wurde dann noch auf das am 20. Oktober stattfindende 3. Stiftungsfest des Vereins.

Vermishtes.

Eine Denkmalschändung ist in Glatz vorgekommen. Der „Schl. Jg.“ wird darüber berichtet: Als am Morgen des vergangenen Sonntags die Bürgerschaft aus ihrem Schlummer erwachte, stand ein Teil der schönen Promenaden unter dem Reichen bristlicher Festungsmauer. Eine hübsche, etwa vier Meter hohe Säule, gestützt von einem stehenden Adler, welcher das Mittelstück unserer Färber-Waflon-Auflagen schmückt, war total zertrümmert und der starke Eisenstab im Innern mit Gewalt zerbrochen. Die schweren eisernen Gitterbänke der Minoritenanlagen fanden sich in der Nähe des Kaiser Wilhelm- und Kriegerdenkmals, die Gnommen der Minoritenanlagen aber direkt vor dem Hauptportal der Polizei am Ringe, auf dem Löwenbrunnen mit zerfallenen Gliedern vor. Gegenüber des Landrats- und Ständehauses war eine große Base zerfallen und in den Promenaden am Denkmalsplatz waren viele Einfassungen und Becke demoliert. Kurz, es mißfiel sechs bis acht Personen stundenlang mit einem ziemlichen Getöse im Innern der Stadt, man vermutet, zwischen 12 bis 3 Uhr und in den Promenadenteilen, welche an Hauptverkehrsstraßen der Stadt liegen, wie die Vandalen gehaust haben, ohne daß sie die Wächter dabei gestört haben!

Explosion einer Dynamitfabrik. Wie bereits telegraphisch gemeldet, wurde am 24. d. M. die Dynamitfabrik zu Wahn vom Uly getroffen, ihr Rührhaus und Wäschhaus in die Luft gesprengt und drei Arbeiter dabei getötet. Die Fabrik gehört der Deutschen Sprengstoff-Aktiengesellschaft Hamburg und liegt 5 Minuten entfernt von dem benachbarten Dorf Linden. Sie besitzt ganz neue Mißgeschicksvorrichtungen, die noch im Frühjahr revidiert worden waren. Die beiden Werke waren durch hohe Erdwälle von einander getrennt, aber durch einen Kanal zur Leitung des Nitroglycerins verbunden. Die Explosion — 600 Kilogramm Det. flogen in die Luft — war von einer starken, weithin sichtbaren Bodenerstatterung begleitet. Von den beiden Wuden blieb kein Stück auf dem andren. Die Trümmer wurden Hunderte von Metern weit im Walde ringum gestreut. Von den Getöteten fand man nur eine verformte Leiche, die weitab an einem Baume hing und deren Identität sich nur durch einen Leibriemen feststellen ließ. Troy allen Suchens entdeckte man nur noch ein Rückenstück, dessen Zugehörigkeit nicht zu ermitteln war. Zwei der Getöteten sind verheiratet gewesen, der eine, Oelmeister Böste aus Westfalen, ist Vater von drei Kindern, der andre, ein Arbeiter Namens Rüpper aus Liebhure, ist Vater von 7 Kindern. Der dritte, Bender aus Wahn, war unverheiratet. Böstes ältester Sohn ist Freiwilliger in China. Vor 12 Jahren wurde die Fabrik von einer Explosion heimgesucht, bei der zwei Arbeiter den Tod fanden.

Der Typhus am Rhein. Bei dem in Koblenz garnisonierenden 68. Infanterie-Regiment ist der Typhus ausgebrochen; 30 kranke Leute wurden gestern ins Lazarett eingeliefert.

Ein frommes Veremtnis. Die „Wiener Volksblätter“ schreibt: Dankagungen an Heilige für erlangte Hilfe bilden eine reiche Einnahmequelle für römische Blätter von der Sorte eines Cinnamels. Ahe Marie usw. Im Juliheft des Cinnamels werden u. a. folgende Hilfeleistungen veröffentlicht: Bekehrung eines protestantischen Familienvaters, guter Hausverkauf, besserer Geschäftsgang, ein junger Mann hat sein Veremtnis mit einer Protestantin aufgegeben und sich „mit einer guten Katholikin“ (Walleroldschin?) verheiratet usw., und an Baden dafür aus Oesterreich 200,49 Kronen, aus Deutschland 388,43 Mark und aus der Schweiz 238 Franken „quittiert“! ... In einem andren Blatte dankt eine Frauensperson mit den folgenden tiefempfundenen Worten:

Durch die Fürbitte der allerheiligsten Jungfrau und die Mitwirkung des Herrn Pfarrer R. R. ist mein sehnlichster Wunsch erfüllt worden.

R. R. früher unfruchtbar. Also „durch die Mitwirkung des Herrn Pfarrers“ — fruchtbar geworden!

Warenhaus A. Wertheim.

Vor der Eröffnung
unsrer Neubauten Leipziger,
Voss- und Oranienstrasse.

Extra-Verkauf

Der Extra-Verkauf
dauert nur kurze Zeit.

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen.

Einen so billigen Verkauf
in allen Abteilungen werden wir
niemals wieder bieten.

Alle Waren

Die Extra-Preise sind
neben den bisherigen auf den
Preiszetteln vermerkt.

sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Wir heben heute folgende Artikel hervor:

- Engl. Batist-Taschentücher, weiss, mit Hohlraum **15 Pf.**
- Engl. Batist-Taschentücher mit bunt bedrucktem Hohlraum **23 Pf.**
- Damenhemden, Achselabschluss, Hemdentuch mit Spitze **1,50 Mk.**
- Damenhemden, Achselabschluss, mit handgestickter Passe **1,55 Mk.**
- Wirtschaftsschürzen, Cretonne mit Achselband **85 Pf.**
- Wirtschaftsschürzen, starker Gingham mit Volant **85 Pf.**
- Tändelschürzen, guter Satin mit Borte **70 Pf.**
- Tändelschürzen, hell und dunkel, in grosser Auswahl **1 Mk.**, regulärer Preis bis 3 Mk.
- Reinseidene Tändelschürzen, hell u. dunkel **1,95 Mk.**, regulärer Preis bis 4 Mk.

- Staubtuchtaschen, bunt bestickt, Aidastoff **48 Pf.**
- Tischdecken, mit Hohlraum, vorgezeichnet **35, 45 u. 50 Pf.**
- Tischläufer, mit Hohlraum, vorgezeichnet, Grösse ca. 45/135 cm **65 Pf.**
- Küchenhandtücher mit Hohlraum, reinleinen, vorgez. **65 Pf.**
- Stubenhandtücher, fertig gestickt **1,25 Mk.**
- Küchenhandtücher, fertig gestickt **1,25 Mk.**
- Deckenstoffe, gestreift u. kariert, ca. 150-180 cm breit, Meter **1,65 Mk.**
- Decken aus Aidastoff, fertig gestickt, ca. 50/50 cm gross **75 Pf.**
- Wäschebeutel, Kongressstoff u. Aidastoff, mit 2 Stäben reich bestickt **1,35 Mk.**
- Läufer und Decken aus Kongress- u. Aidastoff, fertig gestickt **2,40 Mk.**

Tapissier-Artikel: Ein grosser Posten angefangener Läufer, Decken u. Kissen auf Kongress- u. Wollstoffen; ferner ein Posten Gobelins in Figuren- und Blumenmustern, gestickt und vorgezeichnet, zum Teil zur Hälfte der regulären Preise.

Cohns Festsäle,
Beuthstrasse 19/20.

Empfehle meine Säle zu
Sammungen. Feste Sonntags-
und Sonntag nach frei für
Festlichkeiten.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Möbel,

nouveau u. gebr. **Müller,** Höchste-
billig **strasse 22**

Jedes
Wort: **5 Pfennig.**
Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr,
in der Hauptredaktion Beuthstr. 3
bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wald-Bankette. Hochwald, Vorort
an Schauffee, 40 Meter Straßenfront,
10 Minuten vom Bahnhof, verkauft
für 1200 Mark. Jores, Jaspersstr. an
der Seifner Villa. 11788

Gardinenhaus Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 735*

Gardinen-Specialgeschäft. Blumen-
strasse 8. Anerkannt vorzügliche Ein-
kaufsquellen für Gardinen, Stores,
Pausen, Tüllbette und Schmuck-
boden. 3172*

**Korallenbeige elegante Herren-Winter-
paletots und Anzüge** aus feinsten
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntags
und Sonntag. Versandhaus
Germania, Unter den Linden 21 II.

Wer Strümpfe und Unterhosen
braucht, verlange gratis und franco
Preisliste von Robert Diez, Stricker-
Gelenau (Gragebörge). 806

Betten, schöner neuer Stand, sofort
23 Mark, umgehende halber Adalbert-
strasse 78 I. rechts. 1625

Betten, Steppbetten, spottbillig
Verkauf Reanderstrasse 6.

Reinwaschmaschinen, goldene, Regula-
toren, spottbillig Verkauf Reander-
strasse 6. 36/11*

Teppiche, Gardinen, spottbillig
Verkauf Reanderstrasse 6.

Teppiche mit Herdenschürzen,
Fabriküberlage Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 735*

Umzugshalber sehr billig Ruchel,
Hind 28, Bismarckstr. Konditorische
Gängeleinen, Schlafstoffe, Steppputz,
Trennwäsche, Kollidierbureau, mahagoni
Regulator 10, Goldschmied 20,
Taschen, Ankleiderstrasse 20, Laden.

Perleumstramm, 12 Nichte, hoch-
feine Hängelampe 7,50, Plüschgarnitur
(rot), Garderobenspiegel 23, Patent-
schlafstoffe, Ankleider 4,25, Ruchel-
putz 12, Schlafstoffe, Schreibstühle
umzugshalber Ankleiderstrasse 20,
Laden. 3312*

Möbelverkauf zu solchen Preisen,
nach Teilzahlung. Kömer, Sebastian-
strasse 81. 27056

Ruchelmannmöbel, ganze Wirtschaft,
wie neu, spottbillig verkauft Joffener-
strasse 38, I rechts. 2872*

Möbelverkauf. Kleiderständer,
Bettstufen, Tische, Spiegel, Bettstellen,
Sofas, Küchenschrank, billige Sebastian-
strasse 70, I. 3082*

Schlafsofa, weiß gearbeitet, räum-
ungsdaher spottbillig Verkauf
strasse 43, Laden. 2855*

Piano bestes Fabrikat, umgehende
halber sehr billig, nach Teilzahlung,
Buchholzerstrasse 10, I links. 1435

Waschmaschinen Sparmaschine, Jodel-
sch 6, - Dreifach 10, - Waschlöffel-
eisen, Schneider-Nagelapparate billig,
Waschmaschinen 7, - Woblaner, Woblaner-
theaterstrasse 32. 2850*

Waschmaschinen, Maschinen, für
Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche,
Gewichtsunnahme, bessere Gewichts-
farbe, überaus schön, 14 Maschinen
3 Mark, 1/2, - Toune 3,50 effluve.
Nicht Maschinenzahl, Qualität ent-
scheidet. Fortsetzung in Ringler
Bismarckstrasse 152. 15/1

Allerweltfreund, wagenfährender,
früherer Spezialwagen, große
Schwampermaschine inklusive 1,25 M.;
alleiniger Fabrikant Jangas Sella.
Beste, billigste Bezugsgänge für Weine
und Spirituosen; alter Norddeutscher
Vier 50 Pfennig u. Brunnen-
strasse 110 (neben Straßenbahnendpost).
Kiliale: Kalkonnenallee 27. 1290*

Steppbetten am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstrasse 9, parterre.

Zwei Sofas, Tisch, verkauft billig
wegen Umzug. Deitzel, Kosenhofer-
strasse 13. 2106

Umzugshalber, ansehnlich, ver-
kaufe zwei Bettstellen, Matrassen,
Sofa, Hüfner, Woblanerstrasse 22,
Quergebäude parterre. 143

Reparatur Stargarderstr. 30
verkauft. 753

Teppichkäufer, gangbar, umgehende
halber sofort verkauft. Käberer
Gardenerstrasse 13, Lokal. 735

Materialwaren. Doh- und Ge-
mütleger, seit 20 Jahren bestehend,
ist veränderungshalber preiswert zu
verkaufen. W. Schütz, Berlin O.,
Blumenhofstrasse 1. 1447

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau. Rat, Schriftföhrer,
Bismarckstrasse 173. 1426

Elektrotechnik. Jaffon, Alte
Koselstrasse 24. Neuer Abendkurs
zur Ausbildung zum Elektriker
beginnt 1. Oktober. Monatlich
6 Mark. Vorlesung nicht erforder-
lich. Anmeldung persönlich. Den
Unterricht in diesem Kurss übernimmt
der Direktor der Anstalt, Herr
Ingenieur Müller persönlich. 1466

Potentialwahl Dammann, Moritz-
platz 57. 1160*

Blindheit! Wer sich über diese
schwerste Krankheit im Alter
unterrichtet will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Blind-
heit, welche unentgeltlich versendet
werden vom Leserverein Berlin,
Königsgrabenstrasse 108. Um gütigen
Eckdruck wird gebeten. 11616

Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
beiter fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bismarck-
strasse 58, 2. Hof parterre. 23876

Fahrräder repariert Zimmer,
Andreasstrasse 70. 28326

Vereinzimmer frei. Padermig,
Kommandantenstrasse 65. 2832*

Vereinzimmer empfiehlt Bier
Alte Jakobstrasse 119. 2888*

Zaal und Vereinzimmer empfiehlt
Jannasch, Inselstrasse 10. 2066*

Vereinzimmer Simeonstrasse 2 3
Hilf. 229K*

Kleines Vereinzimmer (Piano)
zu vergeben Schabed, Mariannen-
strasse 35. 1885*

Rechtsbureau Andreasstrasse 63
(neben Concordia). Gewissenhaft
Rechtsbeistand. 1966

Großes Vereinzimmer mit Pia-
no zu vergeben. Franz Schlichtner,
Petersonstrasse 67. 735

Vereinzimmer, Piano, em-
pfehl. Erdmann, Reichendergerstr. 16.

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes freundliches Bord-
zimmer, zweifelhäufig, an einen Herrn
zum 1. Oktober zu vermieten. Jacobson,
Dohstrasse 30, vorn III. 2908*

Freundlich möbliertes Zimmer für
1 Herrn (als Nebenwohner) sofort zu
vermieten. Fortstrasse 54, Seiten-
flügel III, bei Witwe Rosenthal.

Schlafstellen.

Freundliche, möblierte Schlafstelle
zu vermieten. Thiele, Große Frank-
furterstrasse 75, Quergebäude II
rechts. 2136

Schlafstelle zu vermieten. Niebig-
strasse 16, Quergebäude 3 Treppen
links bei Derrathe. 78

Stallgerichte 40, 4 Treppen,
eine Schlafstelle für Herren bei
Buchholz. 78

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stahlstecher bittet um
Arbeit. Stühle werden gut geflochten,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Gläser, Kulackstrasse 27. *

Stellenangebote.

Geübter Dreher gesucht. Gold-
schmiedefabrik Liegnitzerstrasse 15. 748*

Klempnerlehrling verlangt. Stange,
Dyppstrasse 48. 3182*

Werkst. Schneider-Werkstätten auf
weiss Papier und caustischen Stoff
verlangt S. Baumgarten, Reibel-
strasse 34, Meldungen von 12-2,
zweite Etage. 1676

Korbmacher verlangt. Heil,
Gr. Hamburgerstrasse 20. 748

Portierlehrling wird sofort
verlangt. Schmitz, Restaurateur,
Weihen, Deinerdörferweg 39.

Ordentliche Arbeitsburichen,
16 Jahr, gesucht. Goldschmiedefabrik,
Liegnitzerstrasse 15. 748

Tüchtiger Maschinenflößer, der
die Instandhaltung und Reparatur
vorhandener Maschinen besorgen kann,
verlangt. Köpcke, Reibelstrasse 187/188.

Tüchtige Barbiermacher verlangt
Max Beunhard, Goldschmiedefabrik,
Schlesischestrasse 31. 748*

Für unsere Bilderrahmenfabrik mit
elektrischem Betrieb suchen wir noch
drei tüchtige Rahmenmacher. Stellung
dauernd. Goff u. Co., Kurfürsten-
strasse 146. 2066

Werkführer. Eine große Pumpen-
fabrik sucht einen tüchtigen Werkführer,
der bereits eine Pumpenfabrik selbst-
ständig geleitet hat. Angenehme selbst-
ständige Stellung. Hohes Gehalt und
Gewinnanteil. Diskretion zugesichert.
Offerten unter B. 7 dieser Zeitung.

Tüchtige Metallschleifer verlangen
Dewitt u. Herz, Georgenkirchstrasse 24.

25 Weidenkränze sucht bei erhöhten
Preisen Holzschuhfabrik Landberger-
strasse 92. 2126

Cigarrenmacher, geübte Hand-
arbeiter für Hausarbeit, gesucht bei
J. Neumann, Kaiser Wilhelmstr. 38.

Lehrmädchen verlangt. Herren-
Hutgeschäft Berlin W., Charlotten-
burg, Joachimsthalerstrasse 2. 2066

Geübte Kartonarbeiterinnen werden
sofort verlangt. Heise, Waldemar-
strasse 51. 2046

Belegerin verlangt. Jores, Staller-
strasse 28. 748

Putzmann. Lehrmädchen, sofort
Bergütung. Wehr, Baumgarten, Kur-
strasse 23. 2076

Kartonarbeiterinnen, geübte, ver-
langt Schwandt, Neue Jakobstrasse 6.

Geübte Arbeiterinnen finden
sofort Beschäftigung. Allgemeine
Elektrizitäts-Gesellschaft, Schlegel-
strasse 26. 1796

Lehrmädchen gesucht (nach Ver-
zicht dauernde Beschäftigung) von
Blumen- und Federfabrik Hartung
u. Richter, Kommandantenstrasse 80, II.

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Ein tüchtiger 27/10

Lagerhalter

wird gesucht. Fort. Sonntags, den
29. September, nachmittags.
Konsumverein Berlin-Rixdorf,
Rixdorf, Rixdorfstr. 31.

Son einer großen Maschinen-
fabrik Süddeutschlands werden
tüchtige 35/9*

Monteure und **Schlosser**
für sofort gegen guten Lohn bei
dauernder Beschäftigung gesucht.
Angebote unter Aufsicht N. Z. 1905
an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Achtung! Tischler!

In der Möbelfabrikerei von
Zach u. Söhne, Markushof,
haben sämtliche Tischler wegen
Lohnunterschieden die Arbeit nieder-
gelegt.

Zugang fernhalten!

Achtung! Hutmacher!

Die Werkstätte von C. Hoffmann,
Blumenstrasse 30, ist gesperrt. Zugang
ist fernzuhalten. 86/4*

Die Cröberverwaltung.
(Zentrale Berlin.)

Achtung! Buchbinder! Falzerinnen etc.!

Folgende Verfassungen sind gesperrt:
Weichert, Neue Königsstr. 9.
E. Barischall, Neue Friedrichstr. 37.
H. Helmerich u. Co., Prinzenstr. 45.
Hager, Spandauerstr. 48.
Zirelsander, Köstr. 27.
Zirelsander, Reichsstr. 17.
Voh, Charlottenburg.
Vohbaum, Sebastianstr. 14.
Vohbaum, Ritterstr. 26.
Bertinetti, Bismarckstr. 10.
Maack, Schornstr. 12.

Chius-Worker.

Webcr.
Giehorn.
Kann.
Weihenborn.
Nöhrenbacher.
Jaffsch.
Blud.
Gerns.
Reichsstr. 26/1
Die Lohnkommission.

Die Einleitung der Wahlagitatio im 6. Berliner Wahlkreis.

Die Parteigenossen des sechsten Wahlkreises hatten, um einen Kandidaten für die Nachwahl zum Reichstag aufzustellen, am Mittwoch eine Versammlung im „Eiseller“ veranstaltet. Das Versammlungslokal war schon lange vor 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Mehr als 1000 Personen, die keinen Einlaß mehr fanden, standen auf der Straße, während der große Saal von einer dichtgedrängten Menschenmenge, deren Zahl gegen 4000 betragen mochte, gefüllt war. Den Vorsitz führte Eugen Ernst. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Gudach, die Ernennung eines Kandidaten für heute zu verlagern und dem Wahlverein Gelegenheit zu geben, daß er nach Rücksprache mit dem Parteivorstand die Kandidatenfrage behandle. Eine Versprechung im engeren Kreise sei notwendig. So hin erwiderte darauf, die Kandidatur sei bereits im engeren Kreise besprochen worden. Dem Wahlverein könne man die Entscheidung über die Kandidatenfrage nicht übertragen, denn das hieße ja, die Frauen, denen wir in Mainz die Mitwirkung zugesagt haben, bei dieser wichtigen Angelegenheit ausschließen. — Der Antrag Gudach wurde fast einstimmig abgelehnt.

Hierauf nahm Genosse Ledebour das Wort zu einem Vortrag. Er sagte: Wenn wir uns heute zur Aussprache über die Stellung der Partei zu wichtigen politischen Fragen zusammengefunden haben, so bedeutet wohl jeder von uns, daß der Mann nicht mehr an unsren Verhandlungen teilnehmen kann, den der Tod so jäh aus unserer Mitte fortgerissen hat: unser alter Vorläufer Wilhelm Liebknecht. Wir werden seiner gedenken, so lange die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung führt. (Weifall.) Einen Mann wie Wilhelm Liebknecht ehrt man nicht durch Trauer, sondern man ehrt ihn, indem man den frischen, fröhlichen Kampf, in dem er uns geführt hat, in seinem Geiste unerschrocken weiter kämpft. (Bravo!)

Gerade die jetzige Zeit hat Männer, wie Wilhelm Liebknecht eine war, nötig. Eine gewaltige wirtschaftliche Krise breitet sich vor. Sie gärt bereits in aller Welt, und nicht zum mindesten in unsem Vaterlande. Während der Zeit der wirtschaftlichen Prosperität glaubte die kapitalistische Welt, es ginge so fort bis in alle Ewigkeit und der Kapitalismus sei für immer gesichert. Aber schon folgen einander die Voten der Krise. Der Geschäftstag stößt in der Textil- und in der Eisenindustrie, und die Störungen in andern Zweigen müssen folgen. In jeder Werkstatt, Fabrik, und nicht minder in jedem Haushalt macht sich die Kohlennot bemerkbar, die von den Kapitalisten und Spekulanten benutzt wird, um dem Volke dies notwendige Lebensmittel ungemein zu verteuern. (Weifall.) Zu dieser Zeit, wo die wirtschaftliche Krise hereinbricht, stürzen sich die herrschenden Kreise in auswärtige Abenteuer und beschwören dadurch eine politische Krise herauf, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Dabei werden die wirtlichen Rechte, welche unsre noch nicht ausgegorene Verfassung dem Volke gelassen hat, vollständig als nicht existierend behandelt.

In dieser Krise ist es allein die Sozialdemokratie, welche mit festem Blick ein klares Ziel verfolgt und den Kampf aufnimmt gegen die unhaltbaren Zustände, die sich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet herausgebildet haben. Woher die wirtschaftliche Krise rührt, die sich jetzt in der ganzen Welt bemerkbar macht, das braucht man den Sozialdemokraten nicht eingehend zu erklären. Sie wissen es. Aber die bürgerlichen Parteien stehen der Krise verblüht gegenüber, und doch sind die Krisen begründet in der Natur des Kapitalismus, sie sind eine notwendige Folge der Ausbeutung, womit der Kapitalismus die Arbeiter bedrückt. Der exprobierte Mehrwert ist es, der immerfort zur Ueberproduktion verleitet. — Den Anstoß zur gegenwärtigen Krise gab der schmachvolle Krieg in Südafrika und der nicht minder schmachvolle Kampf gegen China. Die Kapitalisten glaubten, durch Eroberung neuer Absatzgebiete in fremden Weltteilen werde die Produktion anschwellen. Das Gegenteil ist eingetreten. Auch wir sind für Vermehrung des Absatzes, aber wir wollen das nicht erreichen durch Unterjochung fremder Völker und Eroberung fremder Länder, sondern indem wir für die einheimischen Arbeiter höhere Löhne verlangen, damit die Masse des Volke im stande sei, die Erzeugnisse der Industrie zu kaufen. (Weifall.)

Wir Sozialdemokraten haben aber auch nichts einzutenden gegen den Absatz deutscher Produkte in aller Welt, aber wir wollen das dadurch ermöglichen, daß wir mit aller Welt in Frieden leben und freie Verkehrs- und Handelsbeziehungen zu andern Völkern aufrechterhalten. Wir wollen es verhindern, daß fremde Völker in Angst leben müssen, ob nicht irgend eine gepanzerte Faust in ihr Gebiet eindringt und dort packt, was ihr gefällt. (Lebhafte Weifall.)

Es ist charakteristisch, daß wir jetzt auch das wirtschaftliche Ideal liberaler bürgerlicher Parteien: den Freihandel, gegenüber dem Bürgerthum und der Regierung verfechten müssen, ebenso wie die bürgerliche Ideale der Demokratie. Es ist nicht wahr, daß die bürgerliche Welt im Zeichen des Verkehrs lebt. Sie lebt im Zeichen der Verleththeit. (Lebhafte Weifall.) — Vor Jahren kamen einige bürgerliche Pfifflüsse auf die Idee: Wir müssen Kolonien haben. Wo eine Sandwüste oder ein verlassenes Fieberneuland war, da wurde zugegriffen. So haben wir die afrikanischen Kolonien bekommen, die uns zwar nichts einbringen, aber — wie der Redner des nächst darlegte — ungeheure Summen kosten.

Noch verdammenswerter wie die Kolonialpolitik, welche die Gräuel der Kiste, Peters, Wehlan zeitigte, ist das chinesische Abenteuer. Der Redner erzählte an der Hand der bekannten Thatsachen die Anfänge und den weiteren Verlauf der Vorgänge in China. Er zeigte, daß die Eingriffe der europäischen Mächte, allen voran die deutsche Pachtung von Kiautschou zu der chinesischen Volkserhebung geführt haben und verurteilte, wiederholt von lebhaftem Weifall unterbrochen, auf das entschiedenste die abenteuerliche Chinapolitik der deutschen Regierung, insbesondere das verfassungswidrige Verhalten derselben. Nachdem der Redner ausgeführt hatte, daß die Mehrheit der bürgerlichen Parteien, j. voran das ausschlaggebende Centrum, der verfassungswidrigen Uebertragung des Reichstags stillschweigend zustimme, fuhr er fort: Allein die Sozialdemokratie ist es, welche diese Politik ungeweiht verurteilt, und die Empörung dagegen zum Ausdruck bringt, die die Brust eines jeden Manns gegenüber so einem solchen Vorgehen durchlöcheren sollte. (Lebhafte Weifall.) Genau so, wie unsre englischen Genossen gegen den Feldzug in Südafrika, so protestieren wir gegen den Krieg in China. Die Vorgänge in Südafrika zeigen uns, daß nicht die Operationen des deutschen China-Abenteurers, auch nicht der Absolutismus, der dabei hervortritt, das wesentlichste an dieser Geschichte ist, sondern daß es sich in Südafrika wie in China um einen kapitalistischen Raubzug handelt, und daß es den Kapitalisten hier wie dort ganz gleich ist, wer sie bei diesem Raubzug fahrt.

In aller Welt bereitet sich ein gewaltiges Ringen vor zwischen den Arbeitern und den kapitalistischen Ausbeutern. Wir werden diesen Kampf durchführen, bis der Kapitalismus besiegt am Boden liegt. (Weifall.) Wie sieht es denn bei uns aus? Auf der einen Seite eine Regierung, die im Jizackurs hin und her schwankt, und ein Bürgerthum, das nicht weiß, was es will. Auf der andern Seite aber die kampferprobten, geschlossenen Reihen der Sozialdemokratie. Und diese nützlichen zerfahrenen bürgerlichen Parteien sind es, die fortwährend auf unsre Spaltung rechnen. Sie haben sich stets getäuscht und werden sich noch oft täuschen. Wir sind eine jugendfrische, in steter Fortentwicklung begriffene Partei. Jeder von uns ist durchdringt von Kampfesmut. Wägen wir auch noch so oft Meinungsverschiedenheiten unter uns haben: wenn es zum Kampfe mit dem Gegner geht, dann stehen wir alle zusammen unter dem einen roten Banner, ein Herz mit einem Kampfsauf, ein Ziel. Unser Endziel, die Aufhebung des Kapitalismus und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist das notwendige Ergebnis

der wirtschaftlichen Entwicklung. Dies Bewußtsein giebt uns die frohe Siegeszuversicht, um die uns die bürgerlichen Parteien beneiden. Lassen Sie sich auch in dem bevorstehenden Wahlkampf, von diesem Bewußtsein durchdringen, dann wird der Sieg nicht ausbleiben. (Stürmischer Weifall.)

Da zur Diskussion über den Vortrag niemand das Wort nahm, so schritt man zur Aufstellung eines Kandidaten für die Reichstagswahl. Genosse P. Farr schlug im Auftrage der Vertrauensleute, des Wahlvereins-Vorstands, der Abteilungs- und Bezirksführer den Genossen Ledebour vor. (Bravo.) Aus der Mitte der Versammlung wurden noch vorgeschlagen: Meyner, Wömelburg-Hamburg, Dr. Friedeberg, Dr. Arons.

Kater fragt an, in wie vielen Wahlkreisen Ledebour eigentlich engagiert sei? Es sei doch auch von einer Kandidatur in Halberstadt die Rede gewesen. Ledebour antwortet: Von Halberstadt sei ihm im Frühjahr die Kandidatur für die nächsten allgemeinen Wahlen angeboten worden, zu deren Uebernahme er sich bereit erklärt hätte. Ehe es aber zur definitiven Aufstellung in Halberstadt gekommen sei, hätten ihm Genossen des sechsten Berliner Kreises die Kandidatur für die sofortige Nachwahl angetragen. Er habe daraufhin die Kandidatur in Halberstadt rückgängig gemacht.

Da von den übrigen Vorgesetzten niemand amwesend ist, will der Vorsitzende Ernst über die Kandidatur Ledebour abstimmen lassen. Gudach widerspricht dem und verlangt Vertagung der Angelegenheit. Er führt unter Lebhafter, andauernder Umrufe der Versammlung aus, die Vorgesetzten, die zum Teil in Paris seien, müßten befragt werden, ob sie annehmen. Er könne erklären, daß Wömelburg zur Annahme bereit sei. Redner empfiehlt die Kandidatur Wömelburg mit der Begründung: Akademiker seien genug in der Fraktion, auch einzelne größere Berufszweige seien vertreten, aber ein Vertreter des Bauernstandes fehle, und ein solcher hätte die Bedeutung des Unfallses sehr gut wirken können im Interesse der Bauarbeiter. Akademiker könnten das einschlägige Material nicht so verwerten wie ein Fachmann.

Von anderer Seite wird verlangt, daß über die Vorgesetzten diskutiert werden soll. Es entsteht eine kurze Geschäftsordnungs-Debatte. Die Versammlung entscheidet sich dann fast einstimmig dafür, daß die Nichtanwesenden auch nicht in Betracht kommen. (Auf: Vorgevollmächtigter Art.) Der Vorsitzende will nun über Ledebour abstimmen lassen. Wieder gehen einige Wortmeldungen ein. Es wird Schluß der Debatte beantragt. Gudach spricht unter lebhafter Umrufe gegen den Schluß und bezeichnet das Verfahe als Ueberwälzung der organisierten Genossen. (Lebhafte Rufe des Unwillens.) Der Schlußantrag wird mit übergroßer Mehrheit angenommen und darauf Genosse Ledebour mit allen gegen etwa 20 Stimmen als Kandidat proklamiert. (Lebhafte Bravorufe und anhaltendes Händeklatschen.)

Ledebour: Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir durch Uebertragung der Kandidatur bewiesen haben, und werde mich nach besten Kräften bemühen, die Aufgaben, welche mir zufallen, zu lösen. Ich hoffe, daß auch die Genossen, die mit meiner Kandidatur nicht einverstanden waren und die natürlich vollberechtigt waren, andre Vorschläge zu machen, mit uns zusammenarbeiten werden, damit der sechste Wahlkreis als Hochburg der Sozialdemokratie erhalten bleibt. Verlassen Sie sich nicht darauf, daß Liebknecht mit großer Majorität gewählt worden ist, sondern agitieren Sie so, als wenn es gelte, den Kreis erst zu erobern. Nicht nur darauf kommt es an, daß wir einen Kandidaten durchbringen, sondern daß wir durch eine mögliche große Stimmengahl Protest einlegen gegen die Weltpolitik und das herrschende System. (Weifall.)

Nachdem die Versammlung die Vertrauensleute des Kreises als Wahlkomitee eingewählt hatte, brachte der Vorsitzende ein Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in das die Anwesenden begeistert einstimmten.

Das hungernde Rußland.

Vor kurzem durchwanderte ich die russischen Abteilungen auf der Weltausstellung zu Paris; betrachtete aus den Fenstern der luxuriösen Salonwagen das sibirische Panorama, bewunderte die Naturgröße Rußlands, ließ den Phrasenschwall einer jungensfertigen Dame über mich ergehen, die mir unständlich klar machte, daß „das Kuratorium der Nahrungsmittel“ Wunder wirke, um dem „Muschel“, der bisher ein gewissenloser Käufer war, das Leben recht angenehm zu machen, vertiefte mich in die Kartogramme, in denen dargestellt wird, welche menschenfreundliche Gesinnung der russische Beamte, Grundherr und Fabrikbesitzer hegt. — Jetzt legt vor mir ein deutsches Buch: „Das hungernde Rußland“ — und zum — ich weiß nicht wie vielen Mal — schlage ich darin die Photographie des Wächter Schamuhoff Aktjamoff auf, die Photographie eines hungernden Tatarenknaben, eines lebenden Skeletts!... Ja, die Verfasser haben recht, auf der Ausstellung „gibt sich das zarische Rußland als das Rußland der Opulenz“ — sie zeigen in ihrem Buche die Rückseite der Medaille — das hungernde Rußland. Man spürt das Bedürfnis, hinzusehen und in den Salonwagen, über den Schaulästen der Industriellen und der großen Fischhändler, über den Kartogrammen und an den Wänden des idyllischen „Vollstehzimmers“ das Bildnis des hungernden Wächter, das Bildnis einer Hütte, deren Strohdach die hungrigen Röhre aufgefressen haben, das Bild eines ausgestorbenden Dorfes hinzuhängen, als Protest gegen die Lüge, die da der Welt vorgegaukelt wird.

Es ist eine furchtbare Anklage, die die beiden Autoren dem Zarentum entgegenstellen, und diese Anklage wirkt um so wichtiger, als jedes Wort, das die Ankläger sagen, mit zermalnendem Thatsachenmaterial bekräftigt wird. Ein Arzt und ein Nationalökonom, beide ausgerüstet mit dem ganzen wissenschaftlichen Apparat, der befähigt, den Dingen auf den Grund zu gehen, beide mit hervorragender Beobachtungsgabe, die geschärft ist durch sozialistische Schulung, haben sich den Einblick in die Zustände im Hungergebiete des Zarenreichs erzwungen; schonungslos reihen sie den Vorhang von dem furchtbaren Wilde der Verwüstung eines von Natur überaus reichen Landes, die ein niederträchtiges Regiment bewirkt hat. Das echt wissenschaftliche Werk ist so geschrieben, daß der Leser vollständig in den Bann dieser Darstellung gerathen wird. Es sind eben nicht nur gelehrte Fachleute, die das Buch geschrieben haben, sondern Leute mit tief fühlendem Gemüt, deren Herz mitspricht, selbst wenn sie scheinbar kühl und vorständig abwägend Zahlen an Zahlen reihen.

Die Reise führte die beiden Forscher über Litaunen nach Petersburg, von dort nach Moskau, Nischni-Rogorod, Kasan und sodann im weiten Bogen durch das Hungergebiet, die Gouvernements Kasan, Wjatska, Ufa, Samara. Die Schilderung der russischen Städte und der Reise auf der Eisenbahn und den Flußdampfern, giebt die flüchtigen Eindrücke wieder, die bei kurzem Aufenthalt entstehen, sie ist besonders interessant als Einführung zu den darauf folgenden qualvollen Stimmungen, die das russische Dorf, der hungernde Muschel, erregen.

Es war kein geringes Wagnis, so ohne weiteres im Reiche der Armut mit der Laterna des Diogenes herumzuleuchten. Ein echtes Opusculum, dessen Gefahren wohl nur von denen richtig gewürdigt

*) Dr. C. Lehmann und Parvus. Verlag von J. G. W. Dietz, Stuttgart.

werden können, die persönlich Bekanntschaft mit dem Regime Väterchens gemacht haben.

Von dem kleinen Orte Muscha an der Rama beginnt die Reise auf der „Sibitka“, dem russischen Banerwagen, ins Innere: „Also hier ist das Reich des Hungers! Wenn wir zu Hause in der Zeitung lesen, daß in diesem Lande eine Hungernot herrscht, so malt sich uns auch die Natur in düsteren Farben: eine endlose Wüste und ein grauer Himmel. Ja, wir glauben noch immer, trotz unsrer rationalistischen Anschauungen, daß wir, die aufrecht gehenden Zweifler den Mittelpunkt des Universums bilden und alles sich nach unsrer Stimmung richten muß. Freuen wir uns, so lachen Thal und Berg, und beschleicht uns Kummer, Not, Verzweiflung, so legt sich ein bleischerer Himmel um die weinende Erde! So besägen uns auch seit Jahrtausenden unsre Verdmacher.“

Der lachende russische Jüngling, der sich ungestüm Wahn brüht, das ist der erste Eindruck der Scenerie. Aber alsbald ändert sich das Bild: die Felder sind jämmerlich befestet; der Bauer war außer stande, für die nächste Ernte zu sorgen; er selbst krank und abgezehrt, das Vieh zum Teil verkauft oder gefallen, was übrig blieb, halb verhungert. „Da stehst Du es Herr — erklärt der Kutscher den Reisenden — sind denn die Felder unbefestet geblieben.“ Und gleichzeitig tritt auch die ganze sociale Seite der Frage in den Vordergrund: Mit den elend befesteten Feldern wechselt andre, die besser befestet sind und prompt folgt die Erklärung: es ist „herrschastliches“ Land, der Acker des Gutbesizers!

Nun geht es in das erste Hungerdorf: 1500 Einwohner, 200 Höfe und davon können 5 Höfe „mit ihrem eignen Getreide bis zur nächsten Ernte auskommen“. — Ein Haus mit abgedecktem Strohdach. „Es ist wohl nicht bevohnt?“ lautet die Frage. „Aber doch! Allein was wollen sie thum? Das Stroh ist längst verbraucht und mit etwas muß man doch das Vieh füttern. Der Bauer hungert lieber und leidet Frost, um nur seinem Vieh Futter zu verschaffen. Jetzt ist es nicht mehr so schlimm. Aber wie wurde der Winter überstanden? Bei dem ungeheizten Ofen und als der scharfe Nordwind durch die Lüden zog — da gab es ein Jähnelappern, darnherziger Gott verzeihe und verschone uns. — Der Pope spricht die letzten Worte mit bewegter Stimme und auf seinem blassen Gesicht malt sich Schreden“. — „Jetzt ist es nicht mehr so schlimm“, heist es, aber was die beiden Besucher auf ihrer Wanderung sehen, das ist noch immer entsetzlich! Vom Elend und Hunger apathisch gewordene Menschen, die meisten vom Storbud, der furchtbaren Hungerkrankheit befallen, mit steifen geschwollenen Gliedern, mit widerlichen Geschwülsten und Wunden bedekt. Die Hütten — das Bild der Verwahrlosung und des Elends; was irgend verläßlich war, wurde verkauft um Nahrung zu beschaffen; es mangelt an jedem Gerät, an Kleidung, an allem. An den Wänden der halbverhungerten Frauen zum Skelett abgemagerte Kinder. Unter den Erwachsenen hat der Tod furchtbare Ernte gehalten, und noch mehr unter den Kindern. Aber selbst was dem Tod entgangen ist, hat für immer einen furchtbaren Stoß erhalten. Eine ganze Generation ist hier der Verheerung ausgefallen. — Wo der Mangel sich einstellt, da kommt die Seuche unfehlbar. Der Arzt führt uns eine ganze Krankenkollektion vor: Keben dem Storbud und dem Hungertyphus grassierten im Hungergebiete Pocken, Masern, Scharlach, Diphtherie, Dysenterie, Lungenentzündung, Infuenza, sibirische Pest (Witzbrand). Und furchtbar lautet sein Urtheil: „Der russische Bauernstand, auf dem die Kraft und Hoffnung des Landes ruhen soll, ist durch und durch verseucht... Die geeigneten Bedingungen (für die Seuchen) sind im russischen Hungergebiete in reichem Maße vorhanden. Die Armut ist das Saateer der Infektion. Die Bekämpfung der Armut ist wichtiger als die Gründung eines Heilserums für jede einzelne Krankheit. Auch die persönliche Reinlichkeit ist Sache des Wohlstands. — Die Durchführung der öffentlichen Reinlichkeit ist die Aufgabe des Staats und der Gemeinden. Ein Land, das diese Pflichten vernachlässigt, wie sie in Rußland vernachlässigt sind, kann nicht zu den Kulturstaaten gerechnet werden.“

Wie konnte es dazu kommen, daß die Mäherne zur Hungersnot ansetzte, daß der Hunger und die Seuche Millionen Menschen befallen konnten? In der gleichen Zeit hat Rußland noch Getreide exportiert, in der gleichen Zeit hat das Zarentum 90 Millionen Rubel für Kriegsschiffe und 100 Millionen für neue Kanonen verausgabt! Hilfe war möglich, warum wurde nicht geholfen? Darüber geben uns die Verfasser genaue Auskunft, wie sie bei früheren Hungersnöden — sie gehören ja nicht zur Seltenheit — niemals gegeben wurde.

Der „wohlwollenden“ Regierung Väterchens ist die Sache höchst unbequem: Sie kostet Geld, schädigt den Kredit und das Prestige. Die Beamten der niederen Rangstufe fällen sich solidarisch mit der Regierung, weil ihnen der hungernde Muschel Schereereien ohne Ende bereitet, weil das ganze bürokratische Regime außer Rand und Band kommt. So beginnt denn der Kampf zuerst um Anerkennung des Wohlstands. — Der Bauer, durch das nicht endende Elend abgestumpft und jeder Energie beraubt, unwillig und unbeholfen, hat kaum die Möglichkeit, sich Gehör zu erzwängen. Aber es giebt selbst auf dem russischen Dorf Menschen, die das Unglück heran nahen sehen — der Geistliche, der Lehrer, der Arzt versuchen an die Öffentlichkeit zu appellieren. Aber es ist nicht leicht, die Stimme zu erheben, da eben auf einen Wink der Behörde der Censur jede Mitteilung in der Presse unterdrückt. Dann ist das „Sensitoo“ eine Art Selbstverwaltungsbeförde, direct interessiert, die Sachlage aufzudecken, weil schließlich diese Korporation mit ihren Mitteln eingreifen muß, um zu helfen, während diese Mittel sehr beschränkt sind. Doch auch das Sensitoo hat nicht die Macht, der Welt die einfache Thatsache mitzuteilen, daß der Bauer hungert, so lange der Gouverneur es nicht wünscht, daß diese Wahrheit bekannt werde. So wurde denn der Kampf monatelang geführt: Die „Tschinowitsch“ (Beamten) konnten den Wunsch nicht leugnen, aber sie leugneten den „außerordentlichen Notstand“. „Es ist, wie immer“, erklärten sie. „Für mich — sagt Parvus — sind diese stereotypen Antworten die furchtbarste Anklage des Systems, denn im Grunde genommen, enthalten sie nichts als die Anerkennung des chronischen Notstands. Die Konsequenz der Tschinowitsch ist freilich: da die Zustände keine „außerordentlichen“ seien, so brauche es auch keiner außerordentlichen Maßnahmen, also keiner Unterstüzung.“

Endlich aber, nach monatelangem Ringen, errang die öffentliche Meinung trotz aller Vertuschungskünste und Vergehwaltungen der Beamtenwelt die Anerkennung der Nothlage, und nun endlich begann die Hilfsaktion. Aber jetzt war es auch zu spät, selbst wenn man helfen mochte. Bei der Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel, bei dem Wirrwarr und dem Schlandrian, der das bürokratische System kennzeichnet, und schließlich bei der Anwesenheit der Regierung, die kaum Tausende hergab, wo Millionen nötig waren, mußte die Hilfe zu spät kommen und war ungenügend. Der Hunger und die Seuche behaupteten das Feld.

Als ein liches Bild in dieser Welt des Jammers, der Völligkeit und des Uebermügens erscheint den Verfassern die Opser-

Freudigkeit, der grenzenlose Idealismus der „Intelligenz“ der russischen Jugend, die hinstrebt, um ihre Kräfte im Dienste für die „Hungersnden Brüder“ aufzureiben.

Und diese Intelligenz hätte wohl mehr geleistet, wenn nicht auf jedem Schritt ihr Schwierigkeiten von dem offiziellen Ausland bereitet worden wären. Hier ein klassisches Beispiel: Es hatte sich eine Organisation gebildet, die hauptsächlich aus dieser Intelligenz sich rekrutierte; nach schwerem Kampf war es ihr gelungen, auch nur gebildet zu werden, um neben der unzureichenden offiziellen Organisation des „roten Kreuzes“ wirken zu können. Als schließlich die Speiseanstalten dieses Komitees eingerichtet waren, wandte sich der Gouverneur mit dem ungeheuerlichen Ansuchen an die Leiter, die Rationen der Speiseanstalten herunter zu setzen. „da der Unterschied zwischen diesen und denen des roten Kreuzes im Volle verschiedene Gerichte hervorruft und das Volk zu der Vermutung führe, daß die Leiter des roten Kreuzes sich Unredlichkeit zu Schulden kommen lassen!“ Die Wahrheit war, daß in den offiziellen Speiseanstalten die Verpflegung derart war, daß dort der Storbild um sich griff.

Das offizielle Ausland war nicht im Stande, den Hunger zu bannen, und damit allein ist es gerichtet. Worin liegt aber die Ursache der immer heftiger auftretenden Hungersnöte? Darauf sucht Parvus in einer eingehenden Untersuchung die Antwort. Das Fazit ist folgendes: „Die periodisch wiederkehrende Hungersnot ist kein Zufall, keine Heimtücke, für die niemand verantwortlich, als das geheime Willen der Natur! Sie ist eine sociale Erscheinung, sie ist das Werk von Menschenhänden, sie ist das Ergebnis einer ökonomischen Entwicklung und eines politischen Systems. Wenn auch die allgemeine, akute Hungersnot mit ihren hunderttausenden von Menschenopfern nur alle vier, fünf Jahre wiederkehrt, so verschwindet die partielle Hungersnot, die daselbst Unheil in kleinerem örtlichem Maßstab wiederholt, niemals. Das hungersnde Ausland ist eine konstante Erscheinung, und die Hungersnot, die allgemeine wie die partielle, ist nur ihre maranteste Ausdrucksform.“ — Das Gebiet auf dem 1808/9 die Hungersnot wütete, gehört zu dem Gebiete der „Schwarzerde“, jenem Gebiet, das bis auf den heutigen Tag als ungemein fruchtbar gilt. Ohne Düngung, selbst bei unzureichender Ackerbestellung, lieferte dieser schwarzerdige Boden bisher auskömmliche Ernten. Jetzt aber ist dieser Boden erschöpft, und außerdem haben sich die klimatischen Verhältnisse infolge der Vernichtung der Wälder verschlechtert. — Ein Ackerbau ohne Düngemittel läßt sich auf dem Gebiete der russischen Schwarzerde nicht mehr führen,“ lautet einer der Schlüsse. Einen anderen Ackerbau aber kann der russische Bauer nicht führen. Vor kurzem erst der Leibeigenschaft ledig, wird dieser Bauer aufsuchbar von dem Staat ausgezogen, den ganzen Reinertrag seiner Wirtschaft konfisziert der Steuerernehmer und was etwa noch übrig bleibt, das nimmt der Bauer. Wo soll der Bauer da die Mittel hernehmen, um zu einer rationelleren Bewirtschaftung zu gelangen, woher soll er das Vieh nehmen, um Düng zu erhalten, womit soll er das Vieh ernähren, um es zu der intensiven Arbeit fähig zu machen, woher soll er das Ackergerät beschaffen? Er ist dazu außer Stande. Nur zu einem Mittel konnte er greifen: Früher gab es mehr Brachland, der Acker ruhte einige Zeit, und konnte dann abermals trotz der unzureichenden Weaderung eine, wenn auch spärliche Ernte liefern. Jetzt versucht es der Bauer, diesem Boden in kürzester Frist eine Ernte abzumögen und — der Boden versagt. Die Brache, die man ihm versagt, erzwingt sich der Boden. Er streift so zu sagen, er fördert nichts mehr zu Tage; das ist der Miskwaß. — Man fragt sich warum unter diesen Umständen nicht das Bauerland in die Hände kapitalistischer Güterbesitzer übergeht, die im Stande wären, eine rationelle Wirtschaftsform einzuführen. Darauf giebt uns der Verfasser die Antwort, die sich dahin zusammenfassen läßt: Die rationelle Landwirtschaft bedeutet heute kapitalistische Wirtschaft; sie hat zur Voraussetzung die kapitalistische Entwicklung des ganzen Landes — volkreiche, konsumfähige Städte, ausgiebige Verkehrsmittel, entwickelte Kreditverhältnisse, verfügbare proletarische Arbeitsmassen. Alles das fehlt im östlichen Ausland und die Folge ist, daß der russische Güterbesitzer im Grunde genommen keine Landwirtschaft treibt. Er verpachtet das Land in irgend einer Weise an den Bauern, läßt es von ihm mit demselben ungenügenden Ackergerät bearbeiten. Der Unterschied besteht einzig darin, daß der ausgedehnte Bezirk den Güterbesitzer im Stande setzt, den Boden zu schonen, und — daß der Güterbesitzer pro Bodeneinheit fünf mal weniger an Steuern zahlt, als der Bauer. Die Amerikaner konnten eine kapitalistische Landwirtschaft auf der Steppe schaffen, gleichsam aus dem Boden stampfen. Die Russen können es nicht, weil die ganze bisherige sociale Entwicklung sie darin hindert, weil die Kette der Leibeigenschaft ihnen noch nachhängt, und schließlich, weil sie unter dem Alp des zarischen Regimes, das jede Entwicklung hemmt, leiden. — Und so eröffnet sich dem für Russland, wenigstens für den russischen Osten trotz seines natürlichen Reichtums eine furchtbare Perspektive, die der Verfasser wie folgt entwirft: „Was nicht Palästina einst das Land, in dem „Milch und Honig“ floß? Wo sind die feuchten Wälder und fruchtbaren Thäler Kleinasiens hin? Kaum kriecht noch eine spärliche Bevölkerung ein elendes Dasein an den Stätten, wo früher üppiger Landbau eine vollreife Kultur ernährte. Ein großer Teil der Steppen und Wästen in den Flachenebenen Spaniens trug einst reiche Wälder und war fruchtbares Land. Eine fortgesetzte Verwüstung der Natur — Vernichtung der Wälder, ohne für den Nachwuchs zu sorgen, Ausbeutung des Bodens, ohne die Nährkräfte zu ersetzen — das hat im Lauf vieler Jahre dieses Ergebnis gezeitigt. Auf dem Wege einer solchen Entwicklung befindet sich das östliche Ausland, das russische Hungergebiet.“

Während so ein gewaltiger Teil des zarischen Reichs in dieser Verfassung sich befindet, will uns Herr Witte, der Finanzminister, glauben machen, er wisse rein nicht mehr, wohin mit dem Gelde, wie er das vor wenigen Wochen durch geschäftige Reporter der Welt verkünden ließ. In unrem Wuche finden wir ein reichhaltiges Kapitel, das den russischen Finanzen gewidmet ist. Es ist das ein gewiß schwieriges Kapitel, denn man weiß schließlich über die Einnahmen und Ausgaben nur, was die Finanzminister der Welt vorzureden für gut erachten und das Papier ist geduldig. Zum Glück ist auch das Schwindeln kein so ganz einfaches Geschäft und hauptsächlich auf die Widersprüche, in die sich die russischen Rechenmeister verwickeln, stützt der Verfasser seine Kritik. Schließlich bleibt des Rätsels Lösung — die Pumpwirtschaft. Im Jahre 1887 betrug die russische Staatsschuld 4357 Millionen Rubel, 1899 6109 Millionen, in zwölf Jahren also hat Russland 1782 Millionen Rubel, gleich 3 1/2 Milliarden Mark zusammengepumpt. „Durchschnittlich werden pro Jahr 146 Millionen Rubel neue Schulden aufgenommen. Das ist das Geheimnis aller Geheimnisse der russischen Finanzwirtschaft.“ Nun sind aber die Steuerquellen faktisch erschöpft, die Ausgaben wachsen rasend infolge der Eroberungspolitik, die trotz aller Friedensschalmeien unentwegt fortgesetzt wird.

Herr Witte hat den klugen Plan gefaßt, durch treibhausartige Förderung der Industrie neue Einnahmequellen zu erschließen; es ist auch in der That eine staunenswerth schnelle Entwicklung eingetreten, dank dem Hereinstromen fremden Kapitals. Aber diese Entwicklung muß sich notwendigerweise nach dem kapitalistischen Gesetz, das Auf-

schwung und Krise bedingt, vollziehen, und heute bereits steht Russland mitten in der industriellen und kommerziellen Krise. Dazu kommt, daß sobald einmal der Bau der sibirischen Eisenbahn fertig ist, eine neue Krise in der Eisenindustrie droht. „Im diese Zeit ist aber auch schon die nächste russische allgemeine Hungersnot fällig,“ meint der Verfasser, weil eben jetzt schon ein Gesetz der Periodizität dieser Hungersnöte sich aufstellen läßt.

So klingt denn die Darstellung aus in dem unheimlichen Satz: „Die Hungersnot 1898 ist überwunden — die Hungersnot mit höherer Hand klopft an die Pforte des zarischen Reichs.“

J. Karstl.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

26. Sitzung vom Donnerstag, den 27. September 1900, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Verhandlungen um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage wegen Errichtung einer Volks-Badeanstalt im Stadtteil Wedding ist gewählt und hat sich konstituiert; ihm gehört auch Stadtv. Borgmann an.

Infolge der Mandatsniederlegung des Stadtv. Wienstrud (II. Abteilung, 4. Wahlbezirk) sind einige weitere Balancen in Ausschüssen, Deputationen und Kuratorien eingetreten. Zunächst wurden die in der letzten Sitzung zurückgestellten Ergänzungswahlen für die Finanzdeputation, die Wasserwerksdeputation und das Kuratorium der Besessenen durch Stimmzettel vollzogen. Das Ergebnis ist folgendes: In die Finanzdeputation wird gewählt Stadtv. Druhm mit 51 von 55 Stimmen; in die Wasserwerksdeputation Stadtv. Buxle mit 50 von 92 Stimmen (daneben erhalten Stadtv. Dr. Paul 26, Wurm 15, Herbig 1 Stimmen); in das Kuratorium der Besessenen Stadtv. Maas mit 62 von 88 Stimmen.

In den Ausschuss für Rechnungsachen wird durch Zutuf Stadtv. Kelle, in das Kuratorium der Dietrich-Thora-Stiftung Stadtv. Kluth gewählt. Die Wahlen für die Schuldeputation (gemeldet Stadtv. Bitow und Dr. Rathen) und für das Heimstättenkuratorium (gemeldet Stadtv. Dr. Freudenberg und Louis Sachs) werden der nächsten Sitzung vorbehalten.

Den Bericht des Rechnungsausschusses über 39 Rechnungen erstattet Stadtv. Alt. Für die sämtlichen Rechnungen wird die beantragte Entlastung erteilt.

Darauf referiert der Stadtv. Dr. Langerhans namens des niedergelegten besonderen Ausschusses über die Magistratsvorlage betreffend die

Umgestaltung der hädtischen Wasserwerke.

Nach dem Magistratsantrage soll die ältere Hälfte des Wasserwerks am Tegeler See dergestalt umgebaut werden, daß das Wasser nicht mehr aus dem See, sondern dem Untergrunde entnommen wird, ferner soll eine Erweiterung des Wasserwerks am Müggelsee, und zwar ebenfalls unter Verwendung von Grundwasser, erfolgen. Zur Anbearbeitung der Entwürfe und zur vorläufigen Beschaffung von Material werden im ganzen 400 000 M. aus Anleihenmitteln gefordert. Der Ausschuss hat die Vorlage einstimmig angenommen. Es ist beabsichtigt, die alten Brunnen in Tegele, einige 30 an der Zahl, bedeutend tiefer zu bohren und ihre Umfassungswände, die früher durchlässig waren, auszubichten. Gleichzeitig werden sie auf etwa 100 Stück vermehrt werden. Am Müggelsee hat man schon vier Tiefbrunnen gebohrt und in einer Tiefe von 45 Metern gutes Wasser in ausreichender Menge gefunden.

Vom Stadtv. Schwabe liegt ein Antrag vor, den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung sein Material über die bisher in der Frage der Wasserversorgung Berlin gethanen Schritte zugänglich zu machen.

Auch der Referent hebt hervor, daß in der Ausschussführung von fortgeschrittenen Bemühungen des Magistrats in dieser Beziehung Mitteilung gemacht sei, daß es aber sehr wünschenswert wäre, dieses Material in extenso lernen zu können. Nach diesen Mitteilungen siehe jedenfalls fest, daß sich aus den Tiefbrunnen ein genügendes Quantum Wasser ergeben werde. Auch bezüglich der Qualität des Tiefbrunnenwassers könne man beruhigt sein, nachdem das Enteignungsverfahren vervollkommen sei; Verurteilungen, wie sie 1880 durch die Arenothrig hervorgerufen wurden, seien nicht mehr zu befürchten.

Nachdem Stadtv. Schwalbe darauf hingewiesen, daß auch vor 20 Jahren der Magistrat das gesamte Material der Versammlung herübergegeben habe, tritt auch

Stadtv. Spinola für den Ausschussantrag ein, wobei er gegen die eigentümlichen Ausführungen polemisiert, die Prof. Frankel-Halle auf der letzten Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege über die Wasserversorgung Berlins gemacht hat. Herr Frankel habe behauptet, daß er lange Zeit mit seinen Hinweisen auf die Notwendigkeit des Uebergangs von Oberflächenwasser zu Grundwasser bei den maßgebenden Leuten in Berlin auf völlige Unverständnis gestoßen sei. Das gehe doch ein bißchen zu weit; die Berliner Techniker wüßten auch, wie's gemacht wird und brauchen sich nicht erst von Herrn Frankel die dunklen Pfade dieses Gebietes erhellen zu lassen.

Ohne weitere Debatte wird darauf der Ausschussantrag und auch der Antrag Schwalbe einstimmig angenommen.

Die Akademie der Wissenschaften veranlaßt die Herausgabe der Werke Wilhelm von Humboldts. Zur Bearbeitung der Abteilung „Politische Denkschriften“ ist der Professor Dr. Gebhardt von der IV. städtischen Realschule seitens der Akademie in Aussicht genommen. Der Kultusminister ersucht nun den Magistrat, unter Hinweis auf das besondere Interesse, welches dieses Unternehmen auch für die Stadt Berlin hat, den Professor Gebhardt für das nächste Winterhalbjahr, in welchem der genannte zunächst das im Geheimen Staatsarchiv beruhende Material sammeln soll, unter Fortbezug des Gehalts zu beurlauben. Der Magistrat ist damit einverstanden und beantragt seinerseits bei der Versammlung die Bewilligung von 1056 M. Vertretungskosten.

Die Versammlung tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

In der Begründung der Vorlage wegen anderweiter Verrentung der Aluminfabrik auf dem

Viehhohe

wird geltend gemacht, daß der Preis für Alumin ganz außerordentlich gesunken sei und der jetzige Pächter, welcher noch bis 1908 für 12 000 M. jährliche Pacht verpflichtet ist, gebeten hat, alle seine Rechte auf die Gesellschaft „Deutsche Pepton-Futterwerke“ zu übertragen, welche in den Rietsvertrag unter der Bedingung eingetreten will, daß der Vertrag bis 1915 verlängert wird.

Stadtv. Wallach und Homann beantragen Ausschussberatung. Durch die Bindung auf 15 Jahre könnte der Stadtgemeinde leicht ein Nachteil erwachsen; auch sonst lägen Bedenken gegen die vorgeschlagene Transaktion vor. Ausschussberatung sei geboten; es könne nicht darauf ankommen, daß sich die Gesellschaft bloß bis zum 29. d. M. gebunden habe. Es bestehe die Befürchtung, daß das zum Genuß bestimmte Fleisch durch die neue Fütterung verschlechtert werde. Jedenfalls müsse die Stadt sich vorbehalten, event. binnen 3 Jahren von dem Vertrag zurückzutreten.

Stadtrat Häbner: Wie laborieren an dem jetzigen Zustande der Ungewißheit schon seit März; der bisherige Pächter hat bei der Sache ein Vermögen zugelegt. Beschaffen wir das Blut; wohin nun damit, wenn der Pächter am 1. Oktober den Betrieb einstellt, wie er angekündigt hat?

Stadtv. Heilmann und Friedrich Goldschmidt treten für sofortige Annahme der Vorlage ein.

Stadtrat Häbner bemerkt noch, daß die Herstellung von Viehfutter aus Blut in Verbindung mit andern Stoffen etwas Altes sei. Schließlich wird nach dem Antrag Wallach ein Ausschuss niedergesetzt und sofort vom Vorstand ernannt. Demselben gehören auch die Stadtv. Ewald und Dr. Freudenberg an.

Ein bedenklicher Rechtsgrundsatz.

In der Besprechung des oberverwaltungsgerichtlichen Urteils zur Auslegung der Städte-Ordnung (Nr. 225, 1. Beilage) wird ein Grundsatz aufgestellt, den ich für außerordentlich bedenklich halte. Es wird vom Standpunkt einer „höheren juristischen Auffassung“ den Richtern die Aufgabe zugewiesen, neuen Wein in alte juristische Formen zu gießen, ein altes Gesetz mit neuem Geiste zu erfüllen. Das klingt ja in der Darstellung, die ihm in dem Artikel gegeben ist, ganz plausibel und mag in gewissen Fällen den Vorteil der Nützlichkeit für sich haben. Nichtsdestoweniger halte ich den Grundsatz für höchst gefährlich und widerspreche ihm ganz entschieden. Er nimmt uns geradezu den festen Boden unter den Füßen weg und ist geeignet, die gewagtesten Gesetzesabänderungen zu rechtfertigen.

Man nehme die Anwendung des Paragraphen vom Groben Anflug auf den Inhalt von Preßerzeugnissen. Es ist oft genug nachgewiesen worden, daß weder Inhalt noch Entstehungsgeschichte dieses Paragraphen eine solche Anwendung rechtfertigen. Und immer wird diese Anwendung von allen denen, die ein Interesse daran haben, damit verteidigt, daß der Gesetzgeber seiner Zeit unmöglich an den „Mißbrauch“ denken konnte, der heutzutage mit der Presse getrieben wird. Es wird zwar zugegeben, daß der Anflugparagraph nicht auf solche Fälle zugeschnitten sei; aber es liege ein Bedürfnis nach Bestrafung solcher Handlungen vor und es sei Aufgabe des Richters, die Rechtsprechung den Bedürfnissen der Zeit anzupassen.

Genau so argumentiert man, wo man zur Bestrafung des Boykotts den Anflug-Paragraphen anwendet, und wir müssen immer wieder darauf bestehen, daß es die Aufgabe des Richters ist, den Willen des Gesetzgebers zu respektieren und auszuführen, nicht aber, ihn zu erweitern.

So ist es mit dem fliegenden Gerichtsstand. Es kann sogar zugegeben werden, daß es bei der heutigen Entwicklung des Zeitungswesens Fälle geben kann, wo ein berechtigtes Interesse eines durch ein Preßerzeugnis Verletzten vorliegt, den Gerichtsstand an seinem Wohnorte und nicht am Erscheinungsorte der Druckschrift zu begründen. Das Reichsgericht hat mit seiner Auslegung den neu entstandenen Bedürfnissen Rechnung getragen und die alte Form mit einem neuen Geiste erfüllt; es hat den famosen fliegenden Gerichtsstand und damit einen Zustand der Rechtsunsicherheit geschaffen, gegen den wir zu protestieren die allerdringendste Ursache haben.

Bei Schaffung des Erpressungs-Paragraphen hat kein Mensch daran gedacht, daß er einmal auf Lohnerbzungs-Forderungen der Arbeiter angewendet werden könnte. Wo er aber angewendet wurde, hat man die Rechtsfertigung gefunden, daß der Richter die Aufgabe habe, den Bedürfnissen der Zeit Rechnung zu tragen und neu auftretende gesellschaftsschädliche Erscheinungen mit Hilfe des bestehenden Gesetzes zu bekämpfen, da die Gesetzgebung nicht so rasch den Bedürfnissen des Tages folgen könne.

Und was thut denn das Ober-Verwaltungsgericht mit seiner kritisierten Entscheidung? Der Wortlaut des bestehenden Gesetzes gestattet, wie in dem Artikel ausgeführt wird, die Auslegung nicht, die das Gericht geschaffen hat und die fünfzigjährige Praxis widerspricht. Ja, unterdes hat sich eben das Bedürfnis herausgestellt, dem Gebrauche, den Socialdemokraten von dem Gesetze machen und der dazu führt, daß thatsächlich mit der Zeit die besitzlose große Masse einen wesentlichen Einfluß auf die Gemeindeverwaltung erlangt, einen Mißbrauche, den man bei Erlaß des Gesetzes nicht voraussehen konnte, entgegenzutreten. Das Gericht hat demnach seine Aufgabe voll begriffen, indem es neuen Wein in den alten Schlauch füllte und dadurch verhinderte, daß die Interessen der wirklich Besitzenden unter dem Schein eines alten, aber veralteten Rechts geschädigt werden.

So werden alle argumentieren, alle, die ein Interesse daran haben, daß der Socialdemokratie durch das Urteil ein Mittel aus der Hand geschlagen wird, im Rahmen der bestehenden Gesetze ihren Einfluß auf die Gemeindeverwaltung zu erhöhen, und so können sie argumentieren und argumentieren auch so in allen Fällen, wo eine neue Auslegung der Gesetze eine neue Zugänge schafft, den Kampf der Arbeiterklasse zu erschweren.

Auf die Gesetzgebung haben wir Einfluß, auch wenn wir in der Minderheit sind; auf die Rechtsprechung, auf die Richter gar nicht. Auf diese hat nur die besitzende und herrschende Klasse Einfluß. Wenn wir der Rechtsprechung die Aufgabe zuweisen, das Recht „fortzubilden“, die alte Gesetzesform mit einem neuen Geiste zu erfüllen, so bedeutet das nichts weiter, als Mitgliedern der herrschenden Klasse oder doch unter ihrem alleinigen Einflusse stehenden Personen das Recht zugestehen, die Gesetze im Interesse der herrschenden Klasse zu deuten und umzudeuten. Wir begeben uns damit selbst bei den ärgsten Gesetzesverbrechen des Rechts, zu protestieren unter Berufung auf Wortlaut und Geist des Gesetzes und die Absichten des Gesetzgebers. h. w.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Genosse Müller. Zaaf, Wundschütz, Baden, Gausch, Thun, Gary v. Wittel, Rörder.

„Nicht alle Socialisten.“ (Neb: Ein grüner Antisemit) Ihr an die falsche Adresse gerichtete Komplement müssen wir in Bescheidenheit ablehnen. Jesaja, Kapitel 56, Verse 10-13 lautet: „Alle ihre Wälder sind blind, sie wissen alle nichts; in umwe Hundte sind sie, die nicht streifen können, sind taub, liegen und schlafen gerne.“

Es sind aber glückliche Hunde, die nimmer satt werden können. Sie, die Hirten, wissen keinen Bestand; ein jeglicher fetzt auf seinem Weg, ein jeglicher gelzt für sich in seinem Stande.

Kommt her, laßt uns Wein holen, und voll saufen, und soll morgen sein wie heute und noch viel mehr.“

H. F. Berlin. Gemeint war das Hauptorgan der Demokratie, die „Frankfurter Zeitung“, in ihrer Berliner Berichterstattung.

R. R. 100. Wenn die Unternehmung bis zum Tode gedauert hat, ja. — P. 2. 10. Die unentgeltlichen Kleidungsstücke müssen dem Schuldner belassen werden. Was hierzu gehört ist von Fall zu Fall, erst vom Gerichts-vollzieher, im Belaherwege vom Amtsgericht, zu entscheiden. In der Regel wird ein Arbeits- und ein Ausgehungs als unentgeltlich erachtet. — G. R. 100. 1. Die Invalidenrente ist auch nach der Petra des Invaliden weiter zu zahlen. 2. Rein.

B. W. 22. Nach der Polizeiverordnung vom 26. März 1810 muß in Berlin die Räumung der Wohnung seitens des abziehenden Mieters bei Kleinem (d. i. aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden) Wohnungen am ersten, bei mittleren (die aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen) am zweiten Quartalsstage um 12 Uhr mittags, bei großen (d. i. mehr als vier Wohnzimmern enthaltenden Wohnungen) am dritten Quartalsstage um 12 Uhr mittags geräumt sein. Jedoch muß bei Wohnungen, welche aus drei Wohnzimmern und Zubehör bestehen, ein Wohnzimmer, bei Wohnungen von mehr als drei Wohnzimmern und Zubehör zwei Wohnzimmern (sogar aus einem Quartalsstage völlig geräumt und dem abziehenden Mieter zur Verfügung gestellt sein. Unter Zubehör sind Küche, Kammer, Bodenräume, Keller u. dgl. zu verstehen. Päden sind keine Wohnzimmern, müssen also am ersten vormittags geräumt sein, falls nicht mit ihnen Wohnzimmern verbunden sind. Ist dies der Fall, so richtet sich die Räumungsfrist nach der Anzahl der Wohnzimmern.

Genoss B. und andre. 1. Anfragen betreffend den Kredit aus der Landesbank. In Preußen kann nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 jeder (im Geltungsgebiet des Allgemeinen Landrechts, jeder der das 14. Lebensjahr vollendet hat) aus einer Kirche mit hiesiger Wirkung dadurch austreten, daß er in Person vor dem Richter seines Wohnorts eine dahingehende Erklärung abgibt. Der Austrittserklärung muß hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Sodann findet, nicht vor 4

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 28. Sept.
Opernhaus. Der Ring d. Nibelungen. Götterdämmerung. Anf. 7 Uhr.
Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Proceßandant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Biola. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Casa paterna. (Heimat.) Anfang 7 1/2 Uhr.
Reisens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Revanche. Der Kirchgang. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Beistellfudent. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Komödie der Liebe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Weibschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Süssen. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Ziegenbock. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Müller und Schmelze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Bellevue. Gefährten.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Barbarin von Tsingling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitätenvorstellung. Bennis auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Vorstellung. Buffschänke. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neischölln. Steintur Säng. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitätenvorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Faust.
I. Teil, zweiter Abend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Faust.
I. Teil, zweiter Abend.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.

Central-Theater

Heute u. täglich Anf. 7 1/2 Uhr:
Der griechische Sklave.
(A Greek Slave).
Ausstattungs-Operette in 3 Akten von Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage: **Der griechische Sklave.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Geisha.**

Secessions-Bühne.

Alexanderstr. 40.
An des Reiches Pforten.
Schauspiel in 4 Akten v. Ernst Hanfstaengl.
Morgen: Zum erstenmal: **Der gnädige Herr.**

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Letzte Woche:
Das Riesen-September-Programm!
Neu! Puffschützchen! Neu!
Große Puffe mit Gefang v. G. Braune, Wuff, Klempnerstr. Dir. R. Winkler.
Duo Mercedes. Excentric, Tanz- und Gesangsduettisten. Unvergleichlich!
The Bernhards. gumnastischer Kraftakt ersten Ranges.
The Gareys. gewaltige Pantomimentruppe! Eine Landpartie mit Hindernissen.
Anfang: **Wochentags 7 1/2 Uhr.**
Sonntag 7
Entree 50 Pfennig.

Apollo-Theater.

Um 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Luisa Madon. Spink und Spink.
Adele Moraw.
Mr. Vandy. Fanny Morton.
Erna Berthold.
Robert Steidl. Thros Amaranth.
The three Avolos.
Der Kosmograph etc. etc.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Gossmanns Konzertgart.

Kreuzbergstr. 48. an d. Rajdschstr.
Jeden Sonntag:
Garten-Freikonz.
und
Gr. Ball.
Jeden Montag u. Freitag:
Norddeutsche Säng.
Anfang 8 Uhr: **Rachter: Kränzchen**
Säle f. Versammlungen u. Festlichkeiten.

URANIA

Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

CASTANS PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
Neu! Die schöne Neu! Schlangen-Cleopatra Bändigerin Cleopatra mit ihren 14 Riesen-Pythow- und Aesoulap-Schlangen!! Sensationell, in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptiliendressur!
Die russische Konzertkapelle. Der deutsche Sessoldat und die Boxer.
Feldmarschall Graf Waldersee etc.

Passage-Panopticum.

Vorletzte Woche:
Marokkaner-Truppe.
Vorstellung stündlich.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

Thalia-Theater

Dresdenerstrasse 72/73.
Heute und folgende Tage:
Der Liebesschlüssel.
Ausstattungsstücke mit Gesang u. Tanz.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr.
Der größte Operitenersfolg d. Saison:
Eduard Steinberger als Goff.
Der Mandarin von Tsing-ling-ling,
sowie das vollständig neue September-Spezialitäten-Programm.
Bianca & Desroche. Charmeroy Rudinoff.
Anf. 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.
Heute, Freitag, den 28. September:
Drei Tage aus dem Leben eines Spielers.
Schauspiel in 3 Abteilungen (6 Bilder) von Th. Keller.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich:
Müller und Schmelze auf der Pariser Weltausstellung.
Ausstattungsstücke mit Gesang in fünf Bildern.
Anfang 8 Uhr.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Säng.
(Hühnermann, Fuchs, Walde.)
Anfang: **Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.**
Entree 50 Pf. Vorkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stck 1 Mk. Bonds nur in der Woche gültig.
Sonntag und Donnerstags: **Tanzkränzchen.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Säng.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.**
Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Alb. Schumann.

Heute, Freitag, 28. September etc., abends präc. 7 1/2 Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung und zum 7. Male:
CHINA.

Bilder aus der Gegenwart in 3 Abteilungen von August Siam. In Szene gesetzt und mit neuen Wasserfällen versehen vom Direktor Alb. Schumann.
1. Abteilung: **Die Unruhen in Kantschon.**
2. Abteilung: **Der Aufstand der Borer-Krieg.**
3. Abteilung: **Die Verbündeten vor Taku-Peking.** (Beginn der Pantomime 9 1/2 Uhr.)
Sonabend, 29. d. M., 1. Grandes Soires High-Life. Gala-Programm und China.

Cirkus Busch

Freitag, 28. Septemb., abends 7 1/2 Uhr:
Humorist. Gala-Abend.
Berliner Landpartien.
Mit über 100! - Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande und vorzügliches Programm.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Säng.
Fausts Nachlass.
Anfang Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Nach jeder Soire: **Tanzkränzchen.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.

Sonntag 1 Uhr Schließliche Bräde: Familien-Ausflug nach Hirschgarten (Keller).
Donnerstag, 4. Okt., Versammlung bei Wille, Andreasstr. 28. (Abrechnung vom Stiftungsfest.) Wäre willkommen. 28/2
Herzogs Salon, Wemelerstr. 67. - Einige Herbst- und Radtennis-Sonabende sind noch zu vergeben. Ernst Herzog.

Grünau.

„Zur grünen Ecke“, Köpnickstr. 89.
Sonabend, 29. September etc.: **Wurstessen,** wozu Freunde u. Bekannte ergeblich einladet **A. Gerke.**

Vereine! - Vereine!

Saal m. Bühne im November **Sonabende-Sonntage** frei geworden.
Neues Klubhaus, 1489 **H. Ebert,** Kommandantenstr. 72.

Ehe

Die Kranringe Uhren, Goldwaren kaufen, beachten Sie bitte unsere ermäßigten, billigsten Preise. Welcher Beliebtheit sich die von uns gefertigten Kranringe erfreuen, beweist am besten die fortwährend steigende Produktion.
E. Wolf & Stiller, Berlin W., Friedrichstrasse 65, Sof. (im Laden). [54592]

Treptow. Restaurant Karpenteich.

an der Köpenicker Landstraße. - Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.** Im Saale Tanz. [L] **Lossow**

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek., Charlottenstraße.
München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Dresden: Victoria-Apothek. [54302]

Deutscher Buchbinder-Verband.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **Paul Fraedrich** am Dienstagmorgen 2 Uhr am Schlaganfall verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, vormittag um 11 Uhr von der Leichenhalle des Central-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Crösverwaltung.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Schwager **Max Behrend** nach dreiwöchentlichem Krankenlager im Alter von 16 Jahren am Dienstag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Zwölft Apostel-Kirchhofs in Spandau, Maxstraße, aus statt.
Um stillen Beileid bitten.
Die trauernden Eltern und Geschwister: **K. Behrend, Gehlwirt, W. Blumenthal.**

Hauptgewinn 520 000 M.

Große Serien-Geld-Lotterie, in welcher über **14 000 000 M.** während 8 Ziehungen zur Ausziehung gelangen.
Auf jedes Los fällt ein Treffer.
Haupttreffer:
1. 520 000, 2. 48 000 M.
1. 300 000, 1. 42 000 M.
1. 200 000, 1. 30 000 M.
1. 150 000, 1. 20 000 M.
1. 135 000, 2. 18 000 M.
1. 120 000, 1. 17 000 M.
1. 105 000, 1. 15 000 M.
1. 85 000, 1. 10 000 M.
1. 60 000, usw. usw.
Nächste Ziehung am 1. Oktober. Jedes Los muß bei dieser Ziehung entweder mit einem Haupttreffer, mittleren Treffer oder im ungünstigsten Falle mit wenigstens 500 M. herauskommen. Hauptgewinn 1. Klasse 120 000 M., steigt im Laufe der 8 Ziehungen bis zu **520 000 M.**
Lose gültig für diese Ziehung 12,60 M., 6,30 M., 4,20 M.
1/1000 Abschn. 1/1000 Abschn. 1/1000 Abschn.
Porto und Gewinnliste 30 Pf.
Die Einsätze für die folgenden Ziehungen sowie das Gewinnverzeichnis sind aus dem Verlosungsplan ersichtlich, der jeder Bestellung beigelegt wird. Anzahlung selbst der höchsten Treffer auf Wunsch sofort.
Bestellungen bezüglich per Postanweisung oder Nachnahme erbeten. 130/15
H. Prietz & Co., Bankgeschäft, Färberberg (Post), Billa 200.

Girchfleisch 25, 40, 50.

Oderbruch. Gänse 55 u. 60, auch **Wasserhühner** und **Enten** geschlachtet.
Gänselein, Federn und Pfoten.
Enten, Hühner, Tauben.
A. Ritschl, Treppenstr. 61.

Filzhüte für Herren

neueste Form, 1,50 und 2,00, hochfeine Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50
im **Hut-Engros-Lager,** Franzlauerstrasse 20, 2 Tr.
Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl.

HERREN-HUT

Preiswerther Filz in mehreren Farben mit Atlasfütter
MARKE „BLITZ“
- 1 Mk 90 -
Baer Sohn Herren und Knaben Ausstattungen. Chausseestr. Brückenstr. 11.

Achtung! Elektromonteur u. Berufsgenossen.

Am Sonntag, den 30. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:**
Versammlung
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Lank.** 2. Die Wünsche in unserem Beruf auf Bau Wertheim, Leipziger- und Bohstraße. 3. Diskussion. 277/8
Alle beteiligten Kollegen sind hiermit eingeladen. - Um regen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Lithographen, Steindrucker u. Berufsgenossen.

Mittwoch, 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im **Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-13:**
Öffentliche Versammlung aller Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen.
Tagesordnung:
1. Die 1890er Lohnbewegung und die ehemalige Dreizehner-Kommission contra Tischendörfer. 2. Diskussion.
Kollegen! In letzter Zeit hat obiger Punkt unter einem Teil der Kollegen zu scharfen Auseinandersetzungen geführt, es ist aber notwendig, daß endlich einmal Ruhe und Klarheit geschaffen wird. Es ist daher Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Die Dreizehner-Kommission hat ihr Erscheinen angelehrt. (96/8) **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:** [107/14]
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Branche Musikinstrumenten-Arbeiter.
Am Sonntag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im **Gewerkschaftshaus (Saal Nr. 5):**
Abschiedsfeier des Kollegen Nedwedik.
Alle Freunde und Bekannte sind mit Familie hierzu eingeladen.

„Voran“

(Produktiv- und Einkaufsgenossenschaft für Radfahrer).
Am Sonntag, den 30. September 1900:
Tour mit Familienausflug nach Friedrichshagen (Restaurant Brauerei Friedrichshagen).
Start früh 7 1/2 Uhr Krautstraße 7 über Alt-Danzberg - Küderdamm bis Friedrichshagen (60 Kilometer). Start mittag 1 Uhr Krautstraße 7 über Köpenick bis Friedrichshagen (16 Kilometer). Bahnverbindung vom Schief. Bahnhof 20 Pf. 1. und 2. Zug gegen 3 Uhr Zusammenreffen. 277/9
Gäste willkommen. **Emil Krüger, Fahrwart, Gräbstr. 31, IV.**

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. **Specialitäten. J. H. Hatt.**
Jeden Sonntag nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Fabrikräume und Ateliers zu vermieten

Levetzowstraße 23, NW., an Alt-Moabit und Neue Königstraße 5 u. 6. Auskunft beim Portier. 36/19*

Jägers Schnelltrocken-Lackfarbe „Elegant“

Diese Lackfarbe trocknet hart in einer Stunde mit hohem Glanz und verbindet größte Haltbarkeit mit aussergewöhnlicher Billigkeit.
Preis per Pfund 50 Pf.
Nur echt zu haben bei **G. Jäger,** Berlin SO., Pücklerstr. 61, Farben- und Lackfabrik. Ecke der Köpnickstrasse. Franco-Versand nach allen Stadtteilen. [176b]

Margarine!

Wahnschaffe & Co.
Filiale: 5485L*
Berlin G., Neue Friedrichstr. 50.
Marke: **Meierei,** das Beste, was existiert.
Zu beziehen durch die Geschäfte.

Wein

garantiert rein, 10 Ltr. M 7,-, 100 Ltr. 65,-, Oxhoft M 120,-
Amt IV. 9678. [4998L*]
Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [60182*]
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu außerst billigen Preisen.
Optische Artikel. **Chryscher** werden schmerzlos getrieben.

Große Betten 12 M.

(Oben, unten, zwei Seiten mit gereinigtem neuen Federn bei **Guttag** billig. Berlin G., Victoriastraße 46. Preisliste kostenlos. **Die Anerkennungs-Scheine.**

Fußbaum-Möbel.

6 Einrichtungen, brauner Leypol, Portieren, Gardinen, Stores, Tru-meau, Tischgarnituren, Bauseelofen, Pianinos, Rauchschänke, verschiedene Gegenstände, alles vollständig dem **Antiquar- u. Wiederverk. 137,** nachmittags 2-3 Uhr. 52573*

Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Vereins.

Paris, den 26. September.

Die Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung fällt noch die ganze Vormittags-Sitzung aus.

Der Verbandssekretär Fauré-Bremer spricht sich gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung aus. Er versteht nicht, wie man dem Vorstand des Vereins es zum Vorwurf machen könne, daß er die Arbeitslosen-Unterstützung nicht empfehle.

Der Verein dem den Beweis liefern, daß andre Organisationen günstig stehen wegen der Arbeitslosen-Unterstützung? Er lenne eine große Organisation, die trotz der Arbeitslosen-Unterstützung finanziell ebenso ungünstig stehe, wie gegenwärtig unser Verband.

In der Nachmittags-Sitzung ergreifen noch die beiden Referenten das Wort, um je für ihren von einander abweichenden Standpunkt die Delegierten zu überzeugen.

In einem letzten Abstimmung wird die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 47 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Darauf gelangt die Frage zur Debatte, ob nun noch eine Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung stattfinden soll. Der Antrag wird mit 46 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Ein weiterer Antrag, die Arbeitslosen-Statistik vom Verband unter den Verbandsmitgliedern fortzuführen, wird in der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Der 4. internationale Hutmacher-Kongress in Paris

lagte vom 20. bis 23. September in der Arbeitsbörse. Vertreter waren auf dem Kongresse die französischen, österreichischen, italienischen, russischen und deutschen Hutmacher.

Die internationale Verbindung der Hutmacher. 3. Abschaffung der Städtarbeit. 4. Gründung einer internationalen Streikkasse. 5. Regelung der Reise-Unterstützung, der Verbandsdelegationen und der nationalen Vereinsgrenzen. 6. Wahlen und Verschiedenes.

Ein Bericht zu erstatten war der internationale Sekretär nicht in der Lage. Durch das Ableben des langjährigen Uebersegers und seine parlamentarische Tätigkeit, die ihm keine Zeit übrig lasse, seien leider die Geschäfte ins Stocken geraten.

Gegen die Städtarbeit wurde eine Resolution angenommen, in der auch ausgedrückt war, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung von Minimallohntarifen sei anzustreben.

Die Gründung einer internationalen Streikkasse wurde abgelehnt und für die internationale Verbindung das alte Statut aufs neue sanktioniert. Bei größeren Streiks, die ein Land nicht aus eignen Kräften weiterführen kann, soll der internationale Sekretär in dem am internationalen Hutmacherbund beteiligten Ländern Sammlungen veranstalten.

Die Reise-Unterstützung wird insofern geregelt, daß in jedem Lande festgesetzt und veröffentlicht wird, wieviel es in irgend welcher Form Unterstützung giebt und wo sie ausbezahlt wird.

Die Verbandsdelegationen sollen mit englischen, deutschen, französischen und italienischem Vordruck herausgegeben werden. Jedes Mitglied hat seine Beiträge an den Landesverband zu zahlen, wo es arbeitet, eine Ausnahme gilt bis auf weiteres für die deutschen Mitglieder in der Schweiz, wo eine Landesorganisation noch fehlt.

Versammlungen.

Versammlung der Albumarbeiter. Nachdem seit mehreren Jahren die Albumarbeiter den Organisationsfragen gleichgültig gegenüber gestanden hatten, fand am Mittwoch wieder einmal eine sehr gut besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branche statt.

Organisation und dadurch sei es dahin gekommen, daß die Albumarbeiter, die früher mit ihren Löhnen an der Spitze marschierten, nun unter den Buchbindern rangierten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Kautmann, der Vertreter der Gehilfen, wies zunächst darauf hin, daß die Zustände im Ladieregewerbe längst bessere sein könnten, wenn die Zunung z. B. im Jahre 1896 sich bereit erklärt hätte, mit der damaligen Arbeiter-Lohnkommission zu verhandeln.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

daß die Materie zu vielfältig sei, als daß sie im Rahmen eines für ganz Deutschland gültigen Gesetzes geregelt werden könne.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine sehr stark besuchte Versammlung für die Mitglieder der Verbände-Jahrestellen von Berlin und Umgebung ab.

Zu einer kombinierten Versammlung der Tapezierer, die am Dienstag im Luisenstädtischen Konzertsaal stattfand, referierte Klein über die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

Die Vereinigte Ladiere-Zunung hatte für Mittwochabend eine Versammlung in der Victoria-Brauerei einberufen, um in Verbindung mit den Gehilfenvertretern über eine 20prozentige Erhöhung des seitherigen Tarifs zu beraten.

A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. • SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestasse 1/2.

Bettfedern und Daunen.

Alle von der Firma zum Verkauf gebrachten Sorten sind mittelst neuester Maschinen gereinigt und gewaschen, daher staubfrei, elastisch und von vorzüglicher Füllkraft.

Preise sind à 1/2 Ko. = 1 Pfd. berechnet.

No. 870.	Graue Wildfeder	50 Pf.
No. 871.	Graue gute Feder	1 00 M.
No. 872.	Graue gute Halbdaune	1 45 M.
No. 873.	Echt chinesische Mandarinendaunen	2 65 M.
No. 875.	Extra schöne Rupffeder	2 25 M.
No. 876.	Vorzügliche Gänse-Halbdaune, das beste für Ausstattungsbetten	2 75 M.
No. 880.	Sehr schöne weisse Halbdaune	3 75 M.

Fertig genähte Inlets

die Garnitur bestehend:

1 Oberbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen	auf roth und roth-rosa gestreift	8 35 M.
Dieselbe Garnitur	in Prima federreicher Qualität	12 50 M.
Matratzen, vorzüglich gearbeitet.	von	3 30 an.
Keilkissen, vorzüglich gearbeitet.	von	1 35 an.
Steckkissen, vorzüglich gearbeitet	von	1 40 an.

Bettwäsche

Durchweg eigene saubere Arbeit aus erprobt guten Stoffen hergestellt.

Bettbezüge-Garnitur

bestehend aus

1 Deckbett, ca. 120-130 cm breit, ca. 200 cm lang
2 Kissen, ca. 90 cm breit, ca. 80 cm lang

bunt karirt, in vielen Mustern, zusammen	3 25 M.
Dieselbe Garnitur aus Hemdentuch, zusammen	2 90 M. 3 90 M.
Dieselbe Garnitur aus Louisiana	5 25 M.
Dieselbe Garnitur aus gestreiftem Satin	4 95 M.
Dieselbe Garnitur aus Damast	5 60 M.
Bettlaken ohne Naht, ca. 130/200 cm, Dowlas	.88 Pf.
Bettlaken ohne Naht, ca. 150/200 cm, Halbleinen	1 18 M.
Bettlaken ohne Naht, ca. 130/200 cm, Hemdentuch	1 28 M.
Bettlaken ohne Naht, ca. 160/200 cm, Dowlas	1 78 M.
Bettlaken ohne Naht, ca. 160/225 cm, Haustuch	1 95 M.
Polsterbettstellen mit buntbedrucktem Bezug	6 15 M. 7 65 M. 9 50 M.
Eiserne Bettstellen für Erwachsene	schwarz lackirt mit Goldbronce abgesetzt 15 30 M.

Grosse Auswahl Kinder-Bettstellen.

Fertige Betten.

Zämmtliche Betten sind in guten, sauber genähten Inlets geschüttet.

Leutebetten.

No. 850.	1 schlüfrig	1 Oberbett	4 80 M.
		1 Unterbett	3 90 M.
		1 Kopfkissen	1 40 M.
		zusammen	10 10 M.
No. 852.	1 1/2 schlüfrig	1 Oberbett	6 80 M.
		1 Unterbett	4 90 M.
		1 Kopfkissen	2 15 M.
		zusammen	13 85 M.
No. 853.	1 1/2 schlüfrig	1 Oberbett	8 90 M.
		1 Unterbett	7 20 M.
		1 Kopfkissen	2 95 M.
		zusammen	19 05 M.

Fremden- u. Herrschaftsbetten.

No. 854.	1 Oberbett, Daunenfüllung	11 70 M.
	1 Unterbett, Federfüllung	8 90 M.
	2 Kopfkissen, Daunen	10 40 M.
	zusammen	31 M.
No. 855.	1 Oberbett mit Halbdaunenfüllung	13 70 M.
	1 Unterbett mit Halbdaunenfüllung	10 60 M.
	2 Kopfkissen mit Halbdaunenfüllung	10 70 M.
	zusammen	35 M.
No. 856.	1 Oberbett mit weisser Halbdaunenfüllung	22 00 M.
	1 Unterbett mit weissen Rupffedern	17 00 M.
	2 Kopfkissen mit weissen Halbdaunen	18 00 M.
	zusammen	57 M.

Damen-Wäsche.

Eigene Confection.

Damenhemd	Prieseform mit Trimming besetzt	1,05 M.	Damenhemd	Passenform mit Stickereiansatz	1,65 M.
Damenhemd	Prieseform, prima Qualität, Hemdentuch	1,20 M.	Damenbeinkleider	Croiséstoff, langes Façon mit Trimming besetzt	95 Pf.
Damenhemd	Prieseform, feinfadiges Hemdentuch	1,35 M.	Damenbeinkleider	Croisébarend, mit Stickerei-Volant	1,35 M.
Damenhemd	Passenform, gute Qualität Hemdentuch	1,15 M.	Damen-Nachtjacken	weiss Piqué mit Trimming besetzt	1,05 M.
Damenhemd	Passenform, mit gestickter Passe u. Trimminggarnitur	1,40 M.	Damen-Nachtjacken	Croisébarend, mit reichem Stickerei-Volant	1,75 M.
Damenhemd	Passenform, elegant ausgestattet	1,50 M.	Hausstandsschürzen	gross, mit Lats	47 Pf.